

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erschint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreislite für 1890 unter Nr. 802, V. Nachtrag.)
 Unter Freyband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 5spaltige Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Benthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Benthstraße 3.

Die Eisenbarone.

Der Kapitalismus läßt sich nicht gerne stören, wenn er dabei ist, den Rahm von den Ertragnissen der gesellschaftlichen Arbeit abzuschöpfen. Der Staat wagt dies nicht zu thun und der Klassenstaat hat auch gar kein Interesse am Einschreiten. Wer es aber unternimmt, der Kapitalsanhäufung auch nur die geringsten Hindernisse zu bereiten, der muß sofort gewärtig sein, daß er als „Feind der Gesellschaft“ an den Pranger gestellt wird. Die Arbeiter können davon erzählen. Sobald sie sich zusammenthun, um bessere Arbeits- und Lohnbedingungen zu erzielen, was ihnen gesetzlich ausdrücklich gestattet ist, so erhebt sich auf der ganzen Linie der Unternehmer ein Lärm gegen solche „Begehrlichkeit“. Da wird einem Jeden, den man als „Anstifter“ und „Schürer“ einer solchen Bewegung ermitteln kann, die Arbeit entzogen und er kommt auf die schwarze Liste, damit ihn Niemand mehr beschäftigen und er im Glend untergehen soll. Dazu kommen noch die Polizeimahregeln gegen die gewerlichen Verbände der Arbeiter. Die Kapitalisten, die immer befreit sind, die Produktionskosten zu verringern, damit Unternehmergewinn und Dividende hoch bleiben, sehen in jedem Versuch, die Löhne zu erhöhen und die Arbeitszeit zu verringern, einen hochverrätherischen Angriff auf die bürgerliche Gesellschaftsorganisation. Kein Wort ist ihnen so aus der Seele gesprochen gewesen, wie das Puttkamerische, daß hinter jedem Streik die „Hydra der sozialen Revolution“ laure. Sie sehen in diesem Gesellschaftsreiter mit seinem Streikerlaß den Drahtkrieger der Neuzeit und sie haben ihm der Thränen genug nachgeweint, als er schied.

Während die Kapitalisten so nicht müde werden, zu behaupten, daß das Koalitionsrecht von den Arbeitern zur Zerschöpfung unserer ganzen Gesellschaftsorganisation benutzt werde, scheuen sie sich selbst nicht, sich zu besserer Ausnutzung der Menschen und der Verhältnisse zu vereinigen. Sie scheuen sich nicht nur nicht, nein, sie nehmen für sich als ein wohlverwobenes Recht in Anspruch, was sie den Arbeitern verweigern und zum Verbrechen machen wollen. Während sie die friedlichen und gemeinnützigen Arbeiterverbindungen vernichtet wissen wollen, bilden sie selbst die bekannten Ringe, welche ihnen zur Bereicherung auf Kosten der Arbeiter im Besonderen und auf Kosten des Publikums im Allgemeinen dienen sollen. Die Ausbeutung im Produktionsprozesse allein genügt ihnen nicht mehr; sie wollen auch den Waarenmarkt ergiebiger machen. Darum bilden sie die so-

nannten Kartelle, die aber nichts Anderes als die aus Amerika stammenden Ringe sind.

Die Krachs, welche durch die Zurückhaltung und Anhäufung von Waarenmassen bei solchen Ringen schon herbeigeführt worden, sind bekannt. Das Publikum hat dabei immer die Kosten zu tragen, ob nun die Spekulation glückt oder nicht. Wenn die Preise der Waaren gesteigert werden können, trägt es den Zuschlag; kommt es zu einem Krach, so muß es dafür büßen.

Wie weit man die Ausbeuterei treibt, geht aus dem neuesten Verfahren der Eisenbarone hervor. Diese haben sich dahin geeinigt, daß sie in ganz Deutschland für das Eisen, namentlich für Schienenmaterial und was damit zusammenhängt, hohe Preise halten. Keiner darf, bei hoher Konventionalstrafe, seine Waare billiger verkaufen, als festgesetzt ist. Das Publikum muß sich dies gefallen lassen, denn durch die Eisenzölle ist ja dafür gesorgt, daß das ausländische Eisen nicht herein kann, ohne vertheuert zu werden. So muß Deutschland auch sein Eisen theurer bezahlen, als andere Länder das ihrige und muß sich der Gewinnsucht der Eisenbarone fügen. Dagegen kann vorläufig, so lange die Schutzölle da sind und die Eisenproduktion in den Händen gewinnstüchtiger Kapitalisten bleibt, gar nichts gemacht werden. Sogar der Staat muß für seine Bahnen das theure Eisen kaufen und die Eisenbarone schöpfen somit durch die Eisenzölle auch noch aus dem Staatsfädel. Das Volk hat also für diese Herren doppelt zu zahlen, die dem Arbeiter seine Koalitionsfreiheit nicht gönnen.

Beim geringsten Versuch, ihre Ausbeutungsfreiheit zu beschränken, schreien die Herren Eisenbarone, man bringe sie dahin, daß sie die Konkurrenz des Auslandes nicht aushalten könnten. Damit machen sie dem unwissenden Spießbürger die Haut schaudern. Draußen aber, auf den Märkten des Auslandes, da werfen sie die Masse ab. Dort unterbieten sie jeden Konkurrenten und stellen die Preise für ihre Produkte so niedrig, daß man nur stammeln kann. Kein Mensch kann im Ausland die Konkurrenz mit ihnen aushalten. Sie liefern z. B. den Chinesen und Japanesen die Eisenbahnschienen so billig, wie niemals in Deutschland selbst. Natürlich, wenn sie in China und Japan auch keine so guten Geschäfte machen, so können sie sich in Deutschland an ihren Mitbürgern wieder schadlos halten, wie wir gezeigt haben. Das ist der kapitalistische Patriotismus und die Verehrer und Träger dieses vortrefflichen Systems erdreisten sich, den Sozialdemokraten ihre angebliche Vaterlandslosigkeit vorzuwerfen.

Der Kampf gegen die „Ringe“ muß von nun an

eine der Hauptaufgaben der sozialistischen Bewegung bilden. Merkwürdiger Weise sehen die Staatsanwälte, die sonst so leicht bei einem kleinen Fachverein „politische Bestrebungen“ entdecken und verfolgen, dem Treiben der Ringe ruhig zu. Und doch muß jeder Unbefangene zugeben, daß das Treiben der Ringe ein gefährliches und zerstörendes ist; es führt in seinen Konsequenzen zur **Aus-hung-e-r-u-n-g** der Massen. Wir werden Alles thun, um den Druck der öffentlichen Meinung zu verstärken, der hoffentlich bewirken wird, daß man sich bewegen fängt, gegen solch ein Treiben einzuschreiten.

Diesen gefährlichen Einzug sich bis zum Neuesten ausbilden zu lassen, das nennen die Bourgeois-Ökonomen **wirtschaftliche Freiheit**.

Wir danken dafür!

Personenkultus und Geschäftssozialismus.

Unter dieser Spitzmarke veröffentlicht die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ einen beherzigenswerthen Artikel, den wir mit Vergnügen auch unseren Lesern mittheilen. Deden sich doch die Ausführungen des Dresdener Blattes mit dem, was wir neulich mehrfach dargelegt haben. Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ schreibt:

„Ein Anzug, der nicht scharf genug gerügt werden kann, hat in neuerer Zeit innerhalb der Partei in recht bedenklicher Weise Platz gegriffen: es ist die Unsitte, mit denjenigen Genossen, die durch hervorragende Thätigkeit sich einen Namen gemacht, oder die durch das Glück des Wahlerfolges oder aus anderen Gründen an die Oberfläche der Öffentlichkeit gewirbelt wurden, einen wahrhaft widerlichen Kultus zu treiben. Nicht nur in den Schaufenstern der Buchhandlungen sehen wir die Porträts unserer parlamentarischen Vertreter, nein, auch in den Hüten, auf Tabakspfeifen, Manschettentüchern, Broschen, Streichholzbüchsen, Medaillons und Medaillen, kurz auf allen Dingen, die einen Absatz bei der Masse erhoffen lassen, finden wir sie.“

Wir haben oft genug darüber gespottet und gehöhnt, wenn mit fürstlichen Personen, mit Kunst- und Theatergrößen u. dergl. ein solcher Götzendienst getrieben wurde, wenn uns solche Personen alle Tage in anderen und immer unfinnigeren Situationen vorgeführt wurden, aber haben wir, wenn wir ganz ehrlich sein wollen, wirklich ein Recht zum Spott, wenn wir das oben Gerügte in Betracht ziehen?

Wir lachen über den Handel mit Heiligenbildern und andere äußerliche Zeichen frommen Kirchenglaubens, aber glaubt man nicht im Geiste die Schelle zu vernahmen, die alle Gläubigen auf die Knie zwingt, wenn wir auf Schritt und Tritt auf das Porträt irgend eine „Vorkämpfers“ stoßen?

Ja, wenn es noch die Todten wären! Das könnte man sich schon gefallen lassen, denn warum soll die Dankbarkeit nicht danach trachten, die Tüde eines gefallenen braven Genossen sich dauernd zu vergegenwärtigen? Wir wollen es auch gelten lassen, wenn man die Porträts einzelner Männer, die Jahrzehnte

Fenilleton.

Victoria.

Roman von Minna Kautsky.

Schmeichelnd fuhr sie über seine Hand, während ihre blauen Augen so bittend ihn anblickten. Sie schienen ihre Wirkung nicht zu verfehlen.

Er setzte sich gerade und ruhiger neben sie und meinte: „Sprich nur weiter, sprich, Dich höre ich schon, und ich weiß immer, wenn Du die Wahrheit sagst.“

Vom Walde her tönen lustige Stimmen und bald darauf wurden in einer Biegung des Weges einige Pärchen sichtbar.

Es waren die festsche Mirzel mit einer Freundin, Beide sonntäglich gepuht, mit bunten Bändern im Haar, die mit mehreren Arbeitern lachend und schäkend des Weges kamen.

Es waren an den jungen Leuten vorübergegangen, ohne sie zu beachten, als die Mirzel stehen blieb, sich nach ihnen umsah und hierauf gegen sie herankam.

„Bist schon wieder mit dem Bubin beisammen, ich hab Dir's schon gesagt, es ist ein Unikum,“ sagte sie laut und ungehört, „und wie der Taube sich an sie anhängt, wie eine Klette, armes Ding!“

Die Mirzel suchte die Achseln, es mochte ihr vorkommen, als ob da nichts mehr zu machen sei, und das Schicksal der Franzel bereits besiegelt wäre.

Andreas aber, der sie misstrauisch beobachtet, faßte die Franzel am Arm.

„Was hat sie Dir von mir gesagt, weshalb bedauert sie Dich?“

„Nichts, nichts,“ begütigte diese.

Der Taube schüttelte drohend die Faust.

„Sie soll uns nur Beide in Ruhe lassen, sie soll sich in Nichts hinein mischen, oder — —“ er stieß einen zornigen Fluch aus.

In dem Augenblick hob die Musik von Neuem und diesmal in unmittelbarer Nähe zu spielen an.

Der Pecher hatte mit seinen Musikern das Haus verlassen und sie spielten, während sie den Weg herunter kamen.

Alle Aufmerksamkeit war sofort den Spielenten zugewendet.

Die Mirzel sprang dem Pecher entgegen.

„Wem spieltst du heute auf, Du mein Herzallerliebster!“

„Dir, Schaherl,“ sagte er, das Waldhorn absetzend und das Mundstück vom Wasser reinigend, „beim grünen Ager, wenn's Dir Recht ist.“

„Suche!“ schrie die Mirzel, entzückt in die Hände schlagend, „da wollen wir uns austanzen, ich bin heute grad dazu aufgelegt!“ Sie marschirte neben ihm her, in übermüthiger Weise sein Blasen nachhelfend.

Als der Pecher die Franzel bemerkte, blieb er stehen.

„Goda, was ist's mit Dir, Kleine?“ rief er in gutherziger Fröhlichkeit, die auch dem Unbedeutendsten einen Antheil gönnt.

„Ich kann nicht — nicht nach Hause,“ stotterte das Kind, die List hat den Schlüssel abgezogen.“

Der Pecher blickte von ihr nach dem Jungen hinüber.

„Dann komm mit uns.“

„Neht!“, entschied die Mirzel, „wir nehmen sie mit, sie soll auch einmal tanzen.“

„Aber ich — ich kann nicht — tanzen!“

„Keine Angst, das lernt man von selbst, schau nur auf mich.“

Es war ein Blick tiefster, aufrichtigster Bewunderung, den die kleine Franzel auf ihre ältere Kollegin heftete.

Die Schönheit und Gewandtheit dieses Mädchens, ihr Putz und ihre resolute Art imponirten ihr gleichermassen, und die Mirzel war diesem vollkommenen Kinde zum Ideal geworden, zu dem es gläubig wie zu einem unerreichbaren Muster emporblickte.

Der Pecher hatte Franzels Hand ergriffen, um sie empor zu ziehen, und als Andreas eine Bewegung machte, als wollte er sich auf ihn stürzen, um es zu verhindern, sah ihm der Mann fest und tragend in die Augen, und mit einer Geste bedeutete er ihm, sich zu entfernen.

Der Junge stand einen Augenblick unschlüssig, dann drehte er sich rasch um und war mit einem lähnen Satz hinter Steinen und Gestrüpp verschwunden.

„Vor Dir hat sogar der Wollteufel Respekt,“ meinte die Mirzel lachend.

„Es ist besser, sie tanzt, als daß sie in der Nacht so verlassen und hinausgesperrt vor ihrem Häusel sitzt, das arme Ding,“ murmelte der Pecher mit einem Grin, den man bei ihm nicht gewohnt war, aber gleich darauf hopfte er lustig auf.

„Also vorwärts, meine Kinder, ins Wirthshaus!“

Er setzte das Waldhorn an, und eilte den vorausschreitenden Spielenten nach.

Sie marschirten unter den Klängen der Musik über die Brücke dem „grünen Ager“ entgegen.

lang in aufopferungsvoller Weise an hervorragender Stelle für die Sache des Volkes gestritten haben, in den Buchhandel gebracht werden, selbst Gruppenbilder der Reichstags-Fraktion sollen noch Gnade vor unsern Augen finden, denn sie sollen einen gewissen historischen Werth haben, aber was darüber ist, das ist entschieden von Uebel.

Der bürgt uns denn dafür, daß all' diese modernen Heiligen die Anbetung, die in solchen Bilderschacher ausgedrückt liegt, auch verdienen? Wir wollen keinem zu nahe treten, aber wie viele haben eine Zeilung an der Oberfläche gegläntzt und sind in der verschwinden, mitunter auf recht unrahmliche Weise! Beschränkt nicht gerade dieser Kultus die Gefahr heraus, daß die also gefeierten Genossen sich für etwas Besseres halten als das Gros der Partei? Begünstigt er nicht die Eitelkeit und die Heberhebung und dadurch die Untreue an den Grundfäden der Demokratie? Wissen wir nicht besürchten, daß ein Theil der Genossen, namentlich der jüngeren und weniger fähigsten, die Bekämpfung seiner Bestimmung vorzugsweise in solchen Neupflichten sucht?

Wir überschätzen diese Gefahr keineswegs, aber zweifellos ist sie vorhanden, und auf jeden Fall ist ein solcher Kultus unwürdig für Männer, die Sozialdemokraten sein wollen. Nicht in Neupflichten, sondern in seinem Handeln und seinem Wirken soll der Genosse seine Bestimmung betätigen.

Forschen wir nach den Ursachen, so finden wir, daß die Partei als solche an der Sache ziemlich unschuldig ist, denn ein Bedürfnis nach solchen porzellanartigen Gebrauchsgegenständen oder glänzenden Medaillen, die neuerdings auch bei jedem Anlaß geprägt werden, ist nicht vorhanden. Es existirt aber eine kleine Gruppe von Genossen, die es sich zum Erwerb machen, solchen Firlefanz zu fabriciren und an den Mann zu bringen. Es ist die nackte Privatpekulation, nichts weiter. Bei je. er Gelegenheit wird dergleichen Zeug angeboten, und Mancher glaubt kein guter Genosse zu sein, wenn er nicht all' diesen Krempel kauft und zur Schau trägt — unterstützt er doch damit einen Genossen.

Wir wollen gar nicht behaupten, daß diese heute Sozialisten geworden seien, um ein Geschäft zu machen, aber zweifellos bemühen sie ihren Sozialismus und ihre Parteizugehörigkeit, um Geschäfte zu machen — und das ist verwerflich. Das ist eine Brandstiftung der Genossen, die nicht länger gebuldet werden darf. Ernähre sich Jeder, so gut er kann, aber er lasse die Partei dabei aus dem Spiele, denn sie soll nicht eine melende Kuh für strebsame Geschäftsleute sein. Wer nicht der Partei um ihrer selbst willen dienen kann, der bleibe ihr fern.

Schon früher hat das „Berliner Volksblatt“ seine Stimme gegen dieses Gebahren erhoben, es hat aber leider nur theilweise Beachtung gefunden und der Unfug ist heute ärger denn je. Da ist es denn notwendig, daß die Presse wieder einmal dagegen Front macht, und wir glauben dies mit aller nur irgend wünschenswerthen Offenheit und Rücksichtslosigkeit gethan zu haben.

Korrespondenzen.

Mailand, 13. Oktober 1890. An demselben Tage, an welchem die deutsche Sozialdemokratie seit 13 Jahren zum ersten Mal wieder auf deutschem Boden zu einem Kongresse zusammentritt, hat sich in Mailand, dem Hauptstuh der italienischen Industrie, unter den Arbeitern eine Vereinigung bisher getrennter und widerstrebender Elemente vollzogen, die für die gesammten Arbeiter Italiens von ähulicher Bedeutung werden kann, wie für Deutschland die Vereinigung der beiden Organisationen von 1875 und die in jedem Fall den Inhalt beider Bankettreden zu Florenz, Griespitz und Canalotti's, von denen jetzt die Zeitungen erfüllt sind, an Bedeutung unendlich überträgt.

Dem Ausländer ein klar verständliches Bild von dem gegenwärtigen Stand der Arbeiterfrage in Nord-Italien zu geben, ist nicht leicht; die Sachlage muß dem ersten prüfenden Blick überaus verworren erscheinen. Beschränken wir uns auf Mailand und die Lombardie und schließen für die Provinz die Landarbeiterfrage aus — diese bildet für ganz Italien ein besonderes, in der Kulturwelt einzig dastehendes Kapitel — so ließen sich bisher drei Arbeitergruppen unterscheiden, von denen indes nur zwei zu festeren Verbänden sich organisiert haben. Diese beiden sind *Il partito operaio italiano*, fast alle Fabrikarbeiter und einzelne vorgeschrittene Gewerke umfassend, von ausgesprochenem sozialistischen Charakter und Programm, aber der Natur der Italiener entsprechend leidenschaftlich den langsameren Weg der politischen Machterringung bisher verschmähend. Ihr Organ war das Wochenblatt „*Fascio operaio*“, das in Mailand von der politischen Polizei unterdrückt, jetzt in Alessandria erscheint, wozin auch für eine Zeit die Hauptvertretung verlegt wurde. Ihr gegenüber stand und oft in erbittertem Kampfe durch gegenseitige Vorwürfe gehalten das „*Consolato operaio*“, welches etwa ein halbes Hundert Arbeitervereine, Fachvereine, Mailands, Handwerker, umfaßt, die unter der Noth der Zeit wohl Alle sozialistisch fühlen, aber bisher in ihrem Programm eine Anlehnung suchten

Achtes Kapitel.

Eine Stunde später war der Wirthshausgarten zum grünen Ager nicht besetzt. Unter den großen weithin schattenden Kastanien waren Tische aufgestellt, an denen die Musiker und eine Anzahl Arbeiter Platz genommen hatten. Seitwärts, unter einem länglichen Bretterbau, dem sogenannten *Salett*, tanzten auf einem holperigen Boden einige junge Burschen und Mädchen.

Vor demselben trieb die halberwachsene Jugend ihr Wesen. Sie gestikulirte mit Händen und Füßen, schnitt die unglücklichsten Grimassen und schrie und lärmte wie toll, theilte untereinander Püsse aus und erhielt solche von Wirth und Kellner, was ihr Vergnügen nicht im geringsten zu beeinträchtigen schien.

Bei der Regelbahn hatten sich die gefeierten Männer zusammengefunden, man vernahm das Rollen der Kugel, das Fallen der Kugel und hierauf die lauten Ausrufe des Regelbuden, worauf Schreien und Lachen erfolgte.

Jetzt wurden Lichter gebracht und auf die Tische gesetzt, auch im Tanzlokale wurden zwei Dängelampen angezündet, die eine ungewisse Helle verbreiteten.

Die freiwillige Musikpelle spielte unermüdet ihren niederrheinischen „*Tanz*“. Der Becker *Bold* hieses stehend das Waldhorn und taktirte zugleich mit dem Kopfe, mit den Füßen, mit dem ganzen Körper. Es lag eine absichtliche Drollerie in diesem Eifer, der ganz dazu angethan war, die lustige Stimmung zu erhöhen. In seinem aufgeweckten Gesicht, seinen lachenden Augen und seiner Beweglichkeit lag auch wirklich etwas von unbezähmter Freundlichkeit, von überquellender Lebenslust, die nur danach begehrt, sich mitzuthellen.

Ja, wenn der *Bold* spielte, wußte es auch sofort der ganze Ort. Die Jugend strömte ihm zu. Und die Alten, die Männer und Weiber von vierzig Jahren, die bereits müde und gebrochen waren und nimmer mitthun konnten, traten doch vor ihre Hausthüren, setzten sich auf die Hausbank und lauschten den hellen Tönen, die durch die ruhige, laun bewegte Lust des Sommerabends zu ihnen herüber drangen.

an die am meisten links stehende radikal-republikanische bürgerliche Partei Italiens. Sie wählten dementsprechend soweit sie wahlberechtigt sind, für Kommunal- und Parlamentswahlen. Die erste Gruppe war es, welche die größte früher mitgetheilte Adresse an den Kongress zu Halle veranlaßt und abgefaßt hat. — Geschrieben wurde die Adresse von Labriola in Rom — die zweite sandte die kleinere, jüngst im „*Berliner Volksblatt*“ abgedruckte Adresse, deren Inhalt eben durch ihren gleichfalls entschiedenen sozialistischen Ausdruck überrascht hat. — Die dritte Abtheilung oder Gruppe der Arbeiter bilden die urwüchsigen Sozialrevolutionäre und Anarchisten, meist aus der ersten Jugendzeit der Arbeiter, denen auch das Programm des *Partito operaio* viel zu zahm ist. Es sind einzelne unter einander in keiner organischen Verbindung stehende Vereine von Arbeitern, sehr gering an Zahl, aber manche tüchtige Redekraft aufweisend. Im Hinblick auf die nächste Parlamentswahl nun, da eine baldige Auflösung des gegenwärtigen Abgeordnetenhauses in Rom erwartet wird, dessen Amtsdauer am 1. März 1891 abläuft, und in erster Linie unter der vorwärts treibenden Wirkung der Arbeitererfolge in Deutschland gelang es einzelnen Führern dieser Gruppen — ein Hauptverdient muß *Filippo Turati* in Mailand zugeschrieben werden — für jede Gruppe Abgeordnete wählen zu lassen, welche auf einem Kongress zu Mailand über ihre Haltung bei den Wahlen gemeinsam beschließen sollten. Die Haltung bei den Wahlen war das Besprechungswort, das die bisher feindlichen Brüder nur erst einmal zusammen führen sollte; jede der beiden großen Gruppen war sich bewußt, daß mehr als nur dieses verhandelt werden und zum Anstrich kommen müßte. Diese Abgeordneten der Arbeitergruppen traten Sonntag, 12. Oktober, zum „*Congresso operaio milanese*“ zusammen. Der Kongress tagt noch gegenwärtig; doch sind die Hauptbeschlüsse bereits gefaßt und sie bedeuten sicher eine Klärung und folgenreiche Fortschrittswendung der Arbeiterfrage in Italien.

Für heute sei der Haupterfolg mitgetheilt, daß sowohl „*Il partito operaio italiano*“ als das „*Consolato operaio milanese*“ durch Zugeständnis und Nachgeben in einem wesentlichen Punkte zu einem feinen Einigungswort gelangt sind dergestalt, daß das *Consolato* fast das ganze sozialistische Programm der anderen Gruppe sich zu eigen gemacht hat, während „*Il partito operaio*“ seinen bisherigen Widerspruch und Widerstand gegen die Betheiligung an politischen Wahlen fallen ließ und die Erringung der politischen Macht durch Parlaments- und Kommunalwahlen für die Arbeiter auf sein Schild erhob. Dieser Beschluß wurde vom *Congresso operaio milanese* gefaßt mit 68 gegen nur 6 Stimmen, und die Verhängung des Beschlusses rief im Kongresse selbst stürmische Begeisterung und wiederholte Jubelrufe hervor. Näheres in einem zweiten Artikel.

Politische Ueberblick.

Ein kaiserlicher Erlaß vom 10. Oktober genehmigt die Einrichtung eines Kolonialraths. Derselbe soll als „fachverständiger Beirath für koloniale Angelegenheiten“ bei der Kolonialabtheilung des auswärtigen Amtes errichtet werden.

Der bayerische Prinzregent genehmigte auf Antrag des Ministeriums des Innern die Einbringung eines Antrages bei dem Bundesrathe, nach welchem den Landesregierungen die Ermächtigung ertheilt werden soll, Schlachtvieh aus Oesterreich-Ungarn in größerer mit Schlachthöfen versehenen Städte einzuführen. Die Einbringung des begünstigten Antrages beim Bundesrathe soll sofort erfolgen. Wir brauchen vor allem die Freigabe der russischen Magerfleisch-Einfuhr. Die österreichischen Fleischweine sind für den Fleischkonsum im Großen nicht verwendbar. Und in erster Reihe kommt es auf die Zufuhr billigen Fleisches an. Daß die bayerische Regierung unter dem starken Drucke von außen den oben gekennzeichneten Schritt gethan hat, ist übrigens auch ein guter Gradmesser für den herrschenden Nothstand.

Vor ein Kriegsgericht soll Herr Kurt Abel, der Verfasser der bekannten Schrift: „*Vier Wochen Vize-Wachmeister*“, gestellt werden. Abel hat, wie unsere Leser wissen, in sachlicher Weise wahrheitsgetreu die Herrlichkeit der militärischen Ferienkolonien an konkreten Beispielen dargelegt. Und weshalb wird er angeklagt? Wegen Vergehens gegen den Artikel 147 des Militär-Strafgesetzbuches, welcher lautet: „*Wer die ihm obliegende Beaufsichtigung seiner Untergebenen in schuldhafter Weise verabsäumt, oder wer die ihm obliegende Meldung oder Verfolgung strafbarer Handlungen seiner Untergebenen vorsätzlich unterläßt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 6 Monaten bestraft; gegen Offiziere kann zugleich auf Dienstentlassung erkannt werden.*“ Die „*Frankf. Ztg.*“ bemerkt hierzu: „*Wir lassen die Frage, ob und inwiefern sich Abel eines Vergehens der bezeichneten Art, Nichtmeldung der von Unteroffizieren und Sergeanten an Soldaten verübten Mißhandlungen, schuldig gemacht hat, hier ganz unerörtert und wollen nur bemerken, daß die gegen ihn erhobene Beschuldigung die Wahrheit der von ihm in seiner Schrift geschilderten Brutalitäten zur nothwendigen Voraussetzung hat. In erster Reihe handelt es sich darum, ob das Militärgericht*

Und wenn das Stück zu Ende war, klatschten Alle, die Burschen und Mädchen, in die Hände, seine Wiederholung begehrend. Der *Bold* aber legte dann auch einmal sein Instrument bei Seite, ließ einen einfachen Ländler spielen und mischte sich selbst unter die Tanzenden, unter den allgemeinen ihn bewillkommenden Zurufen.

Er führte sein Mädchen mit großer Sicherheit und kräftiger Anmuth; es war eine Freude, ihn tanzen zu sehen und mit ihm zu tanzen, und die hübschesten Mädchen geizten danach.

Jetzt hatte er mit der *Mirzel* ein Paar besonders fische Touren gemacht, bis sie keuchend stehen blieb und versicherte, sie könne nicht weiter.

Er aber schaute sich nach einer anderen Tänzerin um. Er bemerkte Frau *Theres*, die gekommen war, ihre Duden nach Hause zu holen und nun, über die Brustung gelehnt, ein Weilchen dem Tanze zusah.

Er legte den Arm um ihre Taille. „*Na, Reserl, magst Du nicht auch einmal herum-drehen?*“

„*Geh, Du Hallodri!*“, sagte sie, indem sie lachend sich seiner zu erwehren suchte. „*Unserer bleibt nicht so lange jung wie Du.*“

Sie trat hinweg, er aber vollgirtete mit der Leichtigkeit eines Jünglings über die Brustung hinweg und war sofort wieder an ihrer Seite, sie auf's Neue engagirend.

Sie schüttelte den Kopf und blickte zugleich mit jener naiven Bewunderung, die das Weib den körperlichen Vorzügen des Mannes angebeißt läßt, zu ihm empor. „*Wenn ich denk, *Bold*, der Weinige ist mit Dir im gleichen Alter, der ist schon ganz kaput, und Du bist noch immer so frisch.*“

„*Und doch war Dein Mann grad' so ein fester Kerl wie ich.*“

„*Ja, so lang er Fleischerg'sell war, und selbst in den ersten Jahren in der Fabrik, wie er noch Postdienst g'habt hat, ist er noch ganz beieinander g'west, aber jetzt bei der Spinnerei kommt er so jäh herunter. Freilich, früher hat er nur sechs Gulden wöchentlich g'habt, jetzt hat er acht.*“

„*Da sollt man schier glauben, das war eine Aufbesserung.*“ meinte der *Bold*, mit seinem sarkastischen Lächeln.

kompetent ist, und diese Frage glauben wir aufs Bestimmteste verneinen zu müssen. Herr Abel gehört dem *Beurlaubtenstand* an, auf den sich in der Regel die militärische Gerichtsbarkeit erstreckt. Der § 6 des Militär-Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich lautet: „*Personen des Beurlaubtenstandes unterliegen den Strafvorschriften dieses Gesetzes in der Zeit, in welcher sie im Dienste befinden; außerhalb dieser Zeit finden auf sie diejenigen Vorschriften Anwendung, welche in diesem Gesetze ausdrücklich auf Personen des Beurlaubtenstandes für anwendbar erklärt sind.*“ Der Art. 147 des Militär-Strafgesetzes, auf dessen Herr Abel vor das Kriegsgericht kommen soll, enthält keinen Vermerk über Anwendbarkeit auf Personen des Beurlaubtenstandes, wird auch in keinem Kommentar zu dem Gesetze den Bestimmungen beigeordnet, die es gestattet, einen Beurlaubten der Militärgerichtsbarkeit zu unterstellen. Kann ein Beurlaubter auf Grund des Art. 147 militärisch abgeurtheilt werden, so ist er auch aus jedem anderen Paragraphen zu entlassen, so ist für ihn das Militär-Strafgesetz maßgebend, was gerade durch § 6 ausgeschlossen werden sollte. Auch aus dem Militärgerichts-Ordnung vom 3. April 1845, die noch in Kraft ist, läßt sich das Vorgehen gegen Abel nicht begründen. Die Zahl der Straffachen der Personen des Beurlaubtenstandes, vor die Militärgerichte gehören, folgende auf: 1. Ungehorsam und Widersetzlichkeit gegen die den Beurlaubten von den Vorgesetzten in Gemäßheit der Dienstordnung erteilten Befehle. 2. Desertion. 3. Verbrechen, die Beurlaubte in der Uniform begehen oder an denen sie in der Uniform theilnehmen. 4. Insubordination bei Anbringung von Gesuchen militärischen Angelegenheiten. 5. Herausforderungen und Kämpfe. Keine dieser Bestimmungen ist auf den Fall des Abel anwendbar, mit keiner steht die That, der sich Abel anklaglich schuldig gemacht hat, in irgend einer Verbindung. Art. 147 kann demnach einen militärischen Gerichtsstand gegen Beurlaubte weder nach dem Gesetz von 1845, noch nach dem Militär-Strafgesetz des Reichs begründen, er ist unseres Erachtens seinem Inhalte nach überhaupt dahin aufzuheben, daß es nachträgliche Anwendung auf Personen, die dem stehenden Heere nicht mehr angehören, vollständig ausschließt. Es steht zu erwarten, daß Herr Abel sich in der Abwehr gegen die drohende Anklage vor allen Dingen eines Gerichtsstandes zu wehren suchen wird, dessen Berechtigung nicht gesetzlich zu gründen ist. Er verjagt damit nicht die eigene persönliche Freiheit, sondern die von hunderttausenden deutscher Bürger, die ihm nach abgeleiteter Militärpflicht dem Beurlaubtenstande angehören, und das giebt dem Fall Abel eine allgemeine politische Bedeutung, die es der Presse zur Pflicht macht, der Sache näher zu treten.“

Folgende Carlaburg-Nachricht wird in die Welt eingeleuchtet: *Carlaburg, 15. Oktober.* Die sogenannten *Lassalleaner*, eine seit Jahren hier bestehende sozialistische Gruppe, welche die *Gothaer* Vereinigung nicht mitmachte, wird nach dem Kongresse zu Halle mit einem Aufruf an die deutschen Arbeiter hervortreten, der eine Unterstützung der Regierung bei der Führung ihrer sozialpolitischen Maßnahmen fordert.

In besorg. Die „*Schlesische Zeitung*“ hat arbeiterfreundliches Herz entweht. Sie jammert darüber, daß die erbärmlichen und kleinlichen Jänkereien des Parteiführers die Sparsamkeit der Arbeiter“ gesammelt worden sind. Die Partei der „*Schles. Ztg.*“ hat ihr Mögliches gethan, um die Arbeiter durch indirekte Steuern und andere Auflagen zu erleichtern Großen aus der Tasche zu ziehen. Das konfessionelle Blatt, das bei der Beschimpfung des Proletariats und der Einführung reaktionärer Maßregeln stets in erster Reihe zu finden soll sich nicht den Kopf der Sozialdemokratie gebrochen, mag ein wenig über die Heldenthaten seines sanftmüthigen Bettelpatrioten nachdenken und die Arbeiter ungehorsam lassen.

Michel, halt' die Taschen zu! Trotz allen offenkundigen Ablehnungsvorfällen sieht es doch bereits fest, daß die *Georg* zweck beträchtliche Mehrforderungen in die Taschen erscheinen werden. Für Landarmee und Marine, für Pulver u. s. w. sollen über zwanzig Millionen Mark gefordert werden. Sogar die „*National-Zeitung*“ sieht sich zu der Warnung veranlaßt: „*Angesichts der finanziellen Lage ist dringende Verlangen berechtigt, daß alle nicht sachlich gebotenen Verwendungen für Heer und Marine vermieden werden.*“ Was die Nationalliberalen nicht hindern wird, unenlicher Erbarmlichkeit umzufallen, wenn's so verlangt wird.

Der sächsische Justizminister von Arken, der vor zehn Jahren sein Portefeuille beissen hat, ist gestorben. Ein Erreaktionär, unter dessen Ministerium die unendliche politische Prozesse gegen die Sozialdemokratie ins Werk gesetzt worden ist.

Bei der Landtags-Erwahl im 1. Wahlbezirk Regierungsbezirk Danzig wurde der konservative Standes-Hofrathemeister Graf Richard Dohna-Schlobitten gewählt. Gegenkandidat Justizrath *Palleske-Ziegenhof* (Freis.) 171 Stimmen.

Die Nationalliberalen empfinden heiße Sehnsucht nach Zwangsregeln. Der frühere Abgeordnete Professor *Wegener* in einer Versammlung in *Mosbach* sich wie folgt geäußert: „*Aufheben des Sozialistengesetzes war notwendig; die*

„*Freilich, er wird auch darum viel beneidet von Andern.*“

„*Wegen der Ueberarbeit, und weil er sich früher Grund richt' oder wegen denn sonst?*“

Sie fuhr gereizt auf. „*Da drüber redt Du nicht, Du bist still, Du hast kein Weib und keine Kinder, und die Arbeit selbst ist nur ein Mühsiggang.*“

„*Na ja, und da hab ich halt Zeit, hie und da was nachzudenken.*“

„*Behalt Deine Denkerlei für Dich; hast Du noch Brüder aufg'heht, oder mein Bruder Dich, das weißt Du nicht, aber g'wis ist's, daß der auch mit allerlei Zeug den Kopf voll hat, aber das sag ich Euch. Meinigen dürft's nicht damit kommen, der braucht von Dingen nichts zu wissen, die ihn nichts angehen.*“

„*Hast Recht, Reserl, was thät's ihm auch nähern steht's ja so nimmer, denn wo der ganze Mensch angeht, ist, na hat das G'hirn auch sein Detscher freigt. Aber sei wieder gut, Reserl, und tanz mit mir.*“

„*Nach brauch' nicht mehr zu tanzen,*“ sagte sie trocken. „*Bist noch so a riegeles Weib, bist gar übel, Reserl,*“ seine Stimme wurde recht zutraulich, ein bisschen Freud und Lustigkeit that Jedem wohl, die *Fäh*; da dreht man sich stiel umeinander und da man, daß man noch lebt!“

Er hatte sie gegen den Tanzboden gezogen, und sie seht abermals seinen Arm um ihre Taille legte, plötzlich, wie elektrifizirt, mit ihm unter die Tänzer.

Sie schien von einer bacchantischen Lust erfüllt, drehte sich und schwenkte sich mit dem *Bold* im Kreise, und schrie ihr *Juch* dazwischen, lauter als Andern.

Sie konnte für einen Augenblick ihr Glend verpassen war glücklich.

Nach dem Ländler trat eine Panse ein. Die *Wegener* und Mädchen kamen erheit vom Tanzboden und setzten zu den Tischen unter den Bänken.

Die *Mirzel*, als die hübscheste und *Kollette* nach

Amerika.

Salifax, 12. Oktober. Der Generalgouverneur von Canada, Lord Stanley of Preston, hielt gestern hier eine Rede, in welcher er sagte, England erkenne die thatsächliche Unab... abhängigkeit Canadas an. Das Land, welches Canada mit Grobritannien verknüpft, sei zum groen Theile „Gefahrsache“; er hoffe jedoch, da das Band niemals gebrochen würde. Bei thatsächlicher Unabhängigkeit, geschuft durch die groe Arme des Mutterlandes, könne Canada in Frieden und Wohlfahrt leben. — Die endgültige Trennung Canadas vom Mutterlande ist doch nur eine Frage der Zeit.

Afrika.

Pietermaritzburg, 12. Oktober. Bei den Wahlen zum gesetzgebenden Rath von Natal hat die Partei, welche eine verantwortliche Regierung für die Kronkolonie zu erringen wünscht, gesiegt. Von 24 Sitzen hat sie 14 bekommen.

Soziale Uebersicht.

Ausruf! Schlachtergesellen Berlin's! In Liverpool haben die Schlachtermeister der Union angehenden Schlachtergesellen ausgeschrieben. Es sind jetzt sogenannte Seelenwarfker resp. Sklavenhändler nach Hamburg gekommen, um Streikbrecher zu werben und haben auch schon Erfolg gehabt. Kollegen Berlin's! Lat Euch nicht verblenden, werdet keine Verratker Eurer guten Sache, falls auch nach Berlin derartige Subjekte kommen, um Euch nach Liverpool anzuwerben, und Euch dort in's Feuer gegen Eure eigenen Brüder zu führen. Zeigt solchen Patronen, da Ihr zielbewusste Schlachtergesellen seid und gebt ihnen die gebührende Antwort, der Sieg der Kollegen in Liverpool ist auch der Eure! Steht fest und treu zu der Fahne, der Ihr geschworen! Mit kollegialischem Gru. Der Vorstand des Fachvereins der Schlachtergesellen Berlin's und Umgegend.

Achtung Buchbinder und Lederarbeiter! Der Fabrikant Hahn, in Firma G. Hahn vorm. Hahn u. Wegner, Stallschreiberstrae 57, ein Innungsmeister, behandelte seine Leute wie Sklaven. Bei diesem Herrn werden die kleinsten Besuchen mit Schimpfworten vergolten. Beinahe täglich sind solche Ausfulle. Es hat kein Arbeiter, nach Meinung des gebildeten Herrn Hahn, heute noch Ehrgehalt im Leibe. Er wunfte für jeden Lumpen (das heit: seine Arbeiter, die ihn das Brot verdienen) den Platz nachrumen u. s. w. Herr Hahn ist nur durch seinen früheren Sozialis das geworden, was er ist, nämlich Fabrikant. Herr Hahn hat sich sehr gut entwickelt. Es soll früher, wie der Mitinhaber Wegner noch nicht ausgetreten war, besser gewesen sein, doch auch dieser räumte das Feld, da auch er dieses brutale Auftreten nicht aushalten konnte. Es herrscht da wirklich ein russischer Zustand; nur noch die Krute, dann ist alles komplett. Sämmtliche Arbeiter, bis auf Einen, der wortbruchig geworden, haben die Arbeit niedergelegt. Sie konnten diese unmenschliche Behandlung nicht mehr ertragen. Jeder Arbeiter möge solche Werkstatt meiden, wo die Arbeiter als Sklaven behandelt werden. Oder will Herr Hahn vielleicht durch seine Rohheit das Handwerk heben?

Achtung Perlmutterarbeiter und Drechsler Berlin's! Wie schon bekannt sein dürfte, haben am 11. d. M. die Arbeiter der Perlmutterwaaren-Fabrik von Paul Hinge, Ritterstrae 12, die Arbeit niedergelegt. Grund hierzu war ein projektirter Lohnabzug von 20 pCt. In der üblichen Versammlung der Perlmutterarbeiter Berlin's vom 14. d. M., welche in den „Festhallen“ Branienstrae 150 stattfand, erklärten sich sämmtliche anwesenden Perlmutterarbeiter, nachdem der Sachverhalt genügend geklärt und die Ausstandigen, 24 Mann, im Einverständnis der Versammlung ihre Forderungen formuliert hatten, mit den Ausstandigen solidarisch und verpflichtet sich, die Streikenden nach Kräften zu unterstützen. In dieser Versammlung wurde eine Kommission von 5 Personen gewählt, welche die eventuell notwendig werdenden Unterhandlungen, sowie die nöthigen Schritte bis zur Beilegung des Ausstandes in die Hand nimmt. Diese Kommission wird sämmtliche Werkstätten der Perlmutterarbeiter mit Sammelnisten zur Unterstützung der Ausstandigen versehen. Die Listen sind in folgenden Adressen: 1. Pasoldt, Reichensbergerstrae 16; 2. Gründel, Dresdenerstrae 116; 3. Giersch, Langestrae 94; 4. Wlantenburg, Straenruderstrae 68; 5. Stremmer, Mariannenplatz 18 des Sonnabends von 9 1/2 bis 10 Uhr Abends und Sonntags Vormittags 9 1/2 Uhr abzuliefern, ebenso auch neue in Empfang zu nehmen.

Für die gemahregelten Weber in Greiz erhalten: Ueberschu einer Zellerksamlung im Glysium durch G. Wähler 29,65 M.; Ueberschu einer üblichen Schuhmacher-Versammlung bei Feuerstein durch J. Dörr 4,20 M.; am Stammtisch bei Wollschläger gesammelt 7,50 M. Vorstehender Betrag nach Greiz abgeliefert.

Karl Hübsch, Memelerstr. 40.

„Jetzt singt den Refrain mir nach!“ Kommandirte sie, „aber hübsch laut, mach's das Maul auf und genirt's Euch nicht.“ Und nun brallte man im Chor die letzte Strophe, und Alles lachte um sie herum und war entzückt, da es mitthun konnte.

Nachdem sie geendet, verneigte sich Oswaldt vor ihr. „Das Lied ist voll übermüthiger Laune, und ich wunfte keine Volksfangerin in Wien, die das besser machen und wirksamere vorzutragen verstünde.“

Sie sah ihn mit groen leuchtenden Augen an. „Glauben's, da i das Zeug dazu hät!“

„Ich meine wohl.“

„Die Kurasch hät' ich schon,“ lachte sie, und sich herumwerfend schrieb sie den Uebrigem zu: „Habt's s g'hört Kinder, was i für a Schenie bin? also wunder's Euch not, wenn Ihr amal plylich hört:“

„Da i so frisch vom Fiedel! Gleich von der Haspel weg, Als a verflitztes Ding Direkt auf's Brettel spring.“

„Und wann d' Gardin aufrollt, I mi verhaspeln sollt, Sag i, s Leuteln, bin Ja nur a Hasplerin!“

Sie sang diese rasch improvisirten Bierzeilgen mit einer Drollerie und Ausgelassenheit herunter, die den lautesten Jubel hervorrief.

Man applaudirte und erhob die Gläser, um die festsche Mirzel, die kunstige Volksfangerin, hoch leben zu lassen. Nach diesem Toast brachte der Kellner eine Anzahl frischgefullter Gläser, die rasch ihre Abnehmer fanden.

Auch Oswaldt, obwohl er noch ein zur Hälfte gefülltes vor sich stehen hatte, langte nach einem frischen Glase. Als aber der Kellner das halbgelceerte mit fortnehmen wollte, erhielt er von der Mirzel einen Klaps.

(Fortsetzung folgt.)

die bayerischen Anstalten durch den Regierungsrath Rap, die badische durch den Geh. Regierungsrath Masina, die thüringische durch den Regierungsrath Elle, die rheinische durch den Landesbank-Rath Weber, die hannoversche durch den Senator Liebrocht, die brandenburgische durch den Landesyndikus Gerhardt, die Berliner durch den Magistratsassessor Dr. Freund, die pommerische durch den Landesrath Denhard. Auerdem nehmen Kommissare des Reichs-Versicherungsamts, Mathematiker und Kassenbeamte an den Verhandlungen Theil.

In Chemnitz werden die Sozialdemokraten sich an den im November stattfindenden Stadtverordneten-Wahlen lebhaft betheiligen. Der im Reichstag und Landtag durch Sozialdemokraten vertretene Chemnitzer Industriebezirk, eine Hochburg des sächsischen Proletariats, wird hoffentlich auch in das Stadthaus einige Arbeitervertreter entsenden. Da in Sachsen die Verschmelzung der burglichen Parteien sich fast ganz schon vollzogen hat, ist bekannt. Und so ist es leicht zu verstehen, da der deutschfreisinnige Verein in Chemnitz mit den Konservativen und Nationalliberalen ein Wahlbundni gegen die Sozialdemokratie geschlossen hat. Uns kann es recht sein, wenn der ganze Ordnungsbrei in einem Topfe gekocht wird.

Abwarten! Die „Frankf. Ztg.“ erhält aus München folgenden Drahtbericht: „Die Reichsregierung beschäftigt sich mit der Frage des Fallenslassens der Getreide- und Viehzolle gegen Oesterreich und Italien. Es soll nicht unwahrscheinlich sein, da man die gedachten Zölle aufgibt.“ Das wäre ein theilweiser Bruch mit dem Schutzollsystem. Aber bei dem gewaltigen Einflu unserer Grogrundbesitzer, deren Kornwucher und Viehwucher — denn etwas anderes ist die Ausnahrung der Lebensmittelzolle nicht — durch die Wegräumung einiger Zollschranken etwas beeinträchtigt werden würde, wollen wir sehr kaltblütig den Verlauf der Angelegenheit abwarten. Die „Kreuzzeitung“ hat gar nicht Unrecht, wenn sie meint, da nichts so hei geessen werde, wie man es loche. Sie kennt ihre Pappenheimer.

Die Volksparteiler stellen zur Würzburger Nachwahl den Solzhandler Kröber in München, der im Februar in Ansbach-Schwabach unterlag, als Kandidaten auf.

Oesterreich-Ungarn.

Budapest, 15. Oktober. Im ungarischen Abgeordnetenhaus wurde von der Regierung ein Gesetzentwurf über die Unterstützung der Arbeiter in Krankheitsfällen eingebracht, durch welchen der Kreis der Versicherten erweitert wird. Aufnahme in die Versicherung sollen Arbeiter jeden Alters und Geschlechts finden, auch Ausländer. Derselben sollen die Arbeiter in allen Gewerben und im Hattemwesen unterliegen, auch alle im Post-, Telegraphie- und Eisenbahndienst, in der Schifffahrt und in der Hausindustrie Beschäftigten, die länger als acht Tage im Dienstverhaltni stehen und nicht mehr als 4 Gulden täglich Lohn erhalten.

Grobritannien.

London, 18. Oktober. Zwei englische Kriegsschiffe gehen nach Witu, um eine „Bestrafung der Denkschenmorder“ zu erzwingen.

Der Londoner Gewerkevereinsrath hielt am Dienstag Abend eine geheime Sitzung und beschlo, am 23. Oktober ein Meeting von 173 Delegirten, welche 158 000 Arbeiter vertreten, einzuberufen, um 20 000 Pfund Sterling (400 000 Mark) für die australischen Streiker aufzubringen.

Frankreich.

Paris, 16. Oktober. Die Regierung wird der Kammer bei ihrem Zusammentritt einen Antrag betreffend die Sahara vorlegen. Sie wird eine Resolution fordern, da das Unternehmen dem Staatsinteresse dienlich sei, und dann den verschiedenen Unternehmern die Vorlegung von Plänen und Kostenanschlägen anheim stellen.

St. Etienne, 15. Oktober. Die Lage in Firminy verschärft sich. Maschinenarbeiter sind dem Ausstande der Bergarbeiter beigetreten. In Larochette-Molliere stehen die Maschinen still, in die Gruben ist Wasser eingedrungen. Der Präsent liet verkünden, wenn die Situation andauere, werde er nach dem Gesetze gezwungen sein, 45 Arbeiter zu requiriren, um „die Kohlen-schachte zu retten“, d. h. den Rebbach zu retten. Eine Versammlung der Bergarbeiter beschlo eine Delegation an den Präsenten zu senden, um ihn zur Hinausschiebung dieser Maregel zu bewegen, bis er einen Bericht des Staatsingenieurs über die Lage erhalten habe.

Calais, 16. Oktober. Gestern Abend fand eine dritte Versammlung der ausständigen Lallarbeiter statt, auf der einstimmig ein allgemeiner Ausstand beschloen wurde.

Holland.

Aus dem Haag wird gemeldet, da die Einberufung der Generalstaaten behufs Einsetzung der Regentenshaft unmittelbar bevorstehe. Das Souveranetatsrecht soll provisorisch dem Staatsrath übertreten werden, worauf dieser ein Gesetz behufs Einsetzung der Königin als Regentin vorschlagen wird.

Sie empfand voll Beschämung ihre geistige Unzulänglichkeit und ihre auerliche Dürftigkeit. Aber bald war ihre Aufmerksamkeit neuerdings den Vorgängen um sie herum zugewendet.

Der Pecher war mit einem fremden Herrn an ihrem Tisch vorubergekommen und von der Mirzel mit Kuchhandchen regalarit worden.

Als er an einem Tisch, wo Huber mit einigen älteren Leuten sa, Platz nehmen wollte, rief die Mirzel ihm zu: „Goldl, wenn Du nicht hergehst zu mir, so bin ich auf Dich bös; ewig, g'wis! Und der Herr da, wird sich auch nicht spieren und wird zu uns kommen, gelt? Und Du Paul, mein heimlicher Schatz, Du wirst auch nicht bei den Philistern bleiben. Nur her mit Dir! Rucht's z'amm', Leuteln, geduldige Schaf' gehen viel in einen Stall. Sie, gnädiger Herr,“ wendete sie sich mit einem toletten Lächeln an Oswaldt, „Sie setzen sich da mir gegenüber, ich möcht Ihnen in die schönen Augen schauen können, aber verdreimen dürfen's mi not!“ Sie lachte ausgelassen und nun in die Hände patschend und mit einem Blick die Uebrigem herausfordernd: „Pal's auf Leuteln und hört's zu, wenn es Euch Recht ist, will ich Euch was singen.“

„Bravo, bravo! Ja, die Mirzel soll uns was singen, die kann's!“ riefen alle.

Sie stand auf und schwang sich übermüthig in den Hüsten hin und her.

„Was denn ur gleich? Den G'sang von die lustigen Wienerleut, die uberrall ihr Geh haben und G'muthlichkeit?“

„Bravo, bravo, leg nur los.“

„Sing etwas von Dir,“ bat der Pecher. „Vielleicht das Lied von der Nonne?“

„Bravo, bravo!“

„Wenn die Mirzel das Lied von der Nonne singt, das ist sicher die grote Heh,“ bemerkte Einer.

Alles lachte. Die Mirzel begann.

Ihre Stimme war kräftig, hoch, und ein wenig schrill, aber sie war eine taktfeste Sängerin und sang ihr Konplet mit groer Berwe herunter.

weltungsbefugni war ein Mitgli. Die Ausgewiesenen haben die sozialistischen Vorwürfe vielfach in Oegenden gebracht, wo sie früher nicht vorhanden waren. Wir sehen jetzt vor einer Probe, ob es auf die Dauer ohne Besondere Vorkehrungen gehen wird, wenn dieselben auch nicht gerade die Form eines Sozialistengesetzes anzunehmen brauchen; man kann an ein „Prekgeset“, an ein Reichs-Vereinsgesetz“ u. s. w. denken!

Der Schweinburg und der Pindler, die alten Krippenlehrer des Bismarckschen Regimes, arbeiten sich in die Hände. Die „Nordd. Allg. Ztg.“, nebenbei das leberute Blatt des Königreichs, schreibt: „Das „Berliner Volksblatt“ brachte unter der Spitzmarke „Sozialreform von Oben“ eine Mittheilung aus Westfalen, nach welcher verschiedene Mitglieder der Bergarbeiter-Ausschüsse, welche s. Z. mit groem Glat in Szene gesetzt seien, ihre Entlassung gegeben hätten, weil sie nicht Lust hätten, die Rolle von Statisten zu spielen. Die Arbeiterausschusse seien zwar da, aber Niemand kümmerte sich um sie. Da verschiedene Mitglieder der Bergarbeiter-Ausschüsse im Sorrevoir auf ihr Amt verzichtet haben, dürfte, wie die „Berl. Vol. Nachr.“ bemerken, richtig sein; ihres Wissens aber sei solches nicht geschehen, weil sich Niemand um die Ausschüsse gekümmert hat, sondern weil vielmehr diese Mitglieder nicht länger in der Lage waren, den ungeheuerlichen, aus Arbeiterkreisen an sie beratrenden unerfüllbaren Forderungen Genüge zu leisten.“ Die „unerfüllbaren Forderungen der Arbeiter“ sind stets das beliebte Stichwort, wenn es gilt, die springenden Verbesserungen der Lage des arbeitenden Volkes zuruckzuwahren. Die Entdeckung, da deshalb Ausschussmitglieder zurückgetreten seien, kann sich an Genialität mit irgend einer währen Bescheidenheit des hochedlen Herrn von Münchhausen messen.

Das sozialpolitische Parthenon des „Berliner Tageblatt“ hält der Sozialdemokratie eine surchtliche Strafbank, weil sie in Halle sich nicht um den Arbeiterkuch kümmert und, scharflich aber wahr! die Arbeiterausschusse ignorirt. Das Organ des Hofes schwärmt für die Einrichtung der Arbeiterausschusse, die entweder eine leere Form oder ein handliches Mittel des Unternehmers ist, die Arbeiter im Zaume zu halten und sie unter patriarchalischer Stifette desto bequemer anzubringen. Die Beispiele, die das „Berliner Tageblatt“ aus einer Schrift von Max Sering anführt, bestätigen die von uns immer vertretene Auffassung, da derlei Gründungen durchgängig Kampfmittel der Arbeiterbewegung sind. Aber eben deshalb empfiehlt ja das „arbeiterfreundliche“ Tageblatt die Arbeiterausschusse den Industriellen.

Die Ultramontanen machen mobil. Der ultramontane Junker von Schorlemer-Alst hat Namens des Vorstandes des Westfälischen Bauernvereins an alle Mitglieder desselben folgende „Mahnung“ geschickt: „Die Führer der Sozialdemokratie haben neuerdings wiederholt erklärt, in nächster Zeit vorwiegend ihre Thätigkeit dahin zu richten, die ländliche Bevölkerung für ihre verderblichen Ziele zu gewinnen. Damit wird uns ein schon länger voraussehender Kampf aufgetragen, den wir als Christen, als treue Unterthanen, in Vertheidigung des Grundbesitzes, der Familie und der gesellschaftlichen Ordnung aufnehmen müssen und wollen. Die Sozialdemokratie verwirrt das Christenthum, die christliche Familie, das Eigenthum; sie erstrebt den Umsturz des Thrones und der Monarchie, um ihre Ziele zu verwirklichen und erhofft den Sieg, wenn es ihr gelingt, auch die ländliche Bevölkerung in ihre Netze zu ziehen. Ohne Furcht, festen Auges wollen wir der drohenden Gefahr entgegenreten, die zu uberschauen unmännlich, die zu unterschagen kräftiger Reichtum wäre. Ist auch und bleibt das, was die Sozialdemokratie erstrebt, unansufbar, so kann und wird doch ein auch nur theilweiser Sieg derselben unendlich Unheil, Elend, Blut und Thränen über das Vaterland bringen und an die Stelle der heutigen Ordnung eine Welt von Trümmern und Ruinen setzen. Der „Weiß Bauer“ wird von einer nächsten Nummer die schlechten Grundfae und Ziele der Sozialdemokratie, insbesondere mit Rücksicht auf die dem Grundbesitzer, der Erhaltung unserer Höfe, seitens derselben drohenden Gefahren näher darlegen. Aber schon heute richten wir an alle unsere Mitglieder, insbesondere an die Vorstande- und Ausschussmitglieder die Bitte, die angekündigte Agitation der Sozialdemokraten in den ländlichen Bezirken im Auge zu behalten, und wo sich dieselbe geheim oder üblich zeigt und geltend macht, gleich daruber an uns zu berichten, damit wir rechtzeitig entgegenwirken können.“ Dieser Laufschrift wird den Klerrikalen nichts nützen. Das Landproletariat wird sich bereits zuwenden beginnt, gehört uns, und die wirtschaftliche Entwicklung im Bunde mit der Massenpolitik wird auch das Kleinbauernthum unter unsere Fahnen führen. Die ländliche Bevölkerung wird durch systematische Agitation aufgeklärt und aufgerüttelt werden, und wenn die Schorlemer und Genossen noch so sehr sich dagegen wehren mögen.

Der Ausstuf, den die Kongress vom 6./7. Oktober gewählt hatte, um die Art und Form der Geschäftsführung der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalten zu berathen, ist am 16. Oktober im Reichs-Versicherungsamt unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Bodtker zusammen getreten. Vertreten sind

meiste Anziehungskraft auf die Männer, und Alles drängte sich an den Tisch heran, an dem sie Platz genommen.

Sie hatte der Franzel, die von einem dunklen Winkel aus dem Tische zugehen hatte, ein Zeichen gegeben und sie aufgefodert, sich neben sie zu setzen. Sie fühlte sich als Protektorin dieses „armen Haschels“, wie sie sie nannte, und die Franzel gehorchte mit einem dankbaren Blick.

Als der Kreis sich vergroerte, sah sie sich dem Stamme der Kastanie entgegen gedrängt. Sie lehnte den Kopf, der noch immer mit dem hahlichen Rattentuche umhüllt war, gegen den Stamm zurück, und so, dem Lichtweisse der Lampe entzogen, verschwand sie im Dunkel der Nacht; Niemand beachtete sie.

Ihre Blicke aber verfolgten jede Geste der Mirzel, jede ihrer Miene, und hateten voll Bewunderung auf dieser quecklibernen Gestalt und ihrem zweifelhaften Ruhe.

Die festsche Mirzel trug ein lichtblaues Kleid, das der Garbe einer jungen Dame entstammte. Diese hatte das lamirte Kleid einer Händlerin verkauft, und die Mirzel hatte es nun aus dritter oder vierter Hand um einige Gulden an sich gebracht. Auffallend in Schnitt und Farbe, und da zerseht und ausgefranst, und wirkte hahlich und abstoend wie eine alte Kofette, aber es blieb in den Augen der Mirzel und all ihrer Kolleginnen ein nobles, feines Kleid, um das sie Alle beneideten.

Die Taille war ihr zu weit und sie war schlecht geschwurzt, und wie sie sich jetzt in den Hüsten wiegte, die schwarzen Augen herausfordernd hin und her blihen lie, dabei laut perorirte und mit den Armen und Händen herumwarf, war sie der echte Typus der Fabrikarbeiterin einer Grostadt, die ihr Elend und ihre Entartung mit einem gewissen toden Humor zur Schau trägt. Der Franzel erschien sie unvergleichlich.

So hübsch, so lustig, so klug würde sie nie sein, nie ein so schönes Kleid tragen, ein himmelblaues Band in ihre Haare schlingen. Mit Schrecken dachte sie daran, da die ihren roth seien, und sie zog ihr Lächeln nur noch leister unter dem Kinn zusammen und lehute sich noch weiter hinter den bergenden Stamm zurück.

Der Fachverein der Tischler (Weissenhof) hielt am Montag, den 13. Oktober, eine Versammlung in Klebs Lokal, Köhler- und Charlottenburgerstraßen-Ecke, ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag des Kollegen Koblenzer über den Kampf ums Dasein unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters. 2. Diskussion. 3. Vorschlag neuer Mitglieder zur Werkstatt-Kontrollkommission. 4. Verschiedenes. Zu Punkt 1 führte der Referent ungefähr folgendes aus: Durch alle literarischen und wissenschaftlichen Werke würde der jeweilige Bildungsgrad der Gesellschaft ausgedrückt. Besonders beachtenswert erscheint es aber, daß durch die neuere Wissenschaft die alte Schöpfungstheorie als vollständig abgethan bezeichnet werden kann, und daß durch sie immer mehr die Möglichkeit, daß ein höheres Wesen vorhanden sei, in Frage gestellt wird. Wenn nun in dem Kampf ums Dasein, welcher sich in der Natur abspielt, besonders in der Pflanzen- und Thierwelt unendliche Stufen von Organismen vernichtet werden, welches auch durch die Verhältnisse gerechtfertigt erscheint, so müßte doch mit dem Menschen, der als Vernunft begabtes Wesen auftritt, eine Ausnahme gemacht werden. Der Mensch, welcher es schon bei seinem heutigen Bildungsgrad verstanden hat, die Natur in seine Dienste zu spannen, wird auch bei weiterer Entwicklung es verstehen, den Kampf, welcher auch in seinen Reihen wüthet, in mildere Bahnen zu lenken. Charakteristisch bezeichnet Redner die Ansicht, daß sich die bemittelte Klasse zu den wirtschaftlichen Stärkeren zähle, trotzdem man doch heute schon so ziemlich unterrichtet ist, durch welche fragwürdige Manipulation diese Klasse in Besitz der Kapitalien gelangt ist; während sie die durch die kapitalistische Produktionsform proletarisirte Masse zu den wirtschaftlich Schwächeren rechnet, trotzdem gerade letztere es sind, welchen aller wirtschaftlicher Aufschwung zu verdanken ist. Redner ging dann noch eingehend auf die wirtschaftliche Lage des Arbeiters ein, und kommt zu dem Schluß, daß der großen Masse die moderne Wissenschaft zugänglich gemacht werden muß. (Lebhafte Beifälle.) Zur Diskussion sprach noch Kollege Wiedemann im Sinne des gehörten Vortrags. Auch er

kommt zu dem Resultat, daß dem Volk eine bessere Bildung gehört, um dann ausgerüstet mit einem besseren Wissen den Kampf mit allen widerwärtigen Elementen aufnehmen zu können. Zu Punkt 3 wurden die Kollegen Köhler, Mittelstraß und Preußler zu der Werkstatt-Kontrollkommission vorgeschlagen. Kollege Koblenzer weist noch auf die Thätigkeit der Kommission hin, und ermahnt die Vorgesetzten, das in sie gesetzte Vertrauen noch besten Kräften zu rechtfertigen. Zum 4. Punkt, Verschiedenes, berührt Kollege Wiedemann nochmals das Prinzip des Vereins und ermahnt die Kollegen, recht rege für den Verein zu agitieren. Schluß 11 Uhr.

Die Filiale 5 (Nord) der deutschen Maler, Lackirer und verwandten Berufsgenossen hielt eine außerordentliche Generalversammlung am 9. Oktober im Saale des Herrn Gnadt, Brunnenstr. 88, ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vierteljährlicher Kasienbericht und Jahresbericht. 2. Neuwahl sämtlicher Verwaltungsbeamten. 3. Verschiedenes. Zunächst verlas der Kollege Noack, der Revisor, den Rechenschaftsbericht vom letzten Vierteljahr. Seitens der Mitglieder wurde kein Einspruch erhoben. Dem Kassirer, Kollegen Buttgerit, wurde somit Decharge erteilt. Beim Jahresbericht wurden die neu aufgenommenen Mitglieder verlesen und von der Versammlung angenommen, nur die Kollegen Kühnig und Hoffmann nicht. Diese beiden Kollegen sollen zu einer Vorstandssitzung und zu einer Filialversammlung geladen werden, um sie zu befragen, wann sie ihren Verpflichtungen gegen die Vereinigung der deutschen Maler gerecht werden wollen. Dann soll über ihren Ausschluss aus der Vereinigung bestimmt werden. Daraus wurde zur Neuwahl geschritten. Gewählt wurden: Kollege Fleischer als erster Bevollmächtigter, Kollege Albrecht als zweiter Bevollmächtigter und als Kassirer, Kollege Wenzel als dritter Bevollmächtigter, Kollege Hilpert als Schriftführer, Kollege Buttgerit als Beisitzer, die Kollegen Wagen und Zimm als Revisoren, Kollege Jergang als Bibliothekar, die Kollegen Pagels, Heim und Bartels als Hilfskassirer. Zum dritten Punkt wurde über den Zentral-Arbeitsnachweis der Freien Vereinigung der deutschen Maler diskutiert.

Es wurde schließlich beschlossen, daß Beschwerdekommisssions-Mitglied unserer Filiale zu beauftragen, sich mit den anderen Beschwerdekommisssions-Mitgliedern in Verbindung zu setzen, die Regelung des Arbeitsnachweises zu unternehmen, resp. kombinierte Mitgliederversammlung der Filialen Berlins und Umgebung einzuberufen. Ein Antrag, eine Glückwunschkarte in die Halle zu senden, wurde einstimmig angenommen. Hierauf folgte die Versammlung.

Der Fachverein der Tischler hielt am 10. d. Mts. May's Sälen eine Versammlung ab, zu welcher die Kollegen Köhler, Mittelstraß, Preußler, Ferd. Boigt und Gebr. Weimann eingeladen waren. Nur die beiden erstgenannten Fabriken waren durch eine Anzahl Kollegen vertreten. Zunächst hielt Herr Köhler einen beifällig aufgenommenen Vortrag über Antisemitismus und Sozialismus. Zum zweiten Punkt: „Die Größbetriebe in unserem Gewerbe und die Bedeutung derselben für unsere Bewegung“ führt der Vortragende aus: Auch in unserem Gewerbe treten an Stelle der Klein- die Großbetriebe, die Fabriken. Die Fabrikanten können sich, weil erheblich geringer an Zahl, viel leichter vereinigen. Solchen Unternehmerverbänden gegenüber haben die Arbeiterorganisationen einen schweren Stand, wie wir beispielsweise in der Metallarbeiterbranche sehen. Es ist daher Pflicht aller Kollegen namentlich der in den Großbetrieben arbeitenden, sich zu organisieren. Leider müßte konstatiert werden, daß gerade in den Großbetrieben das Gefühl der Solidarität und kollegiales Wesen am schwächsten ist. Die Uneinigkeit unter den Kollegen werde von einzelnen Fabrikanten geradezu gepflegt durch hohe und niedere Akkordlöhne, so daß an ein einheitliches Handeln selten zu denken ist. Der Interessengegensatz zwischen Arbeit und Kapital werde auch nicht aufgehoben durch die Fiktion eines Festes, zu welchem der Fabrikant gnädigermassen etwas zugiebt, sondern der Arbeiter muß seine Lage selbst verbessern und da er dies einzeln nicht kann, so heißt es eben: organisieren!

Theater.
Freitag, den 17. Oktober.
Opernhaus. Alessandro Straballa.
Schauspielhaus. Othello, der Mohr von Benedig.
Festung-Theater. Das zweite Gesicht.
Deutsches Theater. Das Wintermärchen.
Berliner Theater. Die Jungfrau von Orléans.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Nidermann. Hierauf: Puppenfee.
Wallner-Theater. Der Bauern doktor. Pension Schöller.
Residenz-Theater. Terceol.
Victoria-Theater. Die Million.
Sellekiantheater. Mein junger Mann.
Ostend-Theater. Zimmermann's Pene.
Thomas-Theater. Der Raub der Sabinerinnen.
Adolph Ernst-Theater. Unsere Don Juans.
Gausmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergärten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Englischer Garten.
Direktion: C. Andress, Alexanderstraße 27c.
Margarethe Steinow, Nieder- u. Walzerfängerin.
Anni Carelli, Kostüm-Soubrette.
Herr Rosse, Gesangs-Humorist.
Adolf Gödicke, Mimiker, Stimmen-Imitator und Charakter-Komiker.
Familie Blumenfeld, Parterre-Potpouri, Drahtseil, Tanz.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 9 1/2 Uhr.
Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf. 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

Stabliement Buggenhagen am Moritzplatz.
Täglich:
Grosses Garten-Concert.
Direktion A. Hödmann.
Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
Wochentags 10 Pfg., Sonntag- und Festtags 25 Pfg.
Bei ungünstiger Witterung in den unteren Restaurationssälen.
Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
Spezial-Auswahl von Bahnhofs-Export-Bier, Seidel 15 Pf.
Die oberen Säle bleiben bis auf Weiteres wegen Renovierung geschlossen.
F. Müller.

Bratweil'sche Bierhallen
Kommunadonaustr. 77-79.
Täglich:
Grosses Concert
mit Quartett-Sängern, ausgeführt von dem Musik-Direktor H. Sanftleben.
Wochentags: Frei-Concert.
Sonntags Entree 20 Pf.
Empfehle auch zugleich 8 Billards, 8 Kegeltischen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
703 F. Sadtke.

Die Beleidigung, welche ich der Frau Nadler zugefügt und die Sache die ich ihr nachgetragen habe, nehme ich hiermit zurück und erkläre Frau Nadler für eine anständige Frau. 1214 Frau Seewin, Köbbenerstr. 27.
Zur ergebenden Anzeige, daß jeden Freitag in meinem Lokal Andreasstr. 77 **groses Gänse-Auspielen** stattfindet. [1220] G. Holl.
1 K. leere Stube zum 1. November zu verm. Breiterstr. 34, Hof 3 Tr. links.

Circus G. Schumann.
Friedrich-Karl-Ufer.
Freitag, den 17. Oktober, Abends 7 1/2 Uhr:
Grosse brillante Vorstellung.
Vom Programm wird besonders hervorgehoben:
Gastvorstellung ohne Konkurrenz der beiden bayerischen Herkulesse Gebr. H. u. Ph. Brumbach aus München, thatsächlich unbesiegtbar die beiden stärksten Männer der Welt.
1000 M. Prämie erhält ein Jeder, ob Uebel oder nicht, wer es vermag, ihnen in ihren Kraftleistungen gleich zu kommen. — Anatol Duroff mit seinen dressirten Hausthieren, als: Schweine, Hunde, Katzen etc. Doppel-Trapeze Geschwister Leon. Außerdem Auftreten der besten Reiter u. Reiterinnen. Vorführen und Reiten der besten Schul- und Freizeitspferde etc. etc.

Sonntag, den 19. September:
2 Vorstellungen
Nachm. 4 Uhr und Abends 7 1/2 Uhr.

Castan's Panopticum.
Entree 50 Pfg., Kinder 25 Pfg.
8-9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.
Amazonen-Corps
Vorstellung Vorm. 11 1/2 u. 12 1/2 Uhr.
Nachm. u. 4 1/2-9 1/2 Uhr stündl. eine Vorstellung.
Entree-Entree 30 Pfg. Kinder frei.

Passage-Panopticum.
Unter den Linden 22/23. [742]
Lebensgroße Wachsfiguren.
Panorama.
Ethnographische Sammlungen.
Italienische Volkslieder.
Entree 50 Pf. Geöffnet von 10 bis 9 Uhr.

Passage 1 Cr. 9 Uhr Ab. 10 Uhr Ab. **Kaiser-Panorama.**
Vortrag. Schenkschreibg. seit der Heilung. Zum ersten Male:
Neu: Helgoland. Uebergabe. Ankauf des Kaisers. Feldgottesdienst etc.
Zweite Reise durch Portugal.
Zum ersten Male:
Marokko mit Einzug des Sultans in Tanger.
Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf. Abonnement 1 M.

In 24 Stunden die 1. Auflage vorgriff. Soeben erschien: 1225
Das sterbende Handwerk
oder: Lied vom armen Mann.
Parodie z. Schiller's G. Ode. Pr. 15 Pf.
Konfessur: 1. Juni 1898, auf Grund des Sozialisten-Gesetzes. Verlag v. Frd. Friedel, Erfurt, Martinstraße 5.
Gegen Einlieferung von 20 Pfennig überall hin franko.
Buchhändler u. Kolportiere überall gesucht. Hoher Rabatt.

Dem Genossen August Herrmann
Wünschen wir zum Wiegenfest
Daß er oft noch seine Briefe
Nach der Heimath sitzen läßt.
Und wir wünschen, daß stets weiter,
Freiheit seine Lösung sei!
Gleichheit sei es auch nicht minder,
Gerechtigkeit über er stets treu.
Die Genossen von Herrmannsruh. 1217

Fachverein der Former.
Sonntag, d. 19. Oktob., Vorm. 11 Uhr, in der Nord. Brauerei, Chausseest. 58.
Grosse Versammlung.
Tagesordnung: 1209
1. Vortrag des Drn. Emil Dastig (Ausgewiesen) früh. Elberfeld. „Die Gewerkschaftsbewegung vor 25 Jahren u. heute.“
2. Diskussion. 3. Verschiedenes u. Fragekasten. — Die Kollegen werden erucht, recht pünktlich u. zahlreich zu erscheinen.
Der Vorstand. 1216

Tischler-Verein.
Sonabend, d. 18. Oktob., Abds. 9 Uhr, in Sanssouci, Kottbuserstr. 4a.
General-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Kasienbericht vom 3. Vierteljahr. 2. Bericht über d. Bibliothek. 3. Erledigung eines Antrages. — Nur Mitgl. hab. Zutr. Mitgliedsb. legitimirt.
Sonabend, 25. Oktober: 19. Stiftungsfest im Konzerthaus Sanssouci, Kottbuserstr. 4a. Konzert, Theater-Vorstellung u. Ball. Billets sind bei sämtlichen Vorstandsmitglied. z. hab. Der Vorstand. 1173

Der durch Sozialistengesetz geschlossen gewesene **Harthaus'sche Gesangsverein** (beim Arbeiter-Sängerbund) wünscht noch stimmbegabte Mitglieder. Meldung Montag, Abends von 9 bis 11 Uhr, bei **Wutke, Friedrichsbergerstr. 24.** 1173
Durch indirekte Verdächtigung seitens Thomas und Kollegen im Lokal, habe ich folgende Erklärung abzugeben, daß ich nie mit dem Beamten Hochgründler weder in der Gerichtstraße, noch sonst wo zusammen war. Mit dem Geschäft Oktober 1889 für böswillige Verdächtigung. Meine Entlassung war wegen meiner Thätigkeit als Schiedsgerichts-Beisitzer. P. Müller.

Geschäftshaus S. Heine
Chausseest. 14.
Die schönsten 741
Kinderkleider und -Jaden
für Mädchen jeden Alters, sowie **Morgenröde, Unterröde, Trikottailen u. Blousen,** auch im Einzelverkauf sehr billig! Maßbestellungen u. Reparaturen werden prompt erledigt!
Normal-Unterkleider und Trikottagen für Herren, Damen und Kinder. Strampfe, Socken, Handschuhe etc.
Geschäftshaus S. Heine.

Kalbfleisch von 40-50 Pfg., Rind-, Schweine-, Hammelfleisch zu d. billigst. Preis., Auguststr. 50a, Keller.
2 Mädchen f. frdl. Schlafstelle zum 1. November Rüdersdorfstr. 12, Hof part., freier. 1224
1 tüchtige Tapeziernäherin verl.
d. Möbelfabrik v. J. Grojahn, Landsbergerstr. 25-26. 1190

Fachverein der Weber.
Am Montag, den 20. Oktober, Abds. 8 Uhr, Lichtenbergerstr. 99 bei Heise:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Kasienbericht vom 3. Quartal. 2. Bericht vom Arbeitsnachweis. 3. Wahl eines Revisors. 4. Gründung einer Bibliothek. 5. Wahl für d. Schiedsgericht. Verschiedenes und Fragekasten. Mehrere wichtige Vereinsangelegenheiten sind zu erledigen und ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder dringend erwünscht. Ablieferung der Statistik vom 3. Quartal.
Der Vorstand.

Zimmerleute!
Versammlung der Freien Vereinigung
am Sonntag, den 19. Oktober, Vorm. 10 1/4 Uhr, in Orschel's Salon, Sebastianstraße Nr. 39.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Regierungs-Baumratters G. Kessler über „Die heutige Wirtschaftsweise und die Lage der Arbeiter.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Pflicht eines jeden Zimmerers ist es, zu Orschel's Salon zu erscheinen. Gäste willkommen.
Der Vorstand. J. H.: Hugo Lehmann, Straße 66a Nr. 20, v. 2 Tr.

Achtung! Achtung!
Die Mitglieder-Versammlung des Fachvereins d. Metallarbeiter in Gas-, Wasser- und Dampfmaschinen fällt diesmal aus, dafür gemüthliches Beisammensein mit Damen und Vortrag von Herrn Pöus, nachher Tanz und Vorträge etc. etc. in Ziemer, Münzstraße 11. Anfang 8 Uhr.
Entree wird nicht erhoben. — Gäste willkommen.
Um pünktliches Erscheinen bittet Der Vorstand.

Heute! Heute!
Große öffentliche Versammlung der Töpfer Berlins und Umgegend
heute, Freitag, den 17. Oktober, Abends 7 Uhr, in „Feuerstein's Salon“, Alte Jakobstraße Nr. 75.
Tages-Ordnung:
1. Die Arbeitseinstellung betreffs der Fensterfrage. 2. Gewerkschaftliche Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwartet
Der Einberufer.

Soeben erschien:
Die Neue Zeit.
Heft 2.
Gelangt jeden Sonnabend früh zur Ausgabe.
Preis pro Heft 20 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition, Beuthstraße Nr. 3.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Erstes und ältestes Geschäft des Ostens!
(Gegründet 1879.)
Central-Bazar
für Herren- und Knaben-Garderobe
von
Jul. Lindenbaum,
139 Grosse Frankfurterstrasse 139
(zweites Haus von der Fruchtstraße), empfiehlt sein großes Lager in Herren- und Knaben-Garderobe vom einfachsten bis zum elegantesten Genre zu billigsten Preisen.
Spezialität: Anfertigung nach Maß.
Gr. Lager in- und ausländischer Stoffe
Vereins-Mitgliedern, die sich als solche legitimiren, gewährt 5 pCt. Rabatt.

1218 **Maschinen-Schloßer**
werden verlangt bei H. Richard, Rummelsburg, Festungstr. 16.
Goldpolirerin sucht die Goldwaaren-Fabrik von Lange, Alexandrinenstr. 48.
Ein Mädchen zum Einleben von Goldleisten verlangt Ratow, Friedrichstraße 105a. 1220
Vergolder auf Kanten und farbige verl. Ratow, Friedrichstr. 105a. 1220
Ein tüchtiger Grundrißer nach Maßstab wird verlangt. Zu erfragen b. Ratow, Friedrichstr. 105a. 1220
Versehrte Schneiderin empfiehlt sich. Fertige Kleider stehen zur Verfügung. Frau Kowalski, Anklamstr. 59. 1220
Hierzu zwei Beilagen.

1. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 242.

Freitag, den 17. Oktober 1890.

7. Jahrg.

Der Partei-Kongress.

Halle, den 16. Oktober.

Der Vorsitzende Diez eröffnet um 3/4 Uhr die Verhandlungen.

Bestimmungsadressen und Telegramme sind eingetroffen aus Altona, Hirtshagen, Essen a. Ruhr, Berlin, Gotha, Rendsburg, Braunschweig, Frankfurt a. M., Kassel, Veltens, Höchst a. M., Hamburg, Kolmar, Aischersleben, Biederich, Buchholz, Göttingen, Spandau, Wiesbaden, Weipenssee, Berlin. Ferner aus Paris, London (Socialdemocratic Federation) Paris, London und St. Gallen.

Die Delegierten Fr. W. Höppler, G. Horn, Braunstadt-Dresden-Band; Ernst Meising, E. Müller-Dresden-Alstadt; Emanuel Wurm-Pirna und Kaden-Dresden erklären folgendes:

Der Genosse Schönfeld erklärte, daß in Bezug auf die Haltung der „Sächs. Arbeiterztg.“ zum 1. Mai die Arbeiter Dresdens und Umgegend vollständig auf Seite der Zeitung gestanden hätten und doch wäre diese Haltung nicht im Einklang mit den Ansichten der Fraktion gewesen. Sollte also dem Parteivorstand die Aussicht über die prinzipielle Haltung der Presse übertragen werden, könnten gleiche Vorgänge zur Maßregelung eines Organs führen.

Wir erklären, daß die Arbeiterschaft Dresdens und Umgegend in prinzipieller Beziehung der 1. Maifeier vollständig sympathisch gegenüberstand, in Bezug auf die praktische Ausföhrung jedoch keineswegs der Haltung der „Sächs. Arbeiter-Zeitung“ zustimmte. Die Genossen hatten jedoch zu jener Zeit keinen genügenden Einfluß auf das Blatt, um ihre Meinung geltend zu machen.

Vor der Tagesordnung erklärt

Singer: In einem hiesigen Blatte, dem „Generalanz.“ wird mitgeteilt, die deutschen Führer hätten mit den französischen eine geheime Beratung in einem hiesigen Hotel gepflogen. Wir haben der gegnerischen Presse keinen Raum gewährt. Wir kümmern uns nicht um ihre Berichte, aber gegen läugerische und verleumdende Behauptungen protestieren wir. Wir haben keine geheimen Beratungen nötig. Sei uns vollzieht sich alles in der Öffentlichkeit. Der Berichterstatter des „Generalanz.“ hat das Gekrümel schändlich gemißbraucht. Möge er sich, wenn er sich noch hier befindet, von diesem Augenblicke an als aus dem Saale verwiesen betrachten. (Stürmischer Beifall.)

Es wird in die Debatte über das Parteiprogramm eingetreten.

Folgende Anträge liegen vor:

Fr. Höppler, Fr. Gundlach, Fr. Blohm, Fr. Steinbach: In Abtheilung 3 des Programms wünschen wir den § 5 so lautend: Verbot der Kinderarbeit unter 14 Jahren. Verhinderung aller der Gesundheit besonders schädigenden Arbeit auf höchstens 6 Stunden täglich.

§ 6. Zwischen: gewählte Beamte und — — — ein wirt. James: „Insiderheit für die gewerbliche Frauenarbeit weibliche Beamte.“

Berndt-Berlin: Die Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den 5. Berliner Wahlkreis spricht sich entschieden dafür aus, daß die Revision des Parteiprogramms nicht verschoben wird. Sie beantragt folgende Aenderung des Parteiprogramms:

1. Die Forderung: Erklärung der Religion zur Privatsache wird statt an die sozialistische Gesellschaft an den heutigen Staat gestellt.
2. Der die Produktiv-Assoziationen betreffende Satz wird gestrichen.
3. Jede Beschränkung von Frauenarbeit im Unterschied von der Männerarbeit fällt. Die Forderung des gleichen Lohnes für Mann und Frau fällt, weil ihre Durchführung thatsächlich zur Verdrängung der Frauenarbeit führt. Nur das Verbot der Nachtarbeit verheirateter Frauen ist zu fordern.
4. Die Forderung des politischen Wahlrechts der Frauen wird in das Programm aufgenommen und zwar unter die Forderungen an den heutigen Staat.
5. Abschaffung der Gefindeordnung. — Verbot der Naturalienabgabe an die ländlichen Arbeiter.
7. In den die Einkommensteuer betreffenden Passus wird die Steuerfreiheit der Einkommen unter 3000 Mark aufgenommen.

J. Stern: Antrag zu Punkt 6 der Tagesordnung.

1. Dem letzten Theil des Programms (Forderungen vom heutigen Staat) die weitere Forderung anzufügen:

Der Staat hat die Pflicht, allen Erwerbslosen aus Staatsmitteln ausreichenden, den heutigen Kulturverhältnissen entsprechenden Unterhalt zu gewähren, ohne Beeinträchtigung ihrer politischen Rechte.

2. Im allgemeinen Theil des Programms von der Sozialdemokratie neben den Charakter der Massenbewegung auch den Charakter der Kulturbewegung zu betonen.

Antrag Euben zu Punkt 6. Den Absatz im Programm betr. die Produktiv-Genossenschaften

zu streichen.

Dr. Müdt: Der Unterzeichnete stellt den Antrag:

Der Parteivorstand wolle den Parteivorstand beauftragen, bei der Ausarbeitung der Programmvorlage in Erwägung zu ziehen, ob das Parteiprogramm es nicht verlange, daß die Forderung des Gotha-Bydener Programms: „Erklärung der Religion zur Privatsache“ abgeändert werde wie folgt:

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands greift zwar in die religiöse Überzeugung der einzelnen Parteigenossen ein, mittelbar aber nicht ein; sie steht aber als revolutionäre Partei auch in religiöser Beziehung auf dem Boden der freien, wissenschaftlichen Forschung. Infolge dessen vertritt sie prinzipiell jeden Dogmen glauben als eine Quelle geistiger Mächtigkeits und als gewaltiges Hinderniß des Emanzipationskampfes des Proletariats und bekämpft jede Kirche, die auf Grund der Glaubensdogmen den sozialen und politischen Befreiungskampfen der Arbeiterklasse entgegentritt.

Genosse Dr. Müdt-Heidelberg.

Unterstützt von den Genossen:

Benz-Nemtsch, Jeron-Mollenbühl, L. Funke-Bremen.

Als erster Redner in der Debatte

Guttenstein-Karlsruhe: Das Parteiprogramm ist selbst Genossen noch nicht genau bekannt. Es muß in seinen Abänderungen, soweit sie durch die veränderten Verhältnisse geboten sind, genau beraten werden. Die Frage unserer Stellung zur Religion, die Frage unserer wirtschaftlichen und unserer politischen Stellung muß im Programm noch genauer als bisher beantwortet werden.

Hierbach-Königsberg: Der Passus Religion ist Privatsache muß gestrichen werden. Statt „Normalarbeitstag“ muß es „Maximalarbeitstag“ heißen.

Blos-Stuttgart: Unser Programm ist reformbedürftig, das wird allgemein zugegeben. Der Satz über die Religion muß bestehen bleiben; er hat uns gute Dienste geleistet. Eine Abänderung würde dem Zentrum Waffen in die Hand geben, es würde die Massen zum Fanatismus entflammen. Wir dürfen unsere Partei nicht zu einem Laboratorium für freireligiöse und freikirchliche Bestrebungen werden lassen. (Stürmischer Beifall.)

Schließlich könnten auch die Vegetarier oder Homöopathen kommen und Berücksichtigung verlangen. (Beifall.) Nun die Frage der

Agitation auf dem Lande: Sozialdemokratische Bauern haben wir bis jetzt nicht. Um das Landproletariat heranzuziehen, brauchen wir zunächst praktische Forderungen für dasselbe. Wir müssen den Fortschritt der Gefindeordnung verlangen. Hier können wir anbahnen. Mit allgemeinen Lebensarten richten wir da nichts aus; auch dadurch nicht, daß wir Forderungen, die auf den Industriearbeiter zugeschnitten sind, auf die Arbeiter einfach übertragen.

Liesländer-Potsdam: Wir haben keine Ursache, den Passus: „Errichtung von Produktiv-Assoziationen mit Staatskredit zu streichen.“ Ich fürchte, es wird schwer halten, einen guten Ersatz zu finden. Der Satz: Religion ist Privatsache können wir entweder streichen oder stehen lassen. (Heiterkeit.) Ich meine beide Vorschläge sind vorhanden. Ich glaube, es ist besser, den Satz im Programm zu lassen.

Kuerbach-Berlin: Eine Debatte über das Programm ist nützlich und nötig. Wir würden sonst den bürgerlichen Parteien Angriffsfläche darbieten. Der Name „Sozialdemokratische (statt sozialistische) Arbeiterpartei“ entspricht der allgemein üblichen Bezeichnung, außer den in der Sache liegenden Gründen, welche Liebknecht entwickelt hat. Daß mit „Staatsangehörigen“ zugleich die Frauen gemeint seien, ist nicht ausgesprochen, und schwerlich verstehen die Parteigenossen sämmtlich es so. Deshalb ist es gut, wenn wir das Frauenstimmrecht ausdrücklich fordern. Die Reduplication und Gesehgebung durchs Volk muß bleiben. Sämmtliche Forderungen, welche das Programm an die sozialistische Gesellschaft stellt, können wir schon an den heutigen Staat stellen; Rücksicht darauf, ob die bürgerliche Gesellschaft sie gewähren wird, brauchen wir doch in unserem Programm nicht zu nehmen. Jede Beschränkung der Frauenarbeit im Unterschied von der Männerarbeit muß fallen; auch die Sittlichkeit darf einen Unterschied nicht begründen, denn es giebt nur eine allgemeine, keine besondere männliche oder weibliche Sittlichkeit. Ich möchte endlich den neuen Programmtext vor sechs Monat vor dem nächsten Parteitag veröffentlicht sehen. Das neue Programm soll ein rocher do brones sein; den Berlinern wie der Provinz.

Chrhardt-Ludwigshafen: Das Programm muß möglichst deutlich sein. Die Berliner Parteigenossen haben uns in der Provinz Knüttel zwischen die Beine geworfen mit ihren endlosen Ablasen über die Religion. Wir müssen den Berliner Mist ablesen. (Lächeln.) Wir sollten die Verstaatlichung der Apotheken fordern. Darin hätten wir ein gutes Agitationsmittel. Ueber den sog. Zukunftsstaat müßte ein kleines, gutes Broschürcchen herausgegeben werden. Wir wissen nicht, wie lange die Zeit unserer Bewegungsdauer dauert. Mähen wir jede Minute aus. Unser Misserfolg muß nicht zu Unterstufungen, sondern zu Agitationszwecken ausschließlich verwendet werden.

Schwarz-Hamburg: Die beständigen Angriffe auf die Religion stoßen die Landbevölkerung ab. Der Agitation auf Massenaustritt aus der Landeskirche muß aus praktischen Gründen entgegengetreten werden.

Mollenbühr: Die Endziele unserer Partei müssen im Programm festgelegt werden; unsere Stellung zu den politischen Tagesfragen muß in Resolutionen ausgedrückt werden. Sonst kommen wir aus dem Dilemma nicht heraus, beständig unser Programm in dem Maße zu erweitern, als wir uns an der praktischen Politik dieser betheiligen. Daburch, daß verschiedene Leute verlangen, ein zielbewußter Sozialdemokrat müsse aus der Kirche ausgeschieden sein, folgern die Leute auf dem Lande, wir wollten ihnen ihren Glauben verbieten, und wenn wir die Macht hätten, als Keger eine Verfolgung der Gläubigen veranstalten. Wir dürfen keinen Bewußtseinszwang ausüben. Gerade die Angriffe der Pfaffen auf den Sozialismus machen die halben Sozialisten, die ihre Lügen bemerkten, zu ganzen Sozialisten. Wir müssen die ganze Bevölkerung, auch die zurückgebliebenen, in unseren Kreis ziehen und sie dann vorwärts reißen. — Für die Landagitation gebrauchen wir zunächst Material in sachkundigen Schriften für die Agitatoren. Den Nutzen der genossenschaftlichen Produktion begründet der Bauer schon jetzt, auch, daß der Kleinbetrieb mit dem Großbetrieb nicht konkurriren kann. Boden für unsere Agitation auf dem Lande ist vorhanden; nur muß die Sache am rechten Ende angefaßt werden.

Müdt-Heidelberg: Ich bin kein Mann der grauen Theorie, sondern vielleicht der praktischste Agitator der Partei. (Heiterkeit.) Ich verlange nicht, daß der Atheismus im Programm ausgesprochen wird, sondern nur, daß wir offen und ehrlich erklären, als revolutionäre Partei stehen wir auch in religiöser Beziehung auf dem Boden der freien, wissenschaftlichen Forschung. Mit dem Aussprechen dieser Forderung habe ich in katholischen Bauerngegenden große Erfolge gehabt. Wir dürfen vor den letzten Konsequenzen unseres Prinzips nicht zurückweichen. Nur dann hilft die Schule, wenn sie aus den Händen der Pfaffen genommen ist.

Stolle-Gesau: Der wissenschaftliche Theil unseres Programms muß präziser gefaßt werden. Der Satz „Religion ist Privatsache“ muß ergänzt werden durch den Zusatz: Trennung der Schule von der Kirche und Trennung der Kirche vom Staat. Die Kinder der Dissidenten dürfen nicht gezwungen werden, an dem Religionsunterricht in der Schule theilzunehmen. Der Berliner Antrag fordert die Aufhebung jeder Beschränkung der Frauenarbeit. Sie sollen doch erkennen, daß Hunderttausende von Männern durch die Konkurrenz der billigen Frauenarbeit aus der Arbeit gedrängt werden. Ich erkenne die Gleichberechtigung der Frauen an, möchte aber nicht, daß die Thatsachen unberücksichtigt bleiben.

Kröner-Stuttgart: Dr. Müdt leidet etwas am Schwarzfäher. Der Kampf gegen die Religion spielt nicht eine solche Rolle. Mechner-Berlin: Der Satz über Produktiv-Assoziationen muß gestrichen werden, nicht nur, weil er falsch ist, sondern weil er uns auch direkt geschadet hat. Hat man doch in Berlin unter unpersönlicher Berufung auf unser Programm Produktiv-Assoziationen gegründet. Ich bin zwar freireligiös, aber gleichwohl für Verbeibaltung des Passus über die Religion. Infolge einer Art Zwang in religiösen Dingen würde Heuchelei Platz greifen. Der freireligiösen Gemeinde Berlins gehören gute Genossen an. Auch der Kirchenaustritts-Agitation stehe ich höchst kühl gegenüber. Ich bin schließlich für die Resolution Liebknechts. Hier können wir auf ein Programm heraus, das nicht gehauen und nicht gestochen ist.

Frau Steinbach-Gera: Ich bin nur gekommen, weil die „Hand-Nachr.“ höhnlich: Die Sozialdemokraten haben im Reichstag zwar bei den Gewerbe-Schiedsgerichten für das Wahlrecht der Frauen gekämpft, aber auf dem Kongress werden sie sich hüten, den Frauen Rederecht zu gewähren. Der Genosse Kuerbach hat das Gerüde des Biemarckplatzes widerlegt. Der Begründung seines Antrages habe ich nichts hinzu zu fügen. Unser eigener Antrag gründet sich darauf, daß wir einen besonderen Schutz für uns ablehnen. Ihre Nicht ist gut, aber wir danken dafür. Wollen Sie die gesundheitschädliche Arbeit einschränken durchzuführen, so schränken Sie dieselbe für Frauen und Männer ein.

Kolossi-Braunschweig: Wir wollen kein Müdt'sches Bekennniß hier ablegen und Glaubensdogmen hier beschließen. Bekämpfen wir den Dogmatismus in unseren Reihen, und das Pfaffenhum, das unsere Farben trägt.

Ortel-Nürnberg: Die Frauenfrage ist ein Stück der sozialen Frage und kann als Einzelfrage nicht gelöst werden. Neue Gesichtspunkte bez. des Parteiprogramms sind in der Debatte kaum geboten worden. Ich halte es nicht für schön, wenn den Berliner Genossen immerfort etwas am Zeuge gekickt wird. An den Beschläßen auf Massenaustritt aus der Kirche, die in Berlin gefaßt worden sind, wird die Partei nicht zu Grunde gehen. Nicht mit roher Gewalt darf die Religion unterdrückt werden. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Schmidt-Berlin (persönlich): Ausdrücke, wie „Berliner Mist“ sind unanständig. Die Agitation auf Massenaustritt aus der Landeskirche ging nicht von den Berliner Genossen aus. Jubeil-Berlin spricht in demselben Sinne. Die Berliner Genossen sollen nicht mit Werner identifiziert werden.

Dr. Müdt-Heidelberg stellt fest, daß er nicht habe sagen wollen, er sei der praktischste Agitator, sondern nur: er habe im Kampfe mit dem Ultramontanismus praktische Erfahrungen gesammelt.

Lücke-Rdin und Benz-Nemtsch meinen, daß es in ihren Wahlkreisen auch ohne Dr. Müdt gegangen wäre.

Diez bittet als Vorsitzender, nicht verletzende Ausdrücke zu gebrauchen.

Chrhardt-Ludwigshafen nimmt den Ausdruck „Berliner Mist“ zurück.

Das Schlusswort erhält Liebknecht: Man hat von verschiedenen Seiten den Vorwurf gegen mich erhoben, daß ich das Thema des Zukunftsstaates in meinem Referat nicht behandelt habe. Solange die Partei noch sehr jung war, noch nicht auf streng wissenschaftlichem Boden stand, sich zur modernen Bewegung verhielt, wie die Alchemie zur Chemie, beschäftigte sie sich viel mit dieser Frage, und Fragen, wer die Stiefel im Zukunftsstaate putzen und die Straßen reinigen sollte, machten große Schwierigkeiten. Heute lächelt man über solche Debatten. Die Wissenschaft ist vorangeht. Die Wirklichkeit übertrifft heut die lächerliche Phantasie. Die Wissenschaft hat die dunkelsten Gebiete aufgeleuchtet, die schwierigste Aufgabe gelöst.

Mögen die Herren, die ein Bild vom Zukunftsstaat wünschen, sich einmal ein Bild von der gegenwärtigen Gesellschaft machen. Wie wird sie in zehn Jahren aussehen? Wie wird es in einem Jahre in dem Deutschland der Gegenwart aussehen? Mögen sie zunächst diese Frage beantworten. Und da sollen wir sagen, wie es in einer Gesellschaft aussehen wird, die sich in langer Entwicklung herandarbietet! Unwissenschaftliche Köpfe nur können das von uns verlangen.

Heut sind zwar nicht viele, aber doch einige neue Gesichtspunkte zum Programm aufgestellt worden. Die Parteipresse wird noch neue hinzufügen. Alle werden Bausteine für uns sein. Der Vorstand der Partei hat die Pflicht, alle tüchtigen Kräfte heranzuziehen für diese Arbeit.

Ein definitives Programm giebt es nicht. Wir würden uns lächerlich machen, wenn wir an eine Endgiltigkeit glaubten. Wir werden ein Programm schaffen, das auf der Höhe der Wissenschaft steht. Schreitet die Wissenschaft weiter, so ändern wir unser Programm um. Wir sind nie zufriedener, wir gehen immer weiter. (Lebhafter Beifall.)

Es wurde verlangt, daß statt Normal-Arbeitstag, Maximal-Arbeitstag gefaßt werde. Der Ausdruck Normal-Arbeitstag ist geschichtlich, er rührt von Marx her und bedeutet dasselbe wie Maximal-Arbeitstag, ein Ausdruck, der vom preussischen Staatssozialismus erfunden ist. — Wir werden den Ausdruck „Normal-Arbeitstag“ nicht aufgeben.

Zu dem Satz: Religion ist Privatsache, ist nichts Neues vorgebracht worden. Dr. Müdt sagte: wir machen uns einer Heuchelei schuldig, wenn wir nicht Farbe bekennen. Bekennen wir nicht Farbe? Stehen wir nicht auf dem Boden der Wissenschaft? Und sind Wissenschaft und Religion nicht ewige Gegensätze? Die Religion ist eine Stütze des Klassenstaates, ist aber nur eine Aussenfeste von ihm, nicht seine Basis. Wir greifen den Schlüssel der Position des Klassenstaates, die heutige Produktionsweise an. Ist sie gefallen, so fällt alles anders mit. (Bravo!)

Ich liebe die Pfaffen in keiner Gestalt: die Antipfaffen so wenig wie die Pfaffen! (Lebhafter Beifall.) Die bloße Wissenschaft kann nicht zu solchen Opfern führen wie wir sie gebracht haben. Das ist auch ein Glauben, eine Religion, der Glaube an das Höhere, der uns begeistert. Wir haben noch Glauben, wir wissen, daß wir die Welt erobern werden. (Stürmischer Beifall.)

Damit sind wir fertig mit der Religion. Was die Frauenarbeit und das Frauenstimmrecht betrifft, so sind wir für völlige Gleichheit der Frau, auch dafür, daß sie zur Arbeit gleiches Recht hat, wie der Mann. Sind die schädlichen Einflüsse der Industrie nicht für den Mann ebenso gut vorhanden, wie für die Frau? Mit vollem Rechte und sehr geschickt hat die Hamburger Genossin darauf aufmerksam gemacht. Zu vorurtheilsloser Weise stehen wir dieser Frage gegenüber.

Daß das heutige System der Vertretung des Volkes in vieler Beziehung mangelhaft ist, daß es den Willen des Volkes nicht klar zum Ausdruck bringt, ist unbestreitbar. Doch will ich die Art, wie ich mir eine Verbesserung denke, hier nicht ausführen, sondern die Ausführungen hierüber auf den nächsten Parteitag verschieben.

Die Forderung der Beseitigung der Gefindeordnung könnte in das Programm aufgenommen werden, wenn es sich lohnt, derartige Forderungen der praktischen Agitation in das Programm aufzunehmen.

Ein Fehler unseres Programms ist seine Eintheilung und Trennung. Wie kann der Zukunftsstaat von dem heutigen Staat getrennt werden? Die heutige Gesellschaft wächst in die sozialistische hinein; deswegen dürfen wir in unserem Programm keine bestimmte Grenze zwischen beiden ziehen.

Ein Herr Eugen Richter hat uns wieder das Gespenst der Theilerei zugeschoben und damit bewiesen, daß er von dem ABC der Nationalökonomie keine Ahnung hat.

Unsere erste Aufgabe ist jetzt: Wissen in die Massen zu bringen. Jetzt kommt die Zeit der Belehrung. Im vollsten Sinne müssen wir unsere Aufgabe erfüllen. Das neue Programm muß auf der Höhe der Wissenschaft stehen, es muß atmen den Geist der Partei, die da weiß, daß sie nicht einem Zufall, sondern der Nothwendigkeit des organischen Entwicklungsprozesses ihr Dasein schulde. Nicht von selbst vollzieht sich der Prozeß der Entwicklung; wir dürfen nicht zusehen mit verschränkten Armen, wie dieser Prozeß etwa die Suppe der Sozialdemokratie kocht. Nein, der Mensch muß handeln, nur willkürlich kann er nicht handeln; er muß aktiv eingreifen. Das ist die materialistische Gesichtsauffassung.

Unsere Partei ist immer eine Partei der Jungen, der Jugend gewesen. Zwischen junger und alter Garde ist nur ein Welter, wer am kräftigsten für die Partei wirkt. Wirken, arbeiten wir alle noch unseren Kräften, daß das Programm der Partei möglichst bald zum Siege gelange. (Stürmischer Beifall.)

Friedrich Berndt-Berlin zieht seinen Antrag zurück. (Beifall.)

Die Resolution Liebknecht's wird einstimmig angenommen.

Eine Anfrage, wann der Kongress geschlossen werden wird, beantwortet Liebk., daß der Schluß sich am Sonntag werde ermöglichen lassen.

Auf eine Anregung Singer's wird beschlossen, alle Anträge auf Programmänderung dem zu wählenden Parteivorstande zu überweisen.

Als praktischen Geländen wird beschlossen, am Nachmittag vor Punkt 7: Die Parteipresse, Punkt 8: Die Stellung der Partei zu Streiks und Boykotts, zu verhandeln.

Die Berliner Delegierten treten angesichts der Berliner Versammlung mit der Tagesordnung: Der Parteitag zu Halle und die Delegierten, zu einer Besprechung zusammen.

Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

Der Vorsitzende Singer eröffnet kurz nach 3 Uhr die Verhandlungen.

Er erteilt auf Wunsch sämtlicher im Saale anwesender Berichterstatter mit, daß keiner von ihnen der Verfasser der verkehrten Notiz im „Generalanzeiger“ sei.

Telegramme und Zuschriften sind eingelaufen von der Heeresarmee-London (Große Heiterkeit) und aus Genf.

Ferner aus Speyer, Mainz, Jülich, Neustadt-Bayern, Schwedt, Potsdam, Breslau (Rud. Lassalle), Gimbeck, Minden, Schönewitz, Jülich, Berlin (Zimmerer) Freiberg (Sachsen), Bremerhaven, Neufeld, Wandsbeck, Hamburg-Hohenfelde, Gesehünde, Altona und Freiwalde a. Oder.

Ferner liegt der telegraphische Gruß einer großen, von 2 bis 3000 Personen besuchten Volksversammlung an den Parteitag, die deutschen Delegierten und die auswärtigen Gäste vor. (Beifall.)

Punkt 7 der Tagesordnung wird zurückgestellt, weil die beiden Referenten, Auer und Bebel, in der Kommission zur Veranlassung des Organisations-Entwurfes mündlich sind; die Kommission wird ihre Arbeiten im Laufe des Tages voraussichtlich beenden, sodas Punkt 7 morgen erledigt werden kann.

Die Referenten zu Punkt 8 der Tagesordnung: Stellung der Partei zu Streiks und Boykotts, sind Klopff-Stuttgart und Grillenberger-Nürnberg.

Das Wort erhält

Klopff-Stuttgart: Es dürfte zweckmäßig sein, daß der Parteitag Stellung zu den Streiks und Boykotts nimmt. Sind Streiks und Boykotts berechtigt? Ein Blick auf unsere wirtschaftlichen Verhältnisse gibt uns Aufschluß, ob die Streiks notwendig oder das Werk von Hebern sind. Der Arbeitsvertrag, der ein Kaufvertrag sein soll, ist ihm doch nicht gleich. Ein Käufer wird nicht sagen können, ich will die Waare in der und der Qualität und Quantität zu dem Preise haben, sondern der Verkäufer wird den Preis bestimmen. Es wäre gerecht, wenn auch der Arbeiter den Preis seiner Waare, der Arbeitskraft, bestimmte. Statt dessen tut es der Käufer, der Kapitalist.

In einem gesunden Gesellschaftsverhältnis muß die Gesellschaft die einzelnen Glieder erhalten, und die Glieder ihre Arbeitskraft für die Gesellschaft leisten. Heute hat die Gesellschaft auch die Verpflichtung, für alle ihre Glieder zu sorgen. Wenn wir die Arbeit des Einzelnen als Leistung an die Gesellschaft betrachten, so ist der Lohn die Leistung der Gesellschaft an die Arbeiter, der sie in den Stand setzen soll, sich, ihre Frauen und Kinder zu erhalten. Der Lohn reicht aber in der Regel hierzu nicht aus, geschweige denn um die Invaliden der Arbeit zu erhalten. Sind Einrichtungen vorhanden, welche diesen Lohnausfall ersetzen? Nein, die Alters- und Invalidenversicherung erfüllt diese Pflicht nicht.

Woran liegt das? Der Unternehmer ist nicht Repräsentant der Gesellschaft, sondern seines Geldbittels. Er weiß wohl, daß wenn er eine Maschine nicht mit Dampf versorgt, sie nichts leisten kann. Gegenüber der menschlichen Arbeitsmaschine hält er es nicht für nötig. Er baut wohl den Pferde einen noblen Stall, damit es nicht erkrankt; um die Arbeiterwohnungen aber kümmert er sich nicht. Menschliche Arbeitskraft findet er täglich auf der Straße.

Allein nicht nur, daß der Kapitalist nur den Preis zahlt, den ihn der Arbeitsmarkt zu zahlen zwingt, er geht rücksichtslos vor, wenn ihm der Lohn, den er zahlt, zu hoch vorkommt. Es wird einfach abgezwickelt.

Haben sich die Verhältnisse nun so verschlimmert, daß der Arbeiter vom Lohne nicht leben kann, was bleibt ihm übrig, als, wenn alle anderen Versuche schief schlagen, zu der Waffe des Streiks zu greifen, um den Unternehmer zu Lohnreduzierungen zu zwingen oder sich gegen Lohnreduzierungen zu verteidigen? Jeder Abwehrstreik ist berechtigt.

Wenn durch Zollschranken dem Volke die Nahrungsmittel, durch Viehperren das Fleisch verheuert wird, dann ist der Arbeiter berechtigt, sich gegen die Herabdrückung seiner Lebenshaltung zu wehren und um Lohnreduzierungen zu streiken.

Das Sparen wird als Lösung der sozialen Frage empfohlen, der Kuli als Muster hingestellt. Die so rathen, haben keine Ahnung von unseren wirtschaftlichen Verhältnissen. Es beruht unsere ganze Produktion auf Massenherstellung und Massenbedarf. Unsere Gesellschaft würde zusammenbrechen, wenn dieses Kuli-Ideal verwirklicht würde. Statt das Strecken nach der Decke zu empfehlen, rathen wir, die Decke der Körperlänge anzumessen. Was thun die Arbeiter? Sie wollen die Lohndecke ihren Verhältnissen anpassen. Geht der Unternehmer hierauf nicht ein, so bleibt dem Arbeiter nichts übrig, als zu streiken. Nicht nur der Abwehr- auch der Angriffstreik ist berechtigt.

Ebenso ist es mit den Boykotts. Wenn den Arbeitern es unmöglich gemacht wird durch Saalabtreibung z. B. ihre Wahlversammlungen abzuhalten, weshalb sollen sie das Mittel der Boykotts verwerfen?

Aber nicht nur die prinzipielle auch die taktische Seite der Frage muß berücksichtigt werden. Gegen das Uebermaß im Streiken müssen wir uns wenden. Es wird leider gar zu oft Mißbrauch mit ihnen getrieben. Die Streiks haben in den letzten Jahren sehr zugenommen; in den weitaus meisten Fällen ihren Zweck aber verfehlt. Die Gründe waren zu starker Zuzug, Indifferentismus und mangelnde Unterstützung. In 40 Orten Deutschlands wollten beispielsweise die Tischler in diesem Frühjahr streiken. Durch Organisation ist es gelungen, die Streiks in den meisten Orten zu verhindern. Auch ohne Streiks gelang es, keine Vorteile zu erringen.

Wie kann nun vorgegangen werden, wenn man den unvorsichtigen Ansichten entgegenzutreten will? Die vielen Streiks der unorganisierten Arbeiter sind mit einem Erwachen dem Schicksal zu vergleichen, wo der Erwachende noch nicht recht weiß, wo er sich eigentlich befindet. Das unvorsichtige Vorgehen ist die Ursache für die Niederlagen bei Streiks. Hierzu kommt die Unkenntnis der Geschäftslage.

Auch das Verhalten der Behörden ist häufig ein Hemmschuh. Die Arbeiterorganisationen werden verfolgt, die Unternehmerorganisationen gepflegt. An die schwarzen Listen stößt sich keine Behörde. Sperren aber die Arbeiter eine Werkstatt, dann wird der § 158 hervorgeholt. Denken wir an die Vorgänge in Hamburg. Als die Unternehmer dort beschlossen, keine Arbeiter zu beschäftigen, der einem Fachverein angehört, sand kein Staatsanwalt etwas darin. Ja, die Kassierer der Vereine wurden verhaftet, die Kasernen beschlagnahmt, und die Männer gleich gemeinen Verbrechern, die Nummer auf der Brust, photographirt. — So hemmen die Behörden die Fachvereine.

Es wird an zu vielen Orten zugleich gestreikt, deshalb läßt sich der Zuzug nicht verhindern. Wir haben die Streiks im Prinzip anerkannt, müssen aber die Taktik ändern. Erst dann

dürfen Streiks inszeniert werden, wenn die Vorbedingungen vorhanden sind.

Seit Jahren ist es in den Kreisen der Genossen leider üblich, die fachgewerbliche Bewegung über die Achsel anzusehen. Sie ist sogar als Humbug bezeichnet worden. Dadurch ist das Wachstum der Partei verzögert worden. In der That sind viele Genossen erst durch die fachgewerbliche Bewegung zur Partei gekommen. Das Heub ist eben dem Menschen näher als der Hock; die Agitation um bessere Lohnbedingungen näher, als die um geschliche Ziele.

In den letzten Jahren hat die fachgewerbliche Bewegung sehr an Boden gewonnen und die Massen zum Klassenbewußtsein erzogen. Daher der Februarserfolg. Wir müssen dafür sorgen, daß erst dann mit Streiks und Boykotts vorgegangen wird, wenn eine kräftige Organisation vorhanden ist.

Welche Art der Organisation ist die zweckmäßigste, die lokale oder die zentrale? Gegen die letztere ist hervorgehoben worden, daß sie keine Politik treiben dürfe und deshalb der Versimpfung anheimfalle. Das ist nicht der Fall, wenn die Genossen sich an diesen Organisationen beteiligen. Bleiben sie fern, so kann aus Mangel an Anregung freilich eine Verflachung eintreten.

Die lokale Organisation wird mit Argusaugen betrachtet. 3 Lokalorganisationen in Erfurt sind unter Anklage wegen „Verbindung“ gestellt worden, weil sie eine gemeinschaftliche Herberge errichtet hatten.

Die Zentralorganisationen sind zu empfehlen, weil sie die Agitation zur Aufklärung der Massen am besten betreiben kann. Die lokale Organisation hat kein Interesse daran, daß in einer anderen Stadt eine Organisation entsteht, weil sie nicht mit ihr in Verbindung treten kann. Eine Zentralorganisation ist viel eher in der Lage, Gelder für die Agitation aufzubringen. Man bietet zwar alles mögliche auf, die Zentralorganisationen als Versicherungsgesellschaften erklären zu lassen, um sie dementsprechend behandeln zu können. Aber die Hindernisse sind zu überwinden. Wenn die Genossen überzeugt sind, daß die Organisationen der Sache nützen, sollten sie ihnen nicht entgegenarbeiten. Für die fachgewerblichen Organisationen müssen wir wirken. Die Indifferenten müssen aufgerüttelt und das Klassenbewußtsein geweckt werden; so kommen sie zur Sozialdemokratie. Sind die Arbeiter organisiert, so wird ihnen manche Forderung ohne Streik bewilligt und ist ein Streik dann notwendig, dann ist er siegreich.

Kein Parteitag hat bisher zu der Frage Stellung genommen. Die höchste Stelle unseres Parteilebens muß aussprechen, was sie von den Streiks und Boykotts hält. Ich empfehle Ihnen die Annahme folgender Resolution:

Der Parteitag erklärt: Unter den heutigen ökonomischen Verhältnissen und bei dem Bestreben der herrschenden Klassen, die politischen Rechte und die wirtschaftliche Lage der Arbeiter immer tiefer herab zu drücken, sind Streiks und auch Boykotts eine unumgängliche Waffe für die Arbeiterklasse: einmal um die auf ihre materielle oder politische Schädigung gerichteten Bestrebungen ihrer Gegner zurück zu weisen, dann aber auch, um ihre soziale und politische Lage nach Möglichkeit innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu verbessern.

„Da aber Streiks und Boykotts zweischneidige Waffen sind, die am unrechten Orte oder zu unrechtlicher Zeit angewendet, die Interessen der Arbeiterklasse mehr schädigen, als fördern können, empfiehlt der Parteitag den deutschen Arbeitern, sorgfältige Erwägung der Umstände, unter welchen sie von diesen Waffen Gebrauch machen wollen; insbesondere betrachtet es der Parteitag als eine zwingende Nothwendigkeit, daß die Arbeiterklasse zur Führung solcher Kämpfe sich gewerkschaftlich organisiert und zwar möglichst in zentralistischen Verbänden, um sowohl durch die Wucht der Zahl, wie die Wucht der materiellen Mittel und nach sorgfältig getroffenen Erwägungen den beabsichtigten Zweck möglichst vollkommen erreichen zu können.“

Der Parteitag, von diesen Auffassungen ausgehend, empfiehlt allen Parteigenossen kräftige Unterstützung der gewerkschaftlichen Bestrebungen.

Zugleich protestirt der Parteitag gegen die erneuten Versuche der Regierungen und der Unternehmerklasse, den in Deutschland vorhandenen Rest des Koalitionsrechtes durch die reaktionären Bestimmungen in der Novelle zur Gewerbeordnung vollends zu vernichten und beauftragt die parlamentarischen Vertreter der Partei, diese Versuche mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen und dafür einzutreten, daß volle Koalitions- und Vereinigungsfreiheit, diese Grundlage für die Kämpfe der Arbeiterklasse zur Erreichung besserer Existenzbedingungen, erreicht werde.“ (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion wird eröffnet.

Voß-Gotha: Wenn wir unter dem Sozialistengesetz die gewerkschaftliche Organisation und Agitation nicht so fördern, wie es der Fall sein sollte, so lag dies daran, daß unsere ganze Zeit und Kraft durch den politischen Kampf in Anspruch genommen war. Aber die Regierung und die Polizei verfolgte auch die gewerkschaftliche Bewegung, ebenso wie die politische. Sie wußte es ebenso gut, wie wir, daß die Gewerkschaften ein Vortheil für die politische Bildung der Arbeiterklasse darstellen. Unerseits kann und muß nun mehr geschehen. Es sind dabei aber einige Rathschläge zu geben. Mit Recht ist heute Morgen darauf hingewiesen worden, daß man mit einer antireligiösen Agitation starke Bevölkerungsschichten vor den Kopf stoße. Das ist nun ebenso in der Gewerkschaftsagitation der Fall, wenn diese sofort politisch und radikal auftritt. Es muß darauf ankommen, die große Masse der schlecht unterrichteten, der indifferenten Arbeiter heranzuziehen, und das geschieht durch eine verständige, sich zunächst an das eigene Interesse der Kollegen wendende Agitation. Das politische Verständnis anzuhellen, dazu dient namentlich die Fachpresse. Dieser steht das unbeschränkte Recht zu, politische Fragen zu behandeln, den Sozialismus zu entwickeln und zu begründen; die zentralistischen Vereine haben dieses Recht gesetzlich nicht. Die Hauptaufgabe ist immer die Gewinnung der Indifferenten, der möglichst großen Zahl. (Beifall.)

Penz-Remscheid: Manche Streiks mißlingen, weil übermäßig viel gefordert wird. Aus solchem Grunde ist der Hamburger Maurerstreik verloren worden.

Sorn-Löbtau empfiehlt die Annahme der Resolution Klopff-Grillenberger.

Mollenbühr: Der Streik als Mittel, bessere Arbeitsbedingungen zu erlangen, ist immer zu billigen. Wie der Arbeiter die Waare Arbeit billig zu kaufen sucht, so ist der Arbeiter bestrebt, diese Waare möglichst theuer zu verkaufen. Das liegt einfach in der Natur der Sache und kann nur von einem Unwissenden getadelt werden. Es kommt nur auf die Zweckmäßigkeit an die Ausschüften an. Mit dem Boykott ist es etwas anderes. Der Boykott gegen Lokale, um deren Herabgabe zu politischen Versammlungen zu erzwingen, ist durchaus berechtigt. Dagegen muß der Boykott gegen die Angehörigen eines Berufes, um dieselben zum Anschluß an die Partei zu bewegen, mißbilligt werden. (Beifall.)

Wilschke-Berlin bespricht die Einrichtung der Berliner Streik-Kontrollkommission. Klug und vernünftig angewendet, ist der Boykott eine vorzügliche Waffe.

Weyer-Leipzig: Die gewerkschaftliche Organisation ist nach Kräften zu unterstützen.

Folgende Resolution ist eingegangen: „In Erwägung, daß durch die fortschreitende, wirtschaftliche Entwicklung der ökonomische Kampf zwischen Arbeit und Kapital immer schärfer Formen annimmt und angesichts der ablehnenden Haltung der Regierung gegenüber der von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Arbeiterchutzgesetze ist es eine Nothwendigkeit, diesen Kampf seitens der Arbeiter zu organisieren. Die geeignete Form dieser Organisation ist die gewerkschaftliche. Der Parteitag ersucht deshalb die Parteigenossen allerorts den bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen sich anzuschließen, und wo solche nicht vorhanden sind, sie ins Leben zu rufen.“ (Stoße-Berlin, Voß-Gotha, Segy-

Nürnberg, Barth-Berlin, Stome-Bielefeld, Brauns-Bremen, Berndt-Berlin.

Zubeil-Berlin bittet, auch die Organisationen der Arbeiterinnen zu stärken und sie, wo sie noch nicht bestehen, ins Leben zu rufen. Redner empfiehlt, einen entsprechenden Bescheid der Resolutionen einzufügen. Weiter tritt er für Parteiorganisation ein. Er protestirt entschieden gegen die Führungen von Penz-Remscheid, als sei der Streik in Hamburg verloren gegangen, weil zu viel gefordert worden wäre.

Harburg-Potsdam: Die Waffe des Boykotts darf nicht zur Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz politischer Gegner benutzt werden.

Wilschke-Braunschweig: Nicht die Form, der Geist in der Organisation ist die Hauptsache. Falsch ist, was Klopff sagte, daß die Lokalorganisation kein Interesse daran habe, daß in anderen Städten Lokalorganisationen gegründet werden. Der einzelne Verein kann es zwar nicht veranlassen, wohl aber eine in offener Versammlung gewählte Agitationskommission. Die Zentralorganisation bietet dem Staatsanwalte viel mehr Angriffspunkte, als die lokale. Die Verbindung, die Zentralisation wird doch hergestellt durch die Gewerkschaftspresse. Ueberlasse man die Art der Organisation den einzelnen Gewerkschaften; Sorge man dafür, daß sich Jeder einer Organisation anschließt. Die Möglichkeit, politische Thematika auch nicht ausschließlich in den Gewerkschaften zu erörtern, möchten wir uns nicht gern nehmen lassen.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Das Schlußwort hat Grillenberger: Werthe Genossen! Die Darlegungen des Freundes Klopff waren eingehend genug. Aus der Versammlung wurde so gut wie kein Widerspruch laut. Ich kann mich daher kurz fassen. Ueber die Form der gewerkschaftlichen Organisation ist viel geredet worden, obgleich diese Frage eigentlich nicht hierher gehörte: das wird Sache der Gewerkschaftskonferenz und des nächsten Gewerkschaftskongresses sein. Die ökonomischen Kämpfe werden — das ist meine feste Ueberzeugung — jezt eine ganz andere Form annehmen. Sobald das Sozialistengesetz gefallen ist, müssen sich die Unternehmer anders einrichten. Die Zeit ist vorbei, wo mit dem Sozialistengesetz alles tot geschlagen wurde, was dem Pflichten der Ruhe störte. Und wo das Sozialistengesetz nicht ausreichte, wurde das Vereinsgesetz, oder die bekannte Bestimmung über die Versicherungsgesellschaften gegen die Organisationen angewendet. Jezt kann man nicht mehr mit einem polizeilichen Verbot die Organisationen besetzen. So beginnt das Unternehmertum zentralistische Verbände der ganzen Branche zu errichten, welche gegen die Arbeiter die Hungerkur anwenden, und das Koalitionsrecht lahmschlagen.

Demgegenüber ist es direkt falsch, daß die Partei nicht schon längst Stellung genommen hat. In unseren Händen ruht die Vertretung der ökonomischen Forderungen und Interessen der Arbeiterklasse ebenso gut, wie ihre politischen.

Man hat uns nachgesagt, wir wollten durch Aufhebung der Streiks die Lage der Arbeiter absichtlich verschlechtern, damit die rabiat Gewordenen und Verzweifelten sich der Sozialdemokratie in die Arme warfen. Das ist nichts, als eine böse Wankelung.

Die Streiks werden von uns nicht künstlich hervorgerufen und nicht künstlich aufgehalten, sie sind eine gesellschaftliche Nothwendigkeit, die bei dem Uebermuth der Unternehmungsklassen vielleicht in Zukunft häufiger auftreten wird, als uns selbst lieb ist.

Die Waffe des Boykotts muß noch sorgfältiger angewendet werden, als die des Streiks. Voll berechtigt sind, wenn sie gegen die Birthe angewandt werden, die den Arbeitern die Verweigerung ihrer Lokale zu Versammlungen die politischen Rechte beschneiden. Als ständiges Institut sie aber nicht in das geschäftliche Leben zu übertragen, was die Verberlich für unsere Partei. Ich erinnere an den Mißerfolg des großen Bier-Boykotts in Berlin. Von vornherein sagten sich die Genossen in der Provinz, daß es ein Ueberschuß sei, die Kapitaltrübsinnigen Altkonflikte der Brauindustrie wegen einer verhältnismäßig geringfügigen Differenz mit ihren Arbeitern mit dem Boykott einzuwickeln. Ein Sieg war von vornherein unmöglich. An diesem Mißerfolg in Berlin war die Fraktion unschuldig.

In den Presorganen des Unternehmertums ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit wird fortgesetzt gegen die Arbeiter bezogen, ihre bescheidenen Lohnforderungen verächtigt. Besondere gefährlich zeigt sich die nationalliberale Presse. Alle bürgerlichen Parteien sind in dieser Beziehung die reine reaktionäre Partei. Wir müssen diesen Verachtungen gegenüber offen auftreten und Streiks und Boykotts für berechtigt zum Angriff und zur Abwehr erklären.

Unsere Waffen gegen die gewaltigen Machtmittel des Unternehmertums sind die Solidarität und die Zusammenfassung der großen Massen.

Mit allen Mitteln werden unsere Organisationen bekämpft. Sehen sich die Arbeiter genöthigt, zum Boykott zu schreiten, so wendet man in Sachsen den groben Unfugparagrafen gegen sie an. In den schwarzen Listen, in den Berufsverleumdungen der Unternehmer findet man nichts, obgleich sie doch auch eine Boykottierung darstellen.

Teilnehmer an Streiks, die ohne Innehaltung der Kündigungszeit ausbrechen, werden verfolgt auf Grund des § 110 des Strafgesetzbuches wegen Ungehorsams gegen die Gesetze. Aber wie hat man gehört, daß ein Unternehmer angeklagt werden, wenn sie die Arbeitsfrage verweigern und Feiertage willkürlich eintreten lassen.

Das schönste hat das Gericht in Lübeck geleistet. Dort hat man den Vorstand eines Fachvereins wegen Erpressung zu 12 Monaten resp. drei Monaten Gefängniß verurtheilt, weil er einen Fabrikanten durch die Androhung einer Sperre gezwungen hat, eine beabsichtigte Lohnherabsetzung zu unterlassen. Und das Reichsgericht hat dieses Urtheil bestätigt. (Wufe der Entlassung.)

Mit Zwergorganisationen und Zentralisationsbestrebungen den gewaltigen Koalitionen des Unternehmertums gegenüber nichts geholfen. Die Massen der Arbeiter müssen zu gewaltigen Verbänden zusammengelassen werden. Zum Glück schädigt der Konflikt nicht die Einigkeit der Unternehmer, deren Kapitalmacht sie sonst in den Stand setzt, es viel länger beim Streik auszuhalten, als die Arbeiter. Deshalb müssen die Arbeiter mit allen Mitteln die gewerkschaftliche Organisation fördern. Wir müssen große Organisationen nach englischem Muster bilden. Die einzelnen Gewerkschaften könnten als Branchenvereine bestehen können. Alle Banarbeiters alle Maschinenarbeiter müßte z. B. ein Verband umschließen. Wird sich in Zukunft der Kampf gestalten. (Lebhafter Beifall.)

Auf die Dauer ist eine gedeihliche Entwicklung der Organisation unmöglich, wenn in den großen Städten beispielsweise einer Gewerkschaft für den achtstündigen Arbeitstag agitirt wird während in der Provinz in demselben Gewerke noch 12, 14, 16 Stunden täglich gearbeitet wird. Hier muß erst ein näherer Ausgleich herbeigeführt werden.

Die Agitation muß hinaus auf das Land, in die Provinz. Dazu ist jezt die beste Zeit. Wir sind in einer Periode des wirtschaftlichen Niederganges. Wir müssen uns auf die Abwehr vorbereiten.

Fördern wir überall die Organisation der Arbeiter Arbeiterinnen. Nehmen Sie die Resolution an, handeln Sie auch, wenn Sie nach Hause gekommen sind, darnach! (Lebhafter Beifall.)

Die Resolution Klopff-Grillenberger wird einstimmig angenommen; ebenso die Resolution Stöcke.

In Rücksicht darauf, daß die morgigen Verhandlungen weit ausdehnen werden, und die Anträge aus der Mittagsversammlung, die zur Verhandlung stehen, sehr zahlreich sind, ist der Kongress mit dem Schluß der Sitzung einverwandelt. Schluß 6 Uhr.

Hört, daß er dies wohl einsehe; er wiederhole deshalb, daß die Direktion sich schämen müsse. — Der als Zeuge vernommene Stationsassistent blieb dagegen dabei, daß die erste Ausfertigung auf ihn persönlich und die zweite erst auf die Direktion gemünzt gewesen. Am diesen Widerspruch aufzuklären, sowie um festzustellen, inwieweit der Angeklagte Grund zur Beschwerde hatte, beschloß der Gerichtshof, die von dem letzteren vorgeschlagenen Zeugen zu laden und wurde aus diesem Grunde die Verhandlung vertagt.

Ein ebenso schlechter als unüberlegter Scherz führte gestern den Oberleutnant Edelhof unter der Vorführung der vorläufigen Körperverletzung vor die 87. Abteilung des Schöffengerichts. Der Angeklagte war in einem Nachlassbesitzer bedienstet. Einem Morgen bemerkte er, daß die Müdigkeit den ihm unterstellten 17jährigen Kellnerlehrling übermannt hatte, derselbe war, auf einem Stuhle sitzend, eingeschlafen. Der Angeklagte nahm eine Dosis gepulverten Pfeffers und streute sie dem Schlafenden in die Nase. Dieser wurde durch heftiges Brennen geweckt, naturgemäß rief er das misshandelte Organ und wischte sich hierbei Pfeffertheile in die Augen. Er erhielt eine Augenentzündung und mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Der Gerichtshof ahndete den losen Streich des Angeklagten mit einer Geldstrafe von 30 M.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I wurde gestern eine Anklage wegen Urkundenfälschung und versuchten Betruges gegen den zwanzigjährigen Handlungs-kommis Julius Siemering verhandelt. Der Angeklagte war von seiner Heimath Osnabrück nach Berlin gekommen, um sich hier eine Stellung zu suchen. Er fand keine und wurde mittellos. Er besaß nur noch ein mit 10 M. bewertetes Sparlaffenbuch der Spar- und Leihkasse zu Osnabrück, da ihm das hierauf zu erzielende Geld aber zu gering erschien, so bog er eine dreiste Fälschung. Er setzte hinter die eingetragene Zahl 10 drei Nullen und schrieb dem Worte „zehn“ noch „tausend“ hinzu, so daß es den Anschein hatte, als seien zehntausend Mark eingezahlt worden. Dann begab er sich mit dem Buche zu einem hiesigen Geldmanne und bat um ein Darlehen von 100 Mark darauf. Der Geldverleiher machte große Augen, als er den noch jungen Menschen in dem Besitze des werthvollen Buches sah, er erklärte ihm, daß er erst einen Erlaubnisbeschein seines Vormundes zur Aufnahme eines Darlehens beibringen müsse. Vorläufig erhielt der Angeklagte aber acht Mark. Nach einigen Tagen brachte Siemering dann ein angeblich von dem Kompanien seines Vormundes herrührendes Schreiben, welches der Angeklagte aber selbst verfaßt hatte. Der Geldmann hatte sich inzwischen auch bei der Sparkasse zu Osnabrück erkundigt und war die Fälschung des Buches bereits entdeckt worden. Die Geschworenen billigten dem bisher Unbescholtenen milde Umstände zu, wodurch derselbe mit einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten davonkam.

Der Herr Ritterguts-Inspektor. Am 8. August d. J. erschienen in der Gelpfischen Restauration in der Alten Jakobstraße ein gutgekleideter Mann in Begleitung eines Soldaten. Der Erstere bestellte Speise und Trank für sich und seinen Begleiter und beide entwickelten einen mächtigen Appetit. In verhältnismäßig kurzer Zeit belief sich die gemeinschaftliche Zechen auf über fünf Mark, trotzdem nur Bier und Schnaps getrunken war. Der Wirth schloß seinen Verdacht gegen die Zahlungsfähigkeit des flotten Zivilisten, denn dieser betonte wiederholt, daß er Inspektor auf einem Rittergute bei Küstrin sei. Als es aber ans Zahlen gehen sollte, da zeigte es sich, daß der „Herr Inspektor“ ebenso wenig im Besitze irgend welcher Mittel war, wie der Soldat. Der Letztere gab in glaubwürdiger Weise an, daß der ihm völlig unbekannte Herr ihn auf der Straße angesprochen und ihn eingeladen habe, sein Gast zu sein. Dies habe er sich nicht zweimal sagen lassen. Der geprellte Wirth schickte zur Polizei und es stellte sich heraus, daß ihr der Verhaftete eine sehr bekannte Persönlichkeit war. Es war der vielfach vorbestrafte Kaufmann Alexander Zühl, der bei dem Wirth eine Gastrolle gegeben. Gestern wurde Zühl von der ersten Strafkammer des Landgerichts I zu einer in Jahre Zuchthaus und zu einer Geldstrafe von 150 Mark, eventuell noch 20 Tage Zuchthaus verurtheilt.

Versammlungen.

Nacht körnig ging es in einer Versammlung her, die vom Genossen Grundmann für die Parteigenossen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises nach dem Vereinshaus „Süd-Ost“ auf gestern Abend einberufen war.

Zur Verhandlung stand: „Der Parteitag und die Delegirten Berlins“.

Als gegen 8 1/2 Uhr die Versammlung eröffnet wurde, war der ziemlich kleine Saal vollständig überfüllt. Ueber 700 Personen drängten sich Mann an Mann.

Die Versammlung wählte zur Leitung der Versammlung die Genossen Grundmann, Kühn und Brödel mit großer Majorität. Damit fiel ein anderer Vorschlag, welcher die Genossen Henke, Kördel und Rich. Kurze als Bureau wünschte. Zunächst gelangte folgende an die Versammlung gerichtete Depesche zur Verlesung:

„Die Delegirten der Berliner Wahlkreise und die in Berlin wohnhaften Delegirten stellen es Eurem Tatkraftgefühl anheim, ob Ihr in ihrer Abwesenheit über ihre Thätigkeit berathen wollt und könnt, und schlagen wir Euch vor, (is nach unserer Rückkunft vom ersten Punkt der Tagesordnung abzusehen.

Im Auftrage:

Klein, Fröh, Berndt, Barth, Schmidt, Bernau, Wegner, Werner, Zubeil.“

Die Verlesung war von lebhaften Bravorufen begleitet.

Aug. Günther (zur Geschäftsordnung) sieht keinen Grund ein, sich an diesen Wunsch zu halten. (Lebhaftes sehr richtig und Oho!) Die Thätigkeit der Berliner Delegirten soll im Allgemeinen nicht kritisiert werden, nur einzelne Punkte sollen aus den Verhandlungen heraus gegriffen werden. (Lebhaftes Oho! Unerbittliche Glode des Vorsitzenden.) Die Ausführungen des Delegirten Franz Berndt müßten entschieden zurückgewiesen werden. (Oho. Bravo. Tumult.) Die Opposition in Berlin sei keine künstlich erzeugte. (Lebhaftes sehr richtig und Widerspruch.) Winter: Mein Vordredner sprach nicht zur Geschäftsordnung. (Oho, Bravo.)

Vorsitzender: Das ist nicht der Fall. (Oho, Värm.)

Lichtenstein stellt den Antrag, die Versammlung zu vertagen. Der Saal fassete zu wenig Personen. In dieser Versammlung komme der Wille der Parteigenossen des 4. Kreises nicht zum Ausdruck. (Sehr richtig, Oho.) Obgleich ich nicht zur Opposition gehöre, so scheint mir doch eine Reklifizierung Berndt's am Plage. Doch müßte sich Berndt erst verteidigen.

Felgentreff: Die Angelegenheit kann erst verhandelt werden, nachdem Berndt seinen Rechenschaftsbericht gegeben. (Beifall und Widerspruch.)

Engler: Berndt ist ohne gebundenes Mandat nach Halle gegangen. (Rufe: Nein! Oho! Schluß! Schluß!)

Wengels: Es war noch nie Usus, an Abwesenden Kritik zu üben, oder über den Parteitag zu diskutieren, so lange dieser tagt. Damit blamiren wir uns. (Sehr richtig!) Wir haben uns auf dem Parteitag schon genug blamirt. (Oho!) Sehr richtig! Tumult.)

Paader: Es schlägt der gesunde Vernunft ins Gesicht, über etwas zu urtheilen, was man nicht genau weiß. Der Bericht über den Parteitag kann Fehler enthalten. (Beifall.)

Pielecke: Berndt hat sich sein Mandat erschlichen. (Stürmisches Oho! und Pui! Tumult. Klingel des Vorsitzenden. — Der Redner ist infolge des Tumultes nicht mehr zu verstehen.)

Wach: Wir haben doch auf unser Banner geschrieben: Freier Meinungs-austausch. Betragen Sie sich sozialdemokratisch. (Zwischenruf: Nicht Parteigenossen Schwinder nennen.) Redner wünscht zu wissen, ob Kritik an allen Berliner Delegirten geübt werden soll, oder nur an Berndt.

Vorsitzender: 300 Parteigenossen haben ihre Unterschrift zu einer Resolution gegeben, in der gegen den Ausdruck Kluge in Bezug auf die Berliner Genossen protestirt wurde. Auch Berndt soll eine Klage erhalten. Zur Opposition gehören Leute, die sich unter dem Sozialistengesetz bewährt haben. (Bravo.)

Lichtenstein warnt nochmals, in die Verhandlungen einzutreten.

Vorsitzender: Es ist folgende Resolution eingelaufen: „Die heutige Versammlung erklärt, daß die Ausführungen des Delegirten Franz Berndt nicht der Auffassung der Genossen des 4. Wahlkreises entsprechen. Außerdem protestirt die Versammlung auf das Entschiedenste dagegen, als Kluge bezeichnet zu werden und verlangt weiter eine würdige Behandlung für den Genossen Werner, Niemeischel und P. Pielecke.“

Felgentreff: Wenn Sie über diese Resolution abstimmen, oder in die Verhandlung eintreten, bezeichne ich Sie als Kluge. (Stürmisches Tumult. Klingel des Vorsitzenden.)

Vorsitzender: Wer sich unanständig betragt, wird rausgeworfen. (Stürmisches Oho! Värm.)

Link: Die Versammlung kann tagen. Wären Fehler im Bericht über den Parteitag, dann wäre gewiß eine Berichtigung erfolgt.

Es wird hierauf beschlossen, die Geschäftsordnungs-Debatte zu schließen. Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Feldmann: Jeder mag seine Meinung haben und ihr Ausdruck geben. Werner ist für mich noch Parteigenosse. Gegen die Behandlung Werner's durch den Parteitag muß protestirt werden. Ich stimme nicht den Ausführungen Werner's bei; trotzdem diskutire ich mit ihm in Ruhe. (Beifall.)

Reuhaus: Berndt muß ins rechte Licht gestellt werden. Berndt gehörte stets zu der Opposition, die nach dessen Meinung künstlich erzeugt war. Er hat auch früher Reserale gehalten für die Rabenemonstration. Berndt will sich bei der Fraktion einschmeicheln. Müßte der Parteitag, welche Stellung Berndt stets einnahm, dann hätte Berndt gewiß nicht den großen Beifall gehabt, den er hatte. (Sehr richtig.)

Aug. Günther: Wir Berliner Kritiker. Wir sind nicht Leute, die bloß Krach machen wollen. (Rufe: Jawohl. Berliner Volksblatt-Versammlungen.) Wir haben eine ehrliche, offene Meinung, die wir aussprechen. Wir haben nicht hinter dem Ofen gekesselt. Ich bin zwar nicht mit Werner in Allem einverstanden, aber ich kenne ihn als ehrlichen Genossen, der seit 7 Jahren tapfer arbeitet. So lange Werner nichts Unehrlühftes nachgewiesen ist, so lange ist er als Parteigenosse anzusehen und zu behandeln. (Beifall.)

Engler: Es wird hier Personentaktus getrieben. Einen tritt man in den Schmutz, den Andern erhebt man. (Stürmisches Oho und sehr richtig.) Ich hab' diese Ueberzeugung. Warten Sie die Beratungen der Kommission ab. (Oho.)

Lichtenstein: Ich war in Halle. Es herrscht dort große Animosität gegen die Berliner. Das kommt, weil Werner sich als Vorkühler der Berliner aufgeworfen hat. Werner hat seine Ansichten so ungeschickt vorgebracht, daß er sich politisch todt geredet hat. (Oho!) Der Ausdruck Hug's-Wilhelmshafen „Kluge“ hat die anwesenden Berliner schmerzlich berührt. Hug muß gerügt werden.

Kühlig: Ich war auf dem Kongress. In Bezug auf die heutige Versammlung sagte Singer zu mir: „Die Berliner haben wohl einen Frosch!“ (Lautes Oho.)

Schrader: Diese Mittheilung hätte unterbleiben können. Sie ist nur Zwietracht.

Felgentreff: Ich protestire gegen die heutige Versammlung. Sie ist nicht kompetent. Kritik an Abwesenden zu üben, ist nicht demokratisch. Wer dieses Gefühl mit mir theilt, der verlasse den Saal. (Stürmisches Tumult. Der Vorsitzende kann sich nicht mehr verständlich machen.)

Die Versammlung wird auf 10 Minuten vertagt.

95 Genossen verlassen den Saal. Die Ruhe tritt erst nach und nach wieder ein.

Lichtenstein billigt das Auftreten Felgentreff's.

Arndt: Die Berliner Delegirten konnten gegen die Rede Berndt's nicht protestiren. Eine Wortmeldung Auerbach's fiel unter den Tisch.

Es wird Schluß der Debatte und sofortige Abstimmung über die Resolution beantragt. Die Versammlung beschließt demgemäß. Die von Niemeischel und P. Pielecke beantragte Resolution findet gegen 7 Stimmen Annahme.

Niemeischel theilt mit, daß Felgentreff ein Schreiben an die Untersuchungskommission nach Halle gerichtet habe, in dem er den Rath giebt, Werner zu verhaften. (Pui! Hör, hör!)

Eine lebhafte Debatte entzündet sich über einen Antrag: „Berndt das Mandat zu entziehen und ihn vom Kongress zurückzuberufen.“

Heindorf giebt allerdings zu, daß Berndt ohne gebundenes Mandat delegirt wurde. Berndt habe sich aber stets als oppositionell ausgegeben, so daß man glaube, in ihm einen Oppositionellen zu erkennen. Das Verhalten Berndt's ist eines Sozialdemokraten unwürdig. Deshalb ist der Antrag auch berechtigt. (Beifall.)

John ist derselben Meinung. Mit demselben Recht könnte sich Berndt auch in den Reichstag wählen lassen und dann als Konservativer auftreten. Wozu soll das führen?

Der Antrag wird schließlich gegen 25 Stimmen angenommen. Das Bureau wurde beauftragt, die Beschlüsse der heutigen Versammlung auf dem schnellsten Wege dem Parteitag zu übermitteln.

Unter „Verschiedenes“ fragt Hoffmann, ob man nicht zu der jehigen Schreibweise des „Berliner Volksblatt“ Stellung nehmen wolle?

Folgende Resolution ist eingelaufen: „Beantworte dem „Berliner Volksblatt“ eine Klage zu ertheilen wegen des unanständigen Vorgehens gegen die Genossen, welche es wagten, an der Unsehbarkeit der Fraktion zu rütteln.“

Niendorf: Wer in der Opposition steht, wird vom „Berliner Volksblatt“ in den Schmutz getreten. Das heutige Bureau müsse beauftragt werden, eine Volksversammlung einzuberufen.

Niemeischel: Die heutige Versammlung ist nicht berechtigt, das „Berliner Volksblatt“ zu rügen.

John zieht seine Resolution zurück.

Nachdem noch Niendorf darauf hingewiesen, daß das „Berl. Volksblatt“ jetzt schärfer schreiben müsse, wird der Antrag Niendorf gegen 8 Stimmen angenommen.

Darauf wird beschlossen, die Versammlung zu schließen, dieselbe aber auszuzählen, „damit man weiß, wie Viele zur Kluge gehöhen.“ So lautete der Antrag. Ueber 600 Genossen waren noch anwesend.

Die Generalversammlung des Fahrvereins der Schlosser und Maschinenbau-Arbeiter Berlins und Umgegend fand am Montag bei Feuerstein statt. Der Rassenbericht ergab für das 3. Quartal eine Einnahme von 442,21 M., eine Ausgabe von 435,20 M., bleibt demnach ein Bestand von 7,01 M. Nachdem ein Revisor befunden, daß die Bücher in Ordnung gefunden worden sind, wurde dem Kassirer Decharge ertheilt. Von unserem Sommerfest war noch keine Abrechnung vorgelegt. Aus der Erfahrung des Vorstandes gingen hervor als stellvertretender Schriftführer Kollege Fischmann; als 2. Bibliothekar Kollege Briefel. In Revisionen für das 4. Quartal wurden Riethe, Röder, Pabold gewählt. In die Arbeitsnachweis-Kommission wurde der Kollege Geißler als Ersatzmann gewählt. 15 Kollegen ließen sich hierauf aufnehmen. Aus der Wahl eines

Vergnügungskomitees zum Weihnachts- und Stiftungsfest gingen hervor: Geißler, Lize, Durndel, Röder, Thrun und Z. Zum 5. Punkt, Anträge, stellte zunächst Kollege Pabold den Antrag, die Nordverfassungen wegen zu schwachen Besuchs mit Rücksicht auf die Unkosten, die aus jeder Versammlung zu fließen, vorläufig einzustellen. Dieser Antrag, welcher sechs Redner unterstützten, wurde angenommen in der Sitzung, daß es dem Vorstand überlassen bleibt, künftigen Zeiten eine Versammlung im Norden einzuberufen. Der Kassirer vom Norden wird aber Sonntags von 11-12 Uhr Vormittags bei Nürnberg, Anklamerstr. 40, Beiträge entgegennehmen. Ein Antrag betreffs Neuanschaffung von Bibliothekbüchern wurde dahin erweitert, daß mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des Vereins die Anschaffung von Büchern zum gelegeneren Zeitpunkt verschoben und es dem Vorstand überlassen bleibt, Bücher anzuschaffen. Ebenso wird der Vorstand beauftragt, so weit wie möglich die verbummelten Beiträge einiger Mitglieder wieder zu beschaffen.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen: am 13. d. M. stattgefundenen Generalversammlung des Vereins der Schlosser und Maschinenbau-Arbeiter Berlins und Umgegend protestirt gegen die Handlungsweise der Dittich's Genossen in Hamburg betreffs der willkürlichen Gründung einer Zentralisation der Schlosser und Maschinenbauer, und ein Fachblatt, da dies gegen die Beschlüsse des Berliner Arbeiter-Kongresses gerichtet und nur geeignet ist, Zwietracht unter die Metallarbeiter zu säen. Die Versammlung beschloß mit aller Energie die Einschüfung des neugegründeten Fachblattes zu verhindern, dafür aber der „Metallarbeiter-Ztg.“ mögliche weite Verbreitung zu verschaffen.“ Boneke, Riethe und B. unterstützten dieselbe. Betreffs der Arbeitsnachweis-Plakate den die Kollegen ersucht, dieselben sich von der Kommission fordern und an geeigneten Stellen anzubringen. Kollege Briefel schlägt vor und ersucht den Vorstand, bei der Direktion der Pferdebahn-Gesellschaft anzufragen, ob man nicht im Innern der Wagen ein Plakat anbringen kann. Fragen waren nicht eingelaufen und somit erfolgte Schluß.

Achtung! Die Delegirten der vorletzten Klausur werden ersucht, am Sonntag, den 19. Oktober, Vormittags 10 Uhr, bei Spielermann, zur Klausur zu erscheinen.

Metallarbeiter-Krank- und Sterbekasse „Vulkan“ (G. S. 23 25 26 Hamburg) Berlin 1. Am Sonntag, den 18. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, in der Kaffeehaus-Veranstaltung im Restaurant „Winter“ Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Abrechnung des Monats. 2. Bericht über die Tätigkeit. 3. Bericht über die Tätigkeit. 4. Bericht über die Tätigkeit. 5. Bericht über die Tätigkeit. 6. Bericht über die Tätigkeit. 7. Bericht über die Tätigkeit. 8. Bericht über die Tätigkeit. 9. Bericht über die Tätigkeit. 10. Bericht über die Tätigkeit. 11. Bericht über die Tätigkeit. 12. Bericht über die Tätigkeit. 13. Bericht über die Tätigkeit. 14. Bericht über die Tätigkeit. 15. Bericht über die Tätigkeit. 16. Bericht über die Tätigkeit. 17. Bericht über die Tätigkeit. 18. Bericht über die Tätigkeit. 19. Bericht über die Tätigkeit. 20. Bericht über die Tätigkeit. 21. Bericht über die Tätigkeit. 22. Bericht über die Tätigkeit. 23. Bericht über die Tätigkeit. 24. Bericht über die Tätigkeit. 25. Bericht über die Tätigkeit. 26. Bericht über die Tätigkeit. 27. Bericht über die Tätigkeit. 28. Bericht über die Tätigkeit. 29. Bericht über die Tätigkeit. 30. Bericht über die Tätigkeit. 31. Bericht über die Tätigkeit. 32. Bericht über die Tätigkeit. 33. Bericht über die Tätigkeit. 34. Bericht über die Tätigkeit. 35. Bericht über die Tätigkeit. 36. Bericht über die Tätigkeit. 37. Bericht über die Tätigkeit. 38. Bericht über die Tätigkeit. 39. Bericht über die Tätigkeit. 40. Bericht über die Tätigkeit. 41. Bericht über die Tätigkeit. 42. Bericht über die Tätigkeit. 43. Bericht über die Tätigkeit. 44. Bericht über die Tätigkeit. 45. Bericht über die Tätigkeit. 46. Bericht über die Tätigkeit. 47. Bericht über die Tätigkeit. 48. Bericht über die Tätigkeit. 49. Bericht über die Tätigkeit. 50. Bericht über die Tätigkeit. 51. Bericht über die Tätigkeit. 52. Bericht über die Tätigkeit. 53. Bericht über die Tätigkeit. 54. Bericht über die Tätigkeit. 55. Bericht über die Tätigkeit. 56. Bericht über die Tätigkeit. 57. Bericht über die Tätigkeit. 58. Bericht über die Tätigkeit. 59. Bericht über die Tätigkeit. 60. Bericht über die Tätigkeit. 61. Bericht über die Tätigkeit. 62. Bericht über die Tätigkeit. 63. Bericht über die Tätigkeit. 64. Bericht über die Tätigkeit. 65. Bericht über die Tätigkeit. 66. Bericht über die Tätigkeit. 67. Bericht über die Tätigkeit. 68. Bericht über die Tätigkeit. 69. Bericht über die Tätigkeit. 70. Bericht über die Tätigkeit. 71. Bericht über die Tätigkeit. 72. Bericht über die Tätigkeit. 73. Bericht über die Tätigkeit. 74. Bericht über die Tätigkeit. 75. Bericht über die Tätigkeit. 76. Bericht über die Tätigkeit. 77. Bericht über die Tätigkeit. 78. Bericht über die Tätigkeit. 79. Bericht über die Tätigkeit. 80. Bericht über die Tätigkeit. 81. Bericht über die Tätigkeit. 82. Bericht über die Tätigkeit. 83. Bericht über die Tätigkeit. 84. Bericht über die Tätigkeit. 85. Bericht über die Tätigkeit. 86. Bericht über die Tätigkeit. 87. Bericht über die Tätigkeit. 88. Bericht über die Tätigkeit. 89. Bericht über die Tätigkeit. 90. Bericht über die Tätigkeit. 91. Bericht über die Tätigkeit. 92. Bericht über die Tätigkeit. 93. Bericht über die Tätigkeit. 94. Bericht über die Tätigkeit. 95. Bericht über die Tätigkeit. 96. Bericht über die Tätigkeit. 97. Bericht über die Tätigkeit. 98. Bericht über die Tätigkeit. 99. Bericht über die Tätigkeit. 100. Bericht über die Tätigkeit. 101. Bericht über die Tätigkeit. 102. Bericht über die Tätigkeit. 103. Bericht über die Tätigkeit. 104. Bericht über die Tätigkeit. 105. Bericht über die Tätigkeit. 106. Bericht über die Tätigkeit. 107. Bericht über die Tätigkeit. 108. Bericht über die Tätigkeit. 109. Bericht über die Tätigkeit. 110. Bericht über die Tätigkeit. 111. Bericht über die Tätigkeit. 112. Bericht über die Tätigkeit. 113. Bericht über die Tätigkeit. 114. Bericht über die Tätigkeit. 115. Bericht über die Tätigkeit. 116. Bericht über die Tätigkeit. 117. Bericht über die Tätigkeit. 118. Bericht über die Tätigkeit. 119. Bericht über die Tätigkeit. 120. Bericht über die Tätigkeit. 121. Bericht über die Tätigkeit. 122. Bericht über die Tätigkeit. 123. Bericht über die Tätigkeit. 124. Bericht über die Tätigkeit. 125. Bericht über die Tätigkeit. 126. Bericht über die Tätigkeit. 127. Bericht über die Tätigkeit. 128. Bericht über die Tätigkeit. 129. Bericht über die Tätigkeit. 130. Bericht über die Tätigkeit. 131. Bericht über die Tätigkeit. 132. Bericht über die Tätigkeit. 133. Bericht über die Tätigkeit. 134. Bericht über die Tätigkeit. 135. Bericht über die Tätigkeit. 136. Bericht über die Tätigkeit. 137. Bericht über die Tätigkeit. 138. Bericht über die Tätigkeit. 139. Bericht über die Tätigkeit. 140. Bericht über die Tätigkeit. 141. Bericht über die Tätigkeit. 142. Bericht über die Tätigkeit. 143. Bericht über die Tätigkeit. 144. Bericht über die Tätigkeit. 145. Bericht über die Tätigkeit. 146. Bericht über die Tätigkeit. 147. Bericht über die Tätigkeit. 148. Bericht über die Tätigkeit. 149. Bericht über die Tätigkeit. 150. Bericht über die Tätigkeit. 151. Bericht über die Tätigkeit. 152. Bericht über die Tätigkeit. 153. Bericht über die Tätigkeit. 154. Bericht über die Tätigkeit. 155. Bericht über die Tätigkeit. 156. Bericht über die Tätigkeit. 157. Bericht über die Tätigkeit. 158. Bericht über die Tätigkeit. 159. Bericht über die Tätigkeit. 160. Bericht über die Tätigkeit. 161. Bericht über die Tätigkeit. 162. Bericht über die Tätigkeit. 163. Bericht über die Tätigkeit. 164. Bericht über die Tätigkeit. 165. Bericht über die Tätigkeit. 166. Bericht über die Tätigkeit. 167. Bericht über die Tätigkeit. 168. Bericht über die Tätigkeit. 169. Bericht über die Tätigkeit. 170. Bericht über die Tätigkeit. 171. Bericht über die Tätigkeit. 172. Bericht über die Tätigkeit. 173. Bericht über die Tätigkeit. 174. Bericht über die Tätigkeit. 175. Bericht über die Tätigkeit. 176. Bericht über die Tätigkeit. 177. Bericht über die Tätigkeit. 178. Bericht über die Tätigkeit. 179. Bericht über die Tätigkeit. 180. Bericht über die Tätigkeit. 181. Bericht über die Tätigkeit. 182. Bericht über die Tätigkeit. 183. Bericht über die Tätigkeit. 184. Bericht über die Tätigkeit. 185. Bericht über die Tätigkeit. 186. Bericht über die Tätigkeit. 187. Bericht über die Tätigkeit. 188. Bericht über die Tätigkeit. 189. Bericht über die Tätigkeit. 190. Bericht über die Tätigkeit. 191. Bericht über die Tätigkeit. 192. Bericht über die Tätigkeit. 193. Bericht über die Tätigkeit. 194. Bericht über die Tätigkeit. 195. Bericht über die Tätigkeit. 196. Bericht über die Tätigkeit. 197. Bericht über die Tätigkeit. 198. Bericht über die Tätigkeit. 199. Bericht über die Tätigkeit. 200. Bericht über die Tätigkeit. 201. Bericht über die Tätigkeit. 202. Bericht über die Tätigkeit. 203. Bericht über die Tätigkeit. 204. Bericht über die Tätigkeit. 205. Bericht über die Tätigkeit. 206. Bericht über die Tätigkeit. 207. Bericht über die Tätigkeit. 208. Bericht über die Tätigkeit. 209. Bericht über die Tätigkeit. 210. Bericht über die Tätigkeit. 211. Bericht über die Tätigkeit. 212. Bericht über die Tätigkeit. 213. Bericht über die Tätigkeit. 214. Bericht über die Tätigkeit. 215. Bericht über die Tätigkeit. 216. Bericht über die Tätigkeit. 217. Bericht über die Tätigkeit. 218. Bericht über die Tätigkeit. 219. Bericht über die Tätigkeit. 220. Bericht über die Tätigkeit. 221. Bericht über die Tätigkeit. 222. Bericht über die Tätigkeit. 223. Bericht über die Tätigkeit. 224. Bericht über die Tätigkeit. 225. Bericht über die Tätigkeit. 226. Bericht über die Tätigkeit. 227. Bericht über die Tätigkeit. 228. Bericht über die Tätigkeit. 229. Bericht über die Tätigkeit. 230. Bericht über die Tätigkeit. 231. Bericht über die Tätigkeit. 232. Bericht über die Tätigkeit. 233. Bericht über die Tätigkeit. 234. Bericht über die Tätigkeit. 235. Bericht über die Tätigkeit. 236. Bericht über die Tätigkeit. 237. Bericht über die Tätigkeit. 238. Bericht über die Tätigkeit. 239. Bericht über die Tätigkeit. 240. Bericht über die Tätigkeit. 241. Bericht über die Tätigkeit. 242. Bericht über die Tätigkeit. 243. Bericht über die Tätigkeit. 244. Bericht über die Tätigkeit. 245. Bericht über die Tätigkeit. 246. Bericht über die Tätigkeit. 247. Bericht über die Tätigkeit. 248. Bericht über die Tätigkeit. 249. Bericht über die Tätigkeit. 250. Bericht über die Tätigkeit. 251. Bericht über die Tätigkeit. 252. Bericht über die Tätigkeit. 253. Bericht über die Tätigkeit. 254. Bericht über die Tätigkeit. 255. Bericht über die Tätigkeit. 256. Bericht über die Tätigkeit. 257. Bericht über die Tätigkeit. 258. Bericht über die Tätigkeit. 259. Bericht über die Tätigkeit. 260. Bericht über die Tätigkeit. 261. Bericht über die Tätigkeit. 262. Bericht über die Tätigkeit. 263. Bericht über die Tätigkeit. 264. Bericht über die Tätigkeit. 265. Bericht über die Tätigkeit. 266. Bericht über die Tätigkeit. 267. Bericht über die Tätigkeit. 268. Bericht über die Tätigkeit. 269. Bericht über die Tätigkeit. 270. Bericht über die Tätigkeit. 271. Bericht über die Tätigkeit. 272. Bericht über die Tätigkeit. 273. Bericht über die Tätigkeit. 274. Bericht über die Tätigkeit. 275. Bericht über die Tätigkeit. 276. Bericht über die Tätigkeit. 277. Bericht über die Tätigkeit. 278. Bericht über die Tätigkeit. 279. Bericht über die Tätigkeit. 280. Bericht über die Tätigkeit. 281. Bericht über die Tätigkeit. 282. Bericht über die Tätigkeit. 283. Bericht über die Tätigkeit. 284. Bericht über die Tätigkeit. 285. Bericht über die Tätigkeit. 286. Bericht über die Tätigkeit. 287. Bericht über die Tätigkeit. 288. Bericht über die Tätigkeit. 289. Bericht über die Tätigkeit. 290. Bericht über die Tätigkeit. 291. Bericht über die Tätigkeit. 292. Bericht über die Tätigkeit. 293. Bericht über die Tätigkeit. 294. Bericht über die Tätigkeit. 295. Bericht über die Tätigkeit. 296. Bericht über die Tätigkeit. 297. Bericht über die Tätigkeit. 298. Bericht über die Tätigkeit. 299. Bericht über die Tätigkeit. 300. Bericht über die Tätigkeit. 301. Bericht über die Tätigkeit. 302. Bericht über die Tätigkeit. 303. Bericht über die Tätigkeit. 304. Bericht über die Tätigkeit. 305. Bericht über die Tätigkeit. 306. Bericht über die Tätigkeit. 307. Bericht über die Tätigkeit. 308. Bericht über die Tätigkeit. 309. Bericht über die Tätigkeit. 310. Bericht über die Tätigkeit. 311. Bericht über die Tätigkeit. 312. Bericht über die Tätigkeit. 313. Bericht über die Tätigkeit. 314. Bericht über die Tätigkeit. 315. Bericht über die Tätigkeit. 316. Bericht über die Tätigkeit. 317. Bericht über die Tätigkeit. 318. Bericht über die Tätigkeit. 319. Bericht über die Tätigkeit. 320. Bericht über die Tätigkeit. 321. Bericht über die Tätigkeit. 322. Bericht über die Tätigkeit. 323. Bericht über die Tätigkeit. 324. Bericht über die Tätigkeit. 325. Bericht über die Tätigkeit. 326. Bericht über die Tätigkeit. 327. Bericht über die Tätigkeit. 328. Bericht über die Tätigkeit. 329. Bericht über die Tätigkeit. 330. Bericht über die Tätigkeit. 331. Bericht über die Tätigkeit. 332. Bericht über die Tätigkeit. 333. Bericht über die Tätigkeit. 334. Bericht über die Tätigkeit. 335. Bericht über die Tätigkeit. 336. Bericht über die Tätigkeit. 337. Bericht über die Tätigkeit. 338. Bericht über die Tätigkeit. 339. Bericht über die Tätigkeit. 340. Bericht über die Tätigkeit. 341. Bericht über die Tätigkeit. 342. Bericht über die Tätigkeit. 343. Bericht über die Tätigkeit. 344. Bericht über die Tätigkeit. 345. Bericht über die Tätigkeit. 346. Bericht über die Tätigkeit. 347. Bericht über die Tätigkeit. 348. Bericht über die Tätigkeit. 349. Bericht über die Tätigkeit. 350. Bericht über die Tätigkeit. 351. Bericht über die Tätigkeit. 352. Bericht über die Tätigkeit. 353. Bericht über die Tätigkeit. 354. Bericht über die Tätigkeit. 355. Bericht über die Tätigkeit. 356. Bericht über die Tätigkeit. 357. Bericht über die Tätigkeit. 358. Bericht über die Tätigkeit. 359. Bericht über die Tätigkeit. 360. Bericht über die Tätigkeit. 361. Bericht über die Tätigkeit. 362. Bericht über die Tätigkeit. 363. Bericht über die Tätigkeit. 364. Bericht über die Tätigkeit. 365. Bericht über die Tätigkeit. 366. Bericht über die Tätigkeit. 367. Bericht über die Tätigkeit. 368. Bericht über die Tätigkeit. 369. Bericht über die Tätigkeit. 370. Bericht über die Tätigkeit. 371. Bericht über die Tätigkeit. 372. Bericht über die Tätigkeit. 373. Bericht über die Tätigkeit. 374. Bericht über die Tätigkeit. 375. Bericht über die Tätigkeit. 376. Bericht über die Tätigkeit. 377. Bericht über die Tätigkeit. 378. Bericht über die Tätigkeit. 379. Bericht über die Tätigkeit. 380. Bericht über die Tätigkeit. 381. Bericht über die Tätigkeit. 382. Bericht über die Tätigkeit. 383. Bericht über die Tätigkeit. 384. Bericht über die Tätigkeit. 385. Bericht über die Tätigkeit. 386. Bericht über die Tätigkeit. 387. Bericht über die Tätigkeit. 388. Bericht über die Tätigkeit. 389. Bericht über die Tätigkeit. 390. Bericht über die Tätigkeit. 391. Bericht über die Tätigkeit. 392. Bericht über die Tätigkeit. 393. Bericht über die Tätigkeit. 394. Bericht über die Tätigkeit. 395. Bericht über die Tätigkeit. 396. Bericht über die Tätigkeit. 397. Bericht über die Tätigkeit. 398. Bericht über die Tätigkeit. 399. Bericht über die Tätigkeit. 400. Bericht über die Tätigkeit. 401. Bericht über die Tätigkeit. 402. Bericht über die Tätigkeit. 403. Bericht über die Tätigkeit. 404. Bericht über die Tätigkeit. 405. Bericht über die Tätigkeit. 406. Bericht über die Tätigkeit. 407. Bericht über die Tätigkeit. 408. Bericht über die Tätigkeit. 409. Bericht über die Tätigkeit. 410. Bericht über die Tätigkeit. 411. Bericht über die Tätigkeit. 412. Bericht über die Tätigkeit. 413. Bericht über die Tätigkeit. 414. Bericht über die Tätigkeit. 415. Bericht über die Tätigkeit. 416. Bericht über die Tätigkeit. 417. Bericht über die Tätigkeit. 418. Bericht über die Tätigkeit. 419. Bericht über die Tätigkeit. 420. Bericht über die Tätigkeit. 421. Bericht über die Tätigkeit. 422. Bericht über die Tätigkeit. 423. Bericht über die Tätigkeit. 424. Bericht über die Tätigkeit. 425. Bericht über die Tätigkeit. 426. Bericht über die Tätigkeit. 427. Bericht über die Tätigkeit. 428. Bericht über die Tätigkeit. 429. Bericht über die Tätigkeit. 430. Bericht über die Tätigkeit. 431. Bericht über die Tätigkeit. 432. Bericht über die Tätigkeit. 433. Bericht über die Tätigkeit. 434. Bericht über die Tätigkeit. 435. Bericht über die Tätigkeit. 436. Bericht über die Tätigkeit. 437. Bericht über die Tätigkeit. 438. Bericht über die Tätigkeit. 439. Bericht über die Tätigkeit. 440. Bericht über die Tätigkeit. 441. Bericht über die Tätigkeit. 442. Bericht über die Tätigkeit. 443. Bericht über die Tätigkeit. 444. Bericht über die Tätigkeit. 445. Bericht über die Tätigkeit. 446. Bericht über die Tätigkeit. 447. Bericht über die Tätigkeit. 448. Bericht über die Tätigkeit. 449. Bericht über die Tätigkeit. 450. Bericht über die Tätigkeit. 451. Bericht über die Tätigkeit. 452. Bericht über die Tätigkeit. 453. Bericht über die Tätigkeit. 454. Bericht über die Tätigkeit. 455. Bericht über die Tätigkeit. 456. Bericht über die Tätigkeit. 457. Bericht über die Tätigkeit. 458. Bericht über die Tätigkeit. 459. Bericht über die Tätigkeit. 460. Bericht über die Tätigkeit. 461. Bericht über die Tätigkeit. 462. Bericht über die Tätigkeit. 463. Bericht über die Tätigkeit. 464. Bericht über die Tätigkeit. 465. Bericht über die Tätigkeit. 466. Bericht über die Tätigkeit. 467. Bericht über die Tätigkeit. 468. Bericht über die Tätigkeit. 469. Bericht über die Tätigkeit. 470. Bericht über die Tätigkeit. 471. Bericht über die Tätigkeit. 472. Bericht über die Tätigkeit. 473. Bericht über die Tätigkeit. 474. Bericht über die Tätigkeit. 475. Bericht über die Tätigkeit. 476. Bericht über die Tätigkeit. 477. Bericht über die Tätigkeit. 478. Bericht über die Tätigkeit. 479. Bericht über die Tätigkeit. 480. Bericht über die Tätigkeit. 481. Bericht über die Tätigkeit. 482. Bericht über die Tätigkeit. 483. Bericht über die Tätigkeit. 484. Bericht über die Tätigkeit. 485. Bericht über die Tätigkeit. 486. Bericht über die Tätigkeit. 487. Bericht über die Tätigkeit. 488. Bericht über die Tätigkeit. 489. Bericht über die Tätigkeit. 490. Bericht über die Tätigkeit. 491. Bericht über die Tätigkeit. 492. Bericht über die Tätigkeit. 493. Bericht über die Tätigkeit. 494. Bericht über die Tätigkeit. 495. Bericht über die Tätigkeit. 496. Bericht über die Tätigkeit. 497. Bericht über die Tätigkeit. 498. Bericht über die Tätigkeit. 499. Bericht über die Tätigkeit. 500. Bericht über die Tätigkeit. 501. Bericht über die Tätigkeit. 502. Bericht über die Tätigkeit. 503. Bericht über die Tätigkeit. 504. Bericht über die Tätigkeit. 505. Bericht über die Tätigkeit. 506. Bericht über die Tätigkeit. 507. Bericht über die Tätigkeit. 508. Bericht über die Tätigkeit. 509. Bericht über die Tätigkeit. 510. Bericht über die Tätigkeit. 511. Bericht über die Tätigkeit. 512. Bericht über die Tätigkeit. 513. Bericht über die Tätigkeit. 514. Bericht über die Tätigkeit. 515. Bericht über die Tätigkeit. 516. Bericht über die Tätigkeit. 517. Bericht über die Tätigkeit. 518. Bericht über die Tätigkeit. 519. Bericht über die Tätigkeit. 520. Bericht über die Tätigkeit. 521. Bericht über die Tätigkeit. 522. Bericht über die Tätigkeit. 523. Bericht über die Tätigkeit. 524. Bericht über die Tätigkeit. 525. Bericht über die Tätigkeit. 526. Bericht über die Tätigkeit. 527. Bericht über die Tätigkeit. 528. Bericht über die Tätigkeit. 529. Bericht über die Tätigkeit. 530. Bericht über die Tätigkeit. 531. Bericht über die Tätigkeit. 532. Bericht über die Tätigkeit. 533. Bericht über die Tätigkeit. 534. Bericht über die Tätigkeit. 535. Bericht über die Tätigkeit. 536. Bericht über die Tätigkeit. 537. Bericht über die Tätigkeit. 538. Bericht über die Tätigkeit. 539. Bericht über die Tätigkeit. 540. Bericht über die Tätigkeit. 541. Bericht über die Tätigkeit. 542. Bericht über die Tätigkeit. 543. Bericht über die Tätigkeit. 544. Bericht über die Tätigkeit. 545. Bericht über die Tätigkeit. 546. Bericht über die Tätigkeit. 547. Bericht über die Tätigkeit. 548. Bericht über die Tätigkeit. 549. Bericht über die Tätigkeit. 550. Bericht über die Tätigkeit. 551. Bericht über die Tätigkeit. 552. Bericht über die Tätigkeit. 553. Bericht über die Tätigkeit. 554. Bericht über die Tätigkeit. 555. Bericht über die Tätigkeit. 556. Bericht über die Tätigkeit. 557. Bericht über die Tätigkeit. 558. Bericht über die Tätigkeit. 559. Bericht über die Tätigkeit. 560. Bericht über die Tätigkeit. 561. Bericht über die Tätigkeit. 562. Bericht über die Tätigkeit. 563. Bericht über die Tätigkeit. 564. Bericht über die Tätigkeit. 565. Bericht über die Tätigkeit. 566. Bericht über die Tätigkeit. 567. Bericht über die Tätigkeit. 568. Bericht über die Tätigkeit. 569. Bericht über die Tätigkeit. 570. Bericht über die Tätigkeit. 571. Bericht über die Tätigkeit. 572. Bericht über die Tätigkeit. 573. Bericht über die Tätigkeit. 574. Bericht über die Tätigkeit. 575. Bericht über die Tätigkeit. 576. Bericht über die Tätigkeit. 577. Bericht über die Tätigkeit. 578. Bericht über die Tätigkeit. 579. Bericht über die Tätigkeit. 580. Bericht über die Tätigkeit. 581. Bericht über die Tätigkeit. 582. Bericht über die Tätigkeit. 583. Bericht über die Tätigkeit. 584. Bericht über die Tätigkeit. 585. Bericht über die Tätigkeit. 586. Bericht über die Tätigkeit. 587. Bericht über die Tätigkeit. 588. Bericht über die Tätigkeit. 589. Bericht über die Tätigkeit. 590. Bericht über die Tätigkeit. 591. Bericht über die Tätigkeit. 592. Bericht über die Tätigkeit. 593. Bericht über die Tätigkeit. 594. Bericht über die Tätigkeit. 595. Bericht über die Tätigkeit. 596. Bericht über die Tätigkeit. 597. Bericht über die Tätigkeit. 598. Bericht über die Tätigkeit. 599. Bericht über die Tätigkeit. 600. Bericht über die Tätigkeit. 601. Bericht über die Tätigkeit. 602. Bericht über die Tätigkeit. 603. Bericht über die Tätigkeit. 604. Bericht über die Tätigkeit. 605. Bericht über die Tätigkeit. 606. Bericht über die Tätigkeit. 607. Bericht über die Tätigkeit. 608. Bericht über die Tätigkeit. 609. Bericht über die Tätigkeit. 610. Bericht über die Tätigkeit. 611. Bericht über die Tätigkeit. 612. Bericht über die Tätigkeit. 613. Bericht über die Tätigkeit. 614. Bericht über die Tätigkeit. 615. Bericht über die Tätigkeit. 616. Bericht über die Tätigkeit. 617. Bericht über die Tätigkeit. 618. Bericht über die Tätigkeit. 619. Bericht über die Tätigkeit. 620. Bericht über die Tätigkeit. 621. Bericht über die Tätigkeit. 622. Bericht über die Tätigkeit. 623. Bericht über die Tätigkeit. 624. Bericht über die Tätigkeit. 625. Bericht über die Tätigkeit. 626. Bericht über die Tätigkeit. 627. Bericht über die Tätigkeit. 628. Bericht über die Tätigkeit. 629. Bericht über die Tätigkeit. 630. Bericht über die Tätigkeit. 631. Bericht über die Tätigkeit. 6

Karl Marx über die Judenfrage.

(Fortsetzung.)

Durch den Begriff der Sicherheit erhebt sich die bürgerliche Gesellschaft nicht über ihren Egoismus. Die Sicherheit ist vielmehr die Versicherung ihres Egoismus.

Keines der sogenannten Menschenrechte geht also über den egoistischen Menschen hinaus, über den Menschen, wie er Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, nämlich auf sich, auf sein Privatinteresse und seine Privatwillkür zurückgegriffenes und vom Gemeinwesen abgesondertes Individuum ist. Weit entfernt daß der Mensch in ihnen als Gattungswesen aufgefaßt wurde, erkennt vielmehr das Gattungswesen selbst, die Gesellschaft, als ein den Individuen äußerlicher Rahmen, als Beschränkung ihrer ursprünglichen Selbstständigkeit. Das einzige Band, das sie zusammenhält, ist die Notwendigkeit, das Bedürfnis und das Privatinteresse, die Konvention ihres Eigentums und ihrer egoistischen Person.

Es ist schon räthselhaft, daß ein Volk, welches eben beginnt sich zu befreien, alle Barrieren zwischen den verschiedenen Volkstheilen niederzureißen, ein politisches Gemeinwesen zu gründen, doch ein solches Volk die Verechtigung des egoistischen, vom Gemeinwesen abgesonderten Menschen feierlich proklamirt (Decl. de 1791), ja diese Proklamation in einem Augenblicke wiederholt, wo die herrschende Umgebung allein die Nation retten kann und daher gebieterisch verlangt wird, in einem Augenblicke, wo die Aufopferung aller Interessen der bürgerlichen Gesellschaft zur Tagesordnung erhoben und der Egoismus als ein Verbrechen bestraft werden muß. (Decl. des droits de l'homme etc. de 1793. [Erklärung der Rechte der Menschen und Bürgerrechte von 1793.] Noch räthselhafter wird diese Thatsache, wenn wir sehen, daß das Staatsbürgerthum, das politische Gemeinwesen von den politischen Emanzipatoren sogar zum bloßen Mittel für die Erhaltung dieser sogenannten Menschenrechte herabgesetzt, daß also der citoyen (Bürger) zum Diener des egoistischen homo [Mensch] erklärt, die Sphäre, in welcher der Mensch sich als Gemeinwesen verhält, unter die Sphäre, in welcher er sich als Teilnehmer verhält, degradirte, endlich nicht der Mensch als citoyen, sondern der Mensch als bourgeois für den eigentlichen und wahren Menschen genommen wird.

„La but de toute association politique est la conservation des droits naturels imprescriptibles de l'homme.“ (Decl. des droits etc. de 1791 Art. 2.) [„Das Ziel jeder politischen Vereinigung ist die Erhaltung der natürlichen und unverjährbaren Rechte des Menschen.“] (Decl. des Menschen- und Bürgerrechte von 1791 Art. 2.) „Le gouvernement est institué pour garantir à l'homme la jouissance de ses droits naturels et imprescriptibles.“ (Decl. etc. de 1793 Art. 1.) [„Die Regierung ist eingesetzt, um dem Menschen den Genuß seiner natürlichen und unverjährbaren Rechte zu sichern.“] (Art. 1. von 1793 Art. 1.) Also selbst in den Momenten seines noch jugendlichen und durch den Trieb der Umstände auf die Spitze getriebenen Enthusiasmus, erklärt sich das politische Leben für ein bloßes Mittel, dessen Zweck das Leben der bürgerlichen Gesellschaft ist. Zwar ist seine revolutionäre Praxis in flagrantem Widerspruch mit seiner Theorie. Während zum Beispiel die Sicherheit als ein Menschenrecht erklärt wird, wird die Verletzung des Briefgeheimnisses öffentlich als die Tagesordnung gesetzt. Während die liberté indéfinie de la presse“ (Const. de 1793 art. 122) [„unbeschränkte Pressefreiheit“] (Verf. von 1793 Art. 122) als Konsequenz des Menschenrechts, der individuellen Freiheit, garantiert wird, wird die Pressefreiheit vollständig vernichtet, denn „la liberté de la presse ne doit pas être permise lorsqu'elle compromet la liberté publique.“ (Robespierre jeune, hist. parlém. de la rev. franç. par Buchoz et Roux. T. 28 p. 135) [„die Pressefreiheit darf nicht erlaubt werden, sobald sie die öffentliche Freiheit kompromittirt.“] (Robespierre der Jüngere, Parlamentarische Geschichte der französischen Revolution von Buchez und Roux, B. 28 S. 135), d. h. also: das Menschenrecht der Freiheit hört auf ein Recht zu sein, sobald es mit dem politischen Leben in Konflikt tritt, während der Theorie noch das politische Leben nur die Garantie der Menschenrechte, der Rechte des individuellen Menschen ist, also ausgeübt werden muß, sobald es seinen Zweck, diesen Menschenrechten widerspricht. Aber die Praxis ist nur die Ausnahme und die Theorie ist die Regel. Will man aber selbst die revolutionäre Praxis als die richtige Stellung des Verhältnisses betrachten, so bleibt immer noch das Räthsel zu lösen, warum im Verwahrnis der politischen Emanzipatoren das Verhältniß auf den Kopf gestellt ist und der Zweck als Mittel, das Mittel als Zweck erscheint. Diese optische Täuschung ihres Bewußtseins wäre immer noch dasselbe Räthsel, obgleich dann ein psychologisches, ein theoretisches Räthsel.

Das Räthsel löst sich einfach. Die politische Emanzipation ist zugleich die Auflösung der alten Gesellschaft, auf welcher das Volk entfremdetes Staatswesen, die Herrschermacht, ruht. Die politische Revolution ist die Revolution der bürgerlichen Gesellschaft. Welches war der Charakter der alten Gesellschaft? Ein Wort charakterisirt sie. Die Feudalität. Die alte bürgerliche Gesellschaft hatte ein unmittelbar einen politischen Charakter, d. h. die Elemente des bürgerlichen Lebens, wie z. B. der Besitz oder die Familie oder die Art und Weise der Arbeit, waren in der Form der Grundbesitzlichkeit, des Standes und der Korporation zu den Elementen des Staatslebens erhoben. Sie bestimmten in dieser Form das Verhältniß des einzelnen Individuums zum Staatsganzen, d. h. sein politisches Verhältniß, d. h. sein Verhältniß der Trennung und Ausschließung von den anderen Bestandtheilen der Gesellschaft. Denn jene Organisation des Volkslebens erhob den Besitz oder die Arbeit nicht zu sozialen Elementen, sondern vollendete vielmehr ihre Trennung von dem Staatsganzen, und konstituirte sie zu besonderen in Gesellschaften in der Gesellschaft. So waren insbesondere noch die Lebensfunktionen und Lebensbedingungen der bürgerlichen Gesellschaft politisch, wenn auch politisch im Sinne der Feudalität, d. h. sie schlossen das Individuum vom Staatsganzen ab, sie verwandelten das besondere Verhältniß seiner Korporation zum Staatsganzen in sein allgemeines Verhältniß zum Volksleben, wie seine bestimmte bürgerliche Thätigkeit und Situation in seine allgemeine Thätigkeit und Situation. Als Konsequenz dieser Organisation erscheint notwendig die Staatsmacht, die allgemeine Staatsmacht, ebenfalls als besondere Angelegenheit eines von dem Volk abgeschiedenen Herrschers und seiner Diener.

Die politische Revolution, welche diese Herrschermacht stürzte und die Staatsangelegenheiten zu Volksangelegenheiten erhob, welche den politischen Staat als allgemeine Angelegenheit, d. h. als wirklichen Staat konstituirte, zerstückte notwendig alle Stände, Korporationen, Innungen, Privilegien, die eben so viele Wurzeln der Trennung des Volkes von seinem Gemeinwesen waren. Die politische Revolution hob damit den politischen Charakter der bürgerlichen Gesellschaft auf. Sie zerstückte die bürgerliche Gesellschaft in ihre einfachen

Bestandtheile, einerseits in die Individuen, andererseits in die materiellen und geistigen Elemente, welche den Lebensinhalt, die bürgerliche Situation dieser Individuen bilden. Sie entfestelte den politischen Geist, der gleichsam in die verschiedenen Sackgassen der feudalen Gesellschaft zertheilt, zerlegt, zerlaufen war; sie sammelte ihn aus dieser Zerstreung, sie befreite ihn von seiner Vermischung mit dem bürgerlichen Leben, und konstituirte ihn als die Sphäre des Gemeinwesens, der allgemeinen Volksangelegenheiten in idealer Unabhängigkeit von jenen besonderen Elementen des bürgerlichen Lebens. Die bestimmte Lebensfähigkeit und die bestimmte Lebenssituation sanken zu einer nur individuellen Bedeutung herab. Sie bildeten nicht mehr das allgemeine Verhältniß des Individuums zum Staatsganzen. Die öffentliche Angelegenheit als solche ward vielmehr zur allgemeinen Angelegenheit jedes Individuums und die politische Funktion zu seiner allgemeinen Funktion.

Allein die Vollendung des Idealismus des Staats war zugleich die Vollendung des Materialismus der bürgerlichen Gesellschaft. Die Abschüttelung des politischen Jochs war zugleich die Abschüttelung der Bande, welche den egoistischen Geist der bürgerlichen Gesellschaft gefesselt hielten. Die politische Emanzipation war zugleich die Emanzipation der bürgerlichen Gesellschaft von der Politik, von dem Staat selbst eines allgemeinen Inhalts.

Die feudale Gesellschaft war aufgelöst in ihren Grund in den Menschen. Aber in den Menschen, wie er wirklich ihr Grund war, in den egoistischen Menschen.

Dieser Mensch, das Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, ist nun die Basis, die Voraussetzung des politischen Staats. Er ist von ihm als solche anerkannt in den Menschenrechten.

Die Freiheit des egoistischen Menschen und die Anerkennung dieser Freiheit ist aber vielmehr die Anerkennung der aufgelösten Bewegung der geistigen und materiellen Elemente, welche seinen Lebensinhalt bilden.

Der Mensch wurde daher nicht von der Religion befreit, er erhielt die Religionsfreiheit. Er wurde nicht vom Eigenthum befreit. Er erhielt die Freiheit des Eigenthums. Er wurde nicht von dem Egoismus des Gewerbes befreit, er erhielt die Gewerbefreiheit.

Die Konstitution des politischen Staats und die Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft in die unabhängigen Individuen — deren Verhältniß das Recht ist, wie das Verhältniß der Standes- und Innungsmenschen das Privilegium war — vollzieht sich in einem und demselben Akte. Der Mensch, wie er Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft ist, der unpolitische Mensch erscheint aber notwendig als der natürliche Mensch. Die droits de l'homme [Menschenrechte] erscheinen als droits naturels [natürliche Rechte, Naturrechte], denn die selbstbewusste Thätigkeit konzentriert sich auf den politischen Akt. Der egoistische Mensch ist das passive, nur vorgeschundene Resultat der aufgelösten Gesellschaft, Gegenstand der unmittelbaren Gewisheit, also natürlicher Gegenstand. Die politische Revolution löst das bürgerliche Leben in seine Bestandtheile auf, ohne diese Bestandtheile selbst zu revolutionären und der Kritik zu unterwerfen. Sie verhält sich zur bürgerlichen Gesellschaft, zur Welt der Bedürfnisse, der Arbeit, der Privatinteressen, des Privatrechts als zur Grundlage ihres Bestehens, als zu einer nicht weiter begründeten Voraussetzung, daher als zu ihrer Naturbasis. Endlich ist der Mensch, wie er Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft ist, für den eigentlichen Menschen, für den homo [Mensch] im Unterschied von dem citoyen [Bürger], weil er der Mensch in seiner sinnlichen Individuen nächsten Existenz ist, während der politische Mensch nur der abstrakte, künstliche Mensch ist, der Mensch als eine allegorische, moralische Person. Der wirkliche Mensch ist erst in der Gestalt des egoistischen Individuums, der wahre Mensch erst in der Gestalt des abstrakten citoyen [Bürger] anerkannt.

Die Abstraktion des politischen Menschen schildert Rousseau richtig also:

„Celui qui ose entreprendre d'instituer un peuple doit se sentir en état de changer, pour ainsi dire la nature humaine, de transformer chaque individu, qui par lui-même est un tout parfait et solitaire en partie d'un plus grand tout, dont cet individu reçoit en quelque sorte sa vie et son être, de substituer une existence partielle et morale à l'existence physique et indépendante. Il faut qu'il ôte à l'homme ses forces propres pour lui en donner qui lui soient étrangères et dont il ne puisse faire usage sans le secours d'autrui.“ (Cont. Soc. liv. II, Londr. 1757, p. 67.)

[„Wer es wagt, ein Volk zu gründen, d. h. mit politischen Einrichtungen zu versehen, muß sich im Stande fühlen, so zu sagen die menschliche Natur zu verändern, jedes Individuum, welches für sich ein vollendetes und einzelnes Wesen ist, zu einem Theile eines größeren Ganzen umzuschaffen, aus dem dieses Individuum gewissermaßen erst Leben und Wesen erhält, an die Stelle des leiblichen und unabhängigen Daseins ein nur theilweises und geistiges Dasein zu setzen. Er muß dem Menschen die ihm eigen thümlichen Kräfte nehmen, um ihm andere zu geben, welche seiner Natur fremd sind und von denen er ohne den Bestand anderer keinen Gebrauch machen kann.“] (Gesellschaftsvertrag, Buch II, London 1757, S. 67.)

Alle Emanzipation ist Zurückführung der menschlichen Welt, der Verhältnisse, auf den Menschen selbst. Die politische Emanzipation ist die Reduktion des Menschen, einerseits auf das Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, auf das egoistische unabhängige Individuum, andererseits auf den Staatsbürger, auf die moralische Person.

Erst wenn der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt und als individueller Mensch in seinem empirischen Leben, in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen, Verhältnissen Gattungswesen geworden ist, erst, wenn der Mensch seine „forces propres“ [eigenen Kräfte] als gesellschaftliche Kräfte erlangt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der politischen Kraft vor sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht.

(Fortsetzung folgt.)

Gerichts-Beitrag.

Eine in mehrfacher Beziehung interessante Verhandlung fand gestern vor der I. Strafkammer des Landgerichts I statt. Auf der Anklagebank befanden sich der Buchdrucker Hermann Wegener und die Handelsleute Heinrich Hahn und Wilhelm Delloff, von denen der Erstere des Betruges in Rücksicht, begangen durch Extrablatt-Schwindel, und der Hülfeleistung zum Ver-

gehen gegen das Sozialistengesetz beschuldigt war. Die beiden Mitangeklagten sollten dadurch gegen das Sozialistengesetz verstoßen haben, daß sie die von Wegener hergestellten Extrablätter ohne polizeiliche Erlaubniß verbreiteten. Am 14. Dezember vorigen Jahres wurden die Angeklagten Hahn und Delloff angehalten, als sie in einer der entlegenen Straßen ihr „Neuestes!“ ausriefen. Es zeigte sich, daß das von ihnen vertriebene „Extrablatt“ etwas Neues überhaupt nicht enthielt, denn der Inhalt desselben deckte sich fast wörtlich mit demjenigen eines Extrablattes, welches Wegener bereits vor zwei Monaten in gleicher Weise hatte verbreiten lassen und wofür er bereits vor einigen Monaten bestraft wurde, weil auch das erste Extrablatt etwas Neues nicht enthielt. Die einzige Abweichung bestand in dem Bulletin über das Befinden des Königs von Holland, hier war der Zustand des Patienten als gefährlicher hingestellt worden, als in dem früheren Blatte. Da die beiden Ausrufer von vorn herein behaupteten, sie hätten sich um den Inhalt des Blattes gar nicht gekümmert, so ist gegen sie eine Anklage wegen Betruges nicht erhoben worden. Aber auch der Angeklagte Wegener behauptete im Termine, daß er des Betruges nicht schuldig sei, denn das, was er über den Zustand des Königs von Holland mitgetheilt habe, sei eine Neugierigkeit gewesen, die der Stadt Berlin bis dahin noch verborgen war. Als seinen Gewährsmann gab er einen früheren Schreiber und Boten der holländischen Gesandtschaft, Namens Karl Bode, an, der ihm sofort von dem Inhalte einer eingelaufenen Depesche Kenntniß gegeben habe. Derselbe wohne jetzt in Magdeburg, und beantrage er, diesen Zeugen zu laden. Der Gerichtshof sprach sein Verdicten darüber aus, daß der Angeklagte erst jetzt mit dieser Behauptung hervortrete, war aber der Ansicht, daß ihm dieser Entlastungsbeweis nicht abgebilligt werden könne. Staatsanwalt Unger gab der Vermuthung Ausdruck, daß Wegener die Sache nur verschleppen und möglicherweise sich der Strafe entziehen wolle, die bei den häufigen Rückfällen des Anklagten wegen Extrablatt-Schwindels nicht gering ausfallen könne. Er beantrage deshalb, ihn in Untersuchungshaft zu nehmen. Während der Verhandlung hierüber beriet, besann sich der Angeklagte eines Anderen, er erklärte dem Staatsanwalt, daß sein Einwand erfinden und er im vollen Umfange schuldig sei. Dies Geständniß wiederholte Wegener unter Thränen vor dem Gerichtshof. Er habe das fragliche Bulletin bereits mehrere Tage vorher in Berliner Blättern gefunden. Die bitterste Noth habe ihn zu dem Betrüge getrieben, seine Ehefrau sei krank gewesen, er habe seinen Pionier im Hause gehabt. Der Staatsanwalt Unger beantragte, ihn wegen des Betruges mit drei Monaten Gefängniß zu bestrafen und außerdem alle drei Angeklagte wegen Vergehens gegen das Sozialistengesetz zu je 30 M. zu verurtheilen. Den letzteren Antrag begründete der Staatsanwalt in längerer Ausführung. Es könne die Frage aufgeworfen werden, ob mit dem Erlöschen des Sozialistengesetzes auch diejenigen Vergehen und Uebertretungen kraftlos geworden seien, die nach dem Erlöschen des Gesetzes zur Aburtheilung gelangen. Er sei der entgegengesetzten Ansicht. Das Sozialistengesetz sei nicht ein durch ein anderes Gesetz ersetzt, sondern nur eine Norm, die für eine bestimmte Zeitdauer gegeben sei. Mit dem Eintritt dieses Zeitablaufs höre es einfach auf, zu bestehen. Der Absatz 1 des § 2 des Strafgesetzbuchs bestimme, daß bei der Verschiedenheit der Gesetze von der Zeit der begangenen Handlung bis zu deren Aburtheilung das mildeste Gesetz zur Anwendung gelangen solle. Dies lasse doch einen Schluß auf eine eintretende Strafflosigkeit nicht zu, sondern es sei ausdrücklich von einer Verschiedenheit der Gesetze die Rede. Auf das Sozialistengesetz sei dieser Passus daher nicht anwendbar, hier müsse auch nach dem Erlöschen des Gesetzes eine Bestrafung der Verbrechen gegen dasselbe erfolgen, welches auch dem Gerechtigkeitsgeföhle entspreche, denn sonst würde der eine für eine Straftat frei ausgehen, für welche ein Anderer hatte büßen müssen. Der Staatsanwalt bezog sich auf die Kommentare verschiedener Autoritäten, sowie auf Professor Winding's Handbuch des Staatsrechts, wodurch seine Anschauung unterstügt würde. — Nach längerer Beratung erkannte der Gerichtshof dahin, daß wegen des Vergehens gegen das Sozialistengesetz das Verfahren einzustellen sei. Der Gerichtshof verkenne nicht, daß die Frage schwierig und zweifelhaft sei, aber er sei doch zu der Ansicht gelangt, daß man dem alten römischen Rechtsgrundsatz „nulla poena sine lege“ (ohne Gesetz keine Strafe) folgen müsse. Wo kein Gesetz sei, könne auch nicht bestraft werden.

Wegen des Betruges wurde Wegener zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt.

Versammlungen.

Der Fachverein der Steinmehlen feierte am Sonntag, den 11. Oktober, im großen Saale der Wollmanncrlei sein neuntes Stiftungsfest. Trotzdem in den letzten Wochen auf den größeren Plätzen große Entlassungen stattgefunden hatten (auf einigen Plätzen sogar 40—45 Mann auf ein Mal) und diese Entlassungen jedenfalls darun gegeben waren, damit der Saal leer bleiben sollte, mußten um 9 Uhr doch schon die Tische und Stühle gerückt werden, damit mehr Platz geschaffen wurde. Um 10 Uhr war der Saal fast überfüllt. Als nun eine Pause eingetreten war, wurden verschiedene Vorträge gehalten und mit der größten Freude wurde der von den Steinmehlen erst kürzlich gegründete Gefangenenverein angenommen. Verschiedene hatten nun gehofft, es würde nach der Pause etwas leer werden, aber sie hatten sich verrechnet, denn es wich keiner von dannen und so hielt uns das Fest bis zum frühen Morgen in der besten Gemüthsstimmung zusammen. Zur Erhöhung der feierlichen Stimmung trugen die Glückwunsch-Telegramme aus Halle, Freiberg, Dresden, Essen, Trier, Karlsruhe, Breslau, München, Münster, Magdeburg, Schanbau und Bielefeld vieles bei. Dieselben wurden mit einem dreifachen Hoch aufgenommen und den Kollegen der Dank dafür ausgesprochen. Hoffentlich wird es im nächsten Jahre zum unfernen 10. Stiftungsfest in Berlin keinen Steinmehlen mehr geben, der nicht dem Fachverein angehört.

Der Verein Berliner Hausdiener hielt am 18. d. M. bei Jordan, Neue Grünstr. 23, eine außerordentliche Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Mittheilung des Jahresberichts. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Wahl des Festkomitees, der Revisoren und des Ehrenrathes. 4. Verschiedenes und Prolegomena. — Zu Punkt 1 wurde beschlossen, das Versammlungslokal Neue Grünstr. 23, welches jetzt unter Sperre steht, für immer zu meiden und die Vereinsversammlungen anderweitig abzuhalten. Es kamen um 8 Unterstützungsgeföhle zur Verhandlung. 2 Kollegen wurden je 20 M. bewilligt, die dritte Angelegenheit wurde dem Vorstand überlassen. — Zu Punkt 2 gab der Nendant den Jahresbericht, welcher sich folgendermaßen nekte: Die Gesamteinnahme betrug in diesem Jahre 9018,23 M. An laufenden Unterhaltungen wurden gezahlt 883,50 M. Für Extra-Unterhaltungen 680 M. Für Streit-Angelegenheiten 90 M. An Sterbe-Unterhaltungen wurden gezahlt für Erwachsene 550 M., für Kinder 1225 M. Ueberschuß von den Festen waren 1610,70 M. Daraus wurde der Bericht über die Stellenermittlung gegeben.

Es wurden im laufenden Geschäftsjahre von Kollegen gemeldet 272, von Firmen 488, Summa 760 Stellen. Befragt wurden 101 Stellen. — Hieraus machte der Vorsitzende bekannt, daß die Steuerunterstützungen in diesem Jahre für Erwachsene 60 M., für Kinder 30 M. betragen. Hieraus wurde der Bericht der Revisoren verlesen, aus dem hervorging, daß Bücher und Belege gleichlautend und stimmend befunden wurden und wurde hierauf dem Gesamtvorstand Decharge erteilt.

Nachdem der Obmann vom Ehrenrath über die Thätigkeit desselben vom verfloffenen Jahre Mittheilung gemacht hatte, wurden die 12 Kollegen verlesen, die sich hatten einschreiben lassen, und hieß der Vorsitzende dieselben in dem Verein willkommen. Es wurde nun zur Wahl des Festkomitees geschritten und wurden die Kollegen Paul, W. Arndt, Wölke, v. Dannischewitz und Dobrabi als Festkomitee gewählt.

Als Revisoren wurden auf Antrag Paul die Kollegen Picket, Mertens und Hilbrandt wiedergewählt.

Auf Antrag Köpfe wurden nachbenannte Kollegen Picket, Vorhardt, Stahlberg, Mertens und Freiberg in den Ehrenrath wiedergewählt.

Als Kontrolleure wurden gewählt die Kollegen Artmann und Handke.

Unter „Verschiedenes“ wurde bekannt gemacht, daß am 17. d. M. eine Generalversammlung der Krankenkasse stattfindet. Auf Antrag Prill wurde beschlossen, das „Berliner Volksblatt“ im Vereinsbureau anzulegen.

Nachdem bekannt gemacht war, daß die nächste Versammlung am 27. Oktober stattfindet, wurde die Versammlung um 1 Uhr geschlossen.

In der Mitglieder-Versammlung des Allgemeinen Metallarbeiter-Vereins Berlins und Umgegend bei Menz, Kammstraße, sprach Herr Sander mann über: „Jedem der volle Ertrag seiner Arbeit — eine Utopie?“ unter dem Beifall der Anwesenden. In der Diskussion wies Kollege Gerisch darauf hin, daß auch im sozialen Staat der Arbeiter nicht den vollen Ertrag seiner Arbeit erhalten wird, da er auch hier einen Beitrag zu den Staatsausgaben beitragen muß; doch laufe dieses nur auf eine reine Doktorfrage hinaus. Heute entfallen nur knapp 50 pCt. des Ertrages der Arbeit auf den Arbeiter. Dem kann in der heutigen Gesellschaft nur durch festes Zusammenstehen aller Arbeiter entgegen getreten werden. Unter „Verschiedenes“ wurde die Aktiengesellschaft vormalig Endwig Löwe ins rechte Licht gestellt. Trotz der schlechten Geschäftslage vertheilte dieselbe 16 pCt. Dividende, dennoch folge Lohnabzug auf Lohnabzug, ja sogar ist für die Nacharbeit noch ein Extra-Inspektor eingestellt worden. Ferner wurde den Kollegen der Schlächtermeister Rehrberg, Oberbergerstraße, empfohlen. Derselbe hat einen anderen Meister veranlaßt, einen Gefellen zu entlassen, weil derselbe Mitglied des Schlächter-Fachvereins war. Ein Kollege führte an, daß in der Fabrik, wo er arbeite, wieder die 10stündige Arbeitszeit eingeführt sei; die Arbeitszeit war nach dem 1. Mai 9 Stunden. Die Kollegen hatten sich in dieser Angelegenheit an den Vorsitzenden gewendet, doch wurde ihnen gesagt, es könne jetzt keine Abhilfe geschaffen werden, vielleicht liege sich in Güte etwas erreichen. Kollege Hartmann erwidert, er halte seinen Bescheid aufrecht; die dort arbeitenden Kollegen arbeiten 58 Stunden die Woche, die meisten Kollegen dagegen 60 Stunden. Wohin sollte es führen, würden wir in dieser schlechten Zeit wegen dieser Angelegenheit in einen Streik eintreten. Es würden wohl sehr wenig Unterstüzungen einlaufen. Ferner wurde der Wunsch ausgesprochen, auch die weiblichen Metallarbeiter zur Organisation heranzuziehen. Entgegen wurde, daß dieses unter dem heutigen Vereinsgesetz nicht möglich ist. Die Arbeiterinnen mögen sich selbst eine Organisation gründen. Es wurde noch bekannt gegeben, daß vom Vertrauensmann der Metallarbeiter Sammelkarten ausgegeben sind für den Unterstüzungs- und Agitationsfond. Jeder Kollege möge sich recht rege daran beteiligen. Kollege Hartmann empfiehlt dies auch, betont aber, daß der Verein mit diesen Karten nichts zu thun habe. Nachdem noch zur rechtigen Benutzung der Bibliothek aufgefordert wurde, macht der Vorsitzende bekannt, daß die nächste Versammlung im Süden stattfindet. Mit der

Aufforderung, für regeren Besuch der Versammlungen zu agitieren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen tagte am Sonntag, den 12. Oktober, Abends, in den Zentral-Feisalen, Oranienstr. 180. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag des Herrn J. Türk über: „Die ländliche Arbeiterfrage.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zur Leitung der Versammlung wurden Herr Friede, Frau Sumann und Herr Tschernig gewählt. Die bis auf den letzten Stehplatz gefüllte Versammlung folgte dem höchst interessanten Vortrag mit der größten Aufmerksamkeit. Die darauf folgende Diskussion beförderte geradezu empörende Mißstände zu Tage, die am Ende des 19. Jahrhunderts auf dem Lande noch vorkommen. In der Diskussion sprachen die Herren Böschke, Lichtenheim, Treuberg, Geffrois, Schlüter, Erdmann und Lindrich. Zum dritten Punkt „Verschiedenes“ gelangt zunächst ein Antrag von Herrn Weidner zur einstimmigen Annahme, den auch Herr Lichtenheim warm empfahl. Derselbe lautet: „Die Versammlung wolle beschließen, das Bureau zu beauftragen, ein Begrüßungstelegramm zu verfassen und an den Kongreß nach Halle zu schicken.“ Ein Antrag, nächsten Sonntag keine Versammlung für Männer und Frauen einzuberufen, weil in der darauffolgenden Woche eine öffentliche Versammlung für Frauen einzuberufen werden soll, in welcher Frau Jhrer über den Kongreß zu Halle Bericht erstatten soll, wurde abgelehnt. Nachdem Herr Geffrois noch die Anwesenenden auf den Leitartikel des „Berliner Volksblatt“ Nr. 235 aufmerksam gemacht und Jedermann, der auf dem Lande Verwandte habe, ermahnt hatte, denselben dieses Blatt zuzuschicken, schloß der Vorsitzende die Versammlung um 9 1/2 Uhr.

Eine öffentliche Versammlung aller in der Bekleidungs-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen fand am 14. Oktober bei Feuerstein unter dem Vorsitz des Herrn Pfeiffer, der Frau Schwarz und des Herrn Lorenz statt. Die Versammlung war gut besucht. Auf der Tagesordnung stand: 1. Die Verunsicherung in unserem Gewerbe. Referent: Fräulein Wabnitz. 2. Diskussion. 3. Erweiterung der Lohnkommission. 4. Lohn- und Geschäftspraktiken der Firmen Hoffmann, Solms und Husfeldt. — Auf einen Antrag hin kam der 3. Punkt der Tagesordnung seiner Wichtigkeit wegen zuerst zur Verhandlung. Ueber diesen Punkt entspann sich eine, theilweise zu äusserst Unerschlichkeit ausartende Diskussion. Es beteiligten sich hieran Fräulein Waader, Frau Schumme und die Herren Wisemann, Kulik, Schulze, Böckelberger, Pfeiffer und John. Von der einen Seite wurde die Auflösung aller im Gewerbe bestehenden Arbeiterkommissionen und an deren Stelle die Wahl einer allgemeinen Agitationskommission befürwortet; von anderer Seite dagegen das Bestehenbleiben der jetzigen Lohnkommission. Dieser Punkt der Tagesordnung wurde durch die Annahme (104 gegen 78 St.) folgender Resolution geschlossen. Resolution: „Die heute in Feuerstein's Salon tagende öffentliche Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Berliner Bekleidungsindustrie beschließt, um Einheitlichkeit in die Agitation zu bringen, daß alle bestehenden Kommissionen aufzulösen und eine dreizehnhedrige Agitationskommission zu wählen ist, welche die in der Bekleidungsindustrie herrschenden Mißstände in Betracht zu ziehen und öffentlich zur Diskussion zu stellen hat. Zur Unterstützung der Kommission sind in Werkstätten und Geschäften Delegierte zu wählen.“ Von der sofortigen Wahl der Kommission wurde abgesehen und das Bureau beauftragt, dazu eine öffentliche Versammlung einzuberufen. — Ein eingelaufener Antrag, Pfeiffer in öffentlichen Versammlungen nicht mehr den Vorsitz führen zu lassen, wurde mit allen Stimmen gegen drei abgelehnt. Hierauf hielt Fräulein Wabnitz ihren mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag, in welchem sie in eingehender Weise die gesundheitschädlichen Wirkungen des Gewerbes bloßlegte. Eine Diskussion fand hierüber nicht statt. Der vierte Punkt der Tagesordnung wurde der vorgeordneten Zeit wegen von derselben abgesehen und das Bureau beauftragt, denselben mit auf die Tagesordnung der nächsten öffentlichen Versammlung zu setzen. Unter „Verschiedenes“ wurde beschlossen, ein Telegramm an den sozialdemokratischen Parteitag in Halle zu senden. Einer der Anwesenden erbot sich, dasselbe zu bezahlen. Herr Lorenz macht be-

kannt, daß sich, nach einem auf dem Schneiderkongreß gefaßten Beschlusse, jetzt auch Frauen und Mädchen in den Verband nehmen lassen können.

Der Frauen- und Mädchenverein für Weissenhof am Montag, den 13. Oktober, im Lokale des Herrn W. Gustav-Adolfstraße 142, eine Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: Vortrag des Herrn Klein über: „Das Glend und die Frauenbewegung“. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vorstandes. 4. Massenbericht. 5. Verschiedenes. Der Referent für seinen interessanten Vortrag reichlich Beifall. In Diskussion sprachen sich mehrere Redner im Sinne des Beschlusses aus. Unter „Verschiedenes“ wurde zunächst eine Resolution, treffs des „Berl. Volksblatt“, vorgelesen: „Da die meisten Zeitungen besonders der „Berliner Volksblätter“, nur die Interessen der Frauen verfolgen, möge die Versammlung beschließen, nur die Blätter zu lesen, welche die Arbeiterinteressen hochhalten.“ Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Hierauf wurde Wahl des Vorstandes geschritten. Frau Jabel wurde als Vorsitzende, Frau Wode als Kassierin und Frau Wölke als Schriftführerin gewählt. Nachdem die Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt und die Kassierin den Rechenschaftsbericht gelesen, erhielt der Referent das Schlusswort. Der Redner ließ alle Anwesenden auf, mit einzutreten in den Kampf für die Freiheit, Wahrheit, Brüderlichkeit.

Im Zentralverein der Haus- und Geschäftskollegen hielt Herr H. Bus einen Vortrag über J. J. Mordet mit großem Beifall aufgenommen wurde. Eine Diskussion folgte. Unter „Verschiedenes“ theilte Kollege Wendt, daß der nächste gefellige Abend am Dienstag, den 21. Oktober und die nächste Versammlung am 4. November stattfindet, wurden dann die Namen der 55 in den Verein neu aufgenommenen Kollegen verlesen, welche der Vorsitzende begrüßte und einer Ansprache zur ferneren kräftigen Agitation für den Verein anspornete. Nachdem nun noch einige Vereinsangelegenheiten zur Sprache erledigt und die im Fragekasten befindlichen Fragen beantwortet waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung der Möbelpolier Berlins und Umgegend tagte am Montag, den 8. Oktober, in der Andreasstraße 23 bei Holzmann mit folgender Tagesordnung: 1. Wie stellen sich die Möbelpolier zu einer Gesamtorganisation aller in der Holzbranche beschäftigten Arbeiter. Referent: Willarz. 2. Diskussion. 3. Bericht der Revisoren über die Rechnung vom Streik der Möbelpolier. 4. Verschiedenes. Referent legte die Vortheile einer Zentralisation eingehend und wies nach, daß gegenüber den Unternehmerkoalitionen große allgemeine Organisation geschaffen werden muß. Nach sehr ausgedehnter Diskussion wurde folgende vom Koll. Willarz gestellte Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, daß gegenüber den Unternehmerkoalitionen eine große allgemeine Organisation geschaffen wird. Die Versammlung erklärt aber, daß es durchaus notwendig ist, daß innerhalb einer großen Organisation der einzelnen Branchen eine Bewegungsfreiheit gelassen wird, daß sie ihre noch indifferenteren Kollegen ihrer Branche zur Organisation heranziehen können, so die Massen der ziel- und klassenbewußten Arbeiter zu mehr.“ Zum 3. Punkt der Tagesordnung gab die Rechnung den Bericht über die Abrechnung vom Streik. Es wurde beschlossen, die Abrechnung drucken zu lassen und an die einzelnen Stellen zu versenden. Derselbe wird auch als Anhang des „Berliner Volksblatt“ veröffentlicht werden. Darauf wurde Kassierer der Streikkommission, Kollege Lindner, Decharge erteilt. Da weiter nichts mehr vorlag, schloß der Vorsitzende die Versammlung um 12 1/2 Uhr.

Der Verein „Freie Volksbühne“ veranstaltet am Montag, den 17. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, für Mitglieder und Gäste Saale des Konzerthauses „Sansonci“, Kottbuserstraße 4a, eine Versammlung, in der Herr Schriftsteller Wilhelm Bölsche einen Vortrag über „Die Stützen der Gesellschaft“ von Henrik Ibsen halten wird. Am Sonntag, den 19. Oktober, Nachmittags 3 Uhr findet nur für Mitglieder die Vorstellung desselben Spiels im Ostend-Theater statt.

Große öffentl. Versammlung der Mitglieder der Berl. Kranken- und Begräbniss-Kasse für Frauen und Mädchen (E. S. Nr. 97)
am Sonntag, den 19. Oktober er., Nachmittags 4 1/2 Uhr, in Feuerstein's Salon, Alte Jakobstr. 75.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Christeller über: „Ernährung des Menschen unter besonderer Berücksichtigung der Krankenversicherung“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Gäste, Damen und Herren, sind willkommen.
Nach der Versammlung: **Gesellige Abendunterhaltung.**
F. A.: Friedrich Freudenreich.
NB. Die Wohnung des Kassiers, Herrn Köppen, ist Neuo Grünstrasse 39.

Fachv. der Marmor- u. Granitarbeiter.
Sonntag, den 19. Oktober, Vormittags 10 1/2 Uhr, in „Deigmüller's Salon“, Alte Jakobstrasse 48a:
Mitglieder - Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vierteljahres-Abrechnung. 2. Ermäßigung der monatlichen Beiträge. 3. Regelung des Arbeitsnachweises. 4. Diskussion über die Pflichten der Vertrauensleute. 5. Verschiedenes.
Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Freie Volksbühne.
Öffentliche Versammlung der Mitglieder heute, Freitag, den 17. Oktober, Abends 8 Uhr, im „Konzerthaus Sansonci“, Kottbuserstr. 4a.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn W. Bölsche über: „Die Stützen der Gesellschaft“, von Henrik Ibsen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Gäste haben Zutritt und werden vor und während der Versammlung Mitglieder zur 2. Abtheilung aufgenommen. Bei reger Beteiligung könnte noch im Laufe dieses Monats die nochmalige Aufführung der „Stützen der Gesellschaft“ für die 2. Abtheilung stattfinden.
Der Vorstand.

Albert Auerbach.
Kottbuser Damm 7 (nahe der Kottbuser Brücke).
Schuhe und Stiefel für Herren, Damen, Kinder.
Spezialität: **Herrenstiefel**, genagelt und auf Hand.
Große Auswahl in **Filshuhen** und **Filspantoffeln**.
Genossen empfehle mein Hutgeschäft. Führe nur Hüte mit Arbeiter-Kontrollmarken deutscher Hutmacher. — Bitte genau auf Firma zu achten: Köpenickerstraße 126, nahe der Adalbertstraße.
2380

Adolph Kehr.

Lassalle-, Marx-, Bebel-, Liebknecht-, Singer-Köpfen
als Cigarrenspitze, echt Meerschmann a 1,50 M. u. besser. Dieselben (Stereoskop) in Weichspitze a Dyd. 3 M., auf Pfeifenkopf a 1 M., ganze Pfeifen a 1. Preis, als Schlipsnadel in Perlmutter a 1,25 M., als Broche von Ebenholz a 2 M.
[2282] B. Günzel, Brunnenstr. 157.

Preisgekrönt! Sicherheits-Löthlampe.
Patent Dr. Paquelin
Für Benzin und Ligroin.
Beste Löthlampe.
In jeder Position zu benutzen. — Minimalhitze über 1200° Cels. — Keine Explosionsgefahr. — Unentbehrlich für Klempner, Kupferschmiede, Mechaniker, Rohrlieger, sowie Metallarbeiter aller Art. — Sehr geeignet zum Bandsäge-Löthen.
Berlin C., Burgstrasse 17.
NB. Nicht zu verwechseln mit ähnlichen Systemen.
Prospekte gratis und franco. 1205

Sophabezüge!
Neste v. 3 1/2 - 5 Meter spottbillig.
Emil Lefèvre, Oranienstr. 158.
Proben franco!
[744]

Emil Tiersch
Uhrenmacher
21-22 Brunnenstr. 21-22
(neben Greifenhagen)
empfiehlt sein großes Lager aller Arten Uhren, Goldwaaren u. Ketten zu soliden Preisen. 604
Reparaturen unter Garantie!

Nothab! A. Goldschmidt,
Spanbauerbrücke 6, am hiesigen Plage bekanntlich Größte Auswahl. Garantirt sicher brennende Tabake. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Nothabate sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spanbauerbr. 6, am Eadschen Markt. [746]

Nur 1 Mark.
Klagen, Eingaben, Rath in Prozessen, Einziehung von Forderungen. 995
Pollak, jetzt Georgenstr. 24 11.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.
eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. **Emil Heyn,**
Brunnenstraße 29, Hof parterre.
Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.
Ganze Ausstattungen empfiehlt
Moritz Gläser, 1451
167. Reichenbergerstr. 167.

Zahn-Atelier
Andreasstrasse 60 1 Treppe
Eingang Kleine Andreasstraße
Otto Arendt.
Schmerzloses Zahnziehen, Perrotböden, Plombiren, Anfertigung ganzer Gebisse und einzelner Zähne unter Garantie guter Ausführung bei soliden Preisen.

Münsterblätter für Laubjäger,
Schnitz-, Einlege- u. Holzmalereiarbeiten, 600 Nummern. Illust. Verz. 20 Bg. Mey u. Widmayer's Verlag in München.
Allen Freunden und Genossen empfehle mein
Tabak- und Cigarren-Geschäft
Skaltzerstrasse 68. **Otto Jahn.**

Allen Freunden und Genossen empfehle mein
Tabak- und Cigarren-Geschäft
Skaltzerstrasse 68. **Otto Jahn.**

Fachverein d. Putzer
Sonntag, d. 19. Oktob., Vorm. 11 Uhr, in den Bürgerkälen, Presbiterstr. 11.
außerordentliche
Mitglieder - Versammlung.
Tagesordnung:
1. Fortsetzung der Wahlen. 2. Dringende Rechtssachen. 3. Vereinsangelegenheiten. Statutenberatung und Verschiedenes.
Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet
Der Vorstand.
1202

Berein der Ginejger (Zigarren)
Berlins und Umgegend.
Sonntag, d. 19. Oktob., Vorm. 10 1/2 Uhr, Neue Friedrichstr. 44.
Grosse Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Hrn. Bernh. J. „Entdeckerlohn“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragekasten.
Kollegen als Gäste willkommen. Mitglieder verb. aufgenommen. Jedes ein. Mitglieds ist es, zu erscheinen.
Der Vorstand.
1201

Allen Freunden und Genossen, die einen zurückgeforderten, gewiesenen unterstützen wollen, empfehle ich meine
Brot- u. Anzenbäckerei
Waare liefert frei in's Haus.
C. Jacobs, Gräfstr.

Neu eröffnet!
Allen Freunden u. Bekannten empfehle ich **Markgrajenstr. 102** ein **Weiss- u. Bar. Bierlokal** verbunden u. Frühstück- u. Abendessen eröffnet habe.
Heinrich
In der
Deutsch. Hut-Manufaktur
Rosenthalerstr. 54,
kauft man schon einen eleganten Hut für 2 Mark.

Das gr. Lager
Kinderwagen. Andreasstr. 60.
Gangbare Restauration
soj. zu verkaufen Fruchtstraße 1.
Dr. Koesch, homöopath.
Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonntag